

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

In deutschen Stiefeln

Im „Heute-Journal“ des CDU-nahen ZDF sagte die scharfzüngige Moderatorin Marietta Slomka am 26. Juli, die Bundeswehr habe „die Umwandlung von der Abschreckungsarmee zur Landesverteidigung in eine weltweite Interventions-truppe“ vollzogen. Sie brachte damit die weitschweifigeren Auslassungen der früheren SPD-Bundeswehrminister Scharping (jetzt Radfahrerbund) und Struck auf den Punkt. Daß es sich dabei um einen Frontalangriff auf Kernaussagen des Grundgesetzes handelte, verschwieg Frau Slomka und tat so, als spreche sie von einer Selbstverständlichkeit. Ihr Auftreten widerspiegelt die Realität heutiger BRD-Außen- und Sicherheitspolitik. Landesverteidigung ist nicht mehr angesagt. Gegen wen sollte sie sich auch richten? Ist die Rechtsnachfolgerin der Deutschen Wehrmacht nicht längst in der EU-„Gemeingelage“ nach allen Seiten abgesichert? Nun gut, auch die Schweiz und Schweden besitzen eigene Streitkräfte. Landesverteidigung wäre also ein akzeptabler Begriff. Aber weltweite Intervention? Wer tut dem Deutschland Merkmals, Münteferrings und Steinmeiers – ein Journalist nannte Schröders einstigen Spionsoberdompfeur „den in Stein gemeißelten BND“ – auf dem Balkan, am Horn von Afrika, in Afghanistan und in Kongo etwas zuleide? Weshalb muß die BRD plötzlich am Hindukusch verteidigt werden? Warum stampft man in deutschen Stiefeln überall herum, sobald sich nur eine Gelegenheit dazu bietet?

Die heuchlerischen Floskeln von „humanitärer Hilfe“ und „Friedenserhaltung“ sind leeres Geschwätz. In Wirklichkeit geht es um alte und neue „Kolonialwaren“. Man will den Muskel des vorerst in EU-Tuch oder in die UNO-Flagge verpackten deutschen Militarismus wieder spielen lassen, zumal die Monopole der BRD und ihr Staat bei der Neuverteilung wichtiger Reviere der Welt nach der Niederlage des Sozialismus abermals sehr spät gekommen sind. So besteht dringender Nachholbedarf. Jahrzehntlang mußte Bonn den gehätschelten Schoßhund der Amerikaner mimen, ohne zubeißen zu dürfen. Das hat genervt. Der wahre Köter kam erst zum Vorschein, als deutsche Sozialdemokraten den Zwinger öffneten. Sie taten das, was die Politiker der Rechten damals noch nicht gewagt hätten. Man sollte sich daran erinnern, daß Schröder, der in Sachen Irak aufgrund spezifischer Erwägungen deutscher Konzerne den Pazifisten gab, bei der Teilnahme an der brutalen Bombardierung Serbiens nicht zögerte, weil dort ein starrsinniger Präsident namens Milosevic dem Fußfassen der BRD in die

ser „deutschen Interessensphäre“ im Wege stand. Es war Schröders Minister Struck, der dafür sorgte, daß seine „Jungs“ im okkupierten Afghanistan zuerst die Befehlsgewalt über die NATO-Truppe bekamen, bevor sie die „Verantwortung“ im Norden des Landes übernahmen.

Immer hebt die BRD-Regierung jetzt als erste die Hand, wenn Anwärter für neue Interventionen gesucht werden. In Kongo, wo der bundesdeutsche Kommiß gleichfalls den Oberbefehl über das EU-Expeditionskorps erhielt, ging es natürlich nicht um die Absicherung von Wahlen, sondern um den Auftakt zur handstreichartigen Inbesitznahme einer Region von höchster strategischer Bedeutung. Schon ist vom südsudanesischen Darfur die Rede, wo deutsche „Kavaliere“ den „durch wilde arabische Reiterstämme vergewaltigten schwarzen Frauen“ zur Seite stehen sollen. Auch hier ist Ölsuche das Entscheidende. Das sicher düsterste Kapitel der BRD-Politik ist der Nahe Osten. Merkmals Crew bemühte sich darum, ihre angebliche Vermittlerrolle auf die Spitze zu treiben. Eifrig reiste BND-Außenminister Steinmeier zwischen Tel Aviv und Beirut hin und her, um der libanesischen Regierung den bald darauf zurückgezogenen und durch ein kaum besseres Papier ersetzten USA-Entwurf einer Resolution des Sicherheitsrates aufzudrängen. Tatsächlich ging es nur um Zeitgewinn für Israels Vernichtungsfeldzug gegen die Hisbollah, der zunächst mit einer Niederlage endete.

Für Libanon verlangte Olmert „UNO-Truppen“ aus NATO-Ländern, darunter ausdrücklich auch deutsche. Mit einem „robusten Mandat“, wie es in der Totschlägersprache heißt. Die bundesdeutsche Führung „zögerte“. Für einen Moment zierte sie sich. Pietätshalber. Dann aber gab man volles Rohr. Man erinnerte sich der alten Kaiser-Parole „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ und stellte die Bundeskriegsmarine nach vorn, wobei die Luftwaffe assistiert. Endlich können wieder fremde Handelsschiffe ohne das Ja des Kapitäns durchsucht und aufgebracht werden. Der erste Schritt zum Torpedokrieg! Übrigens: Mit General Kather befehligt ein BRD-Militär jetzt auch die 18 000 Mann starke Kosovo-Truppe. Aus der verfassungskonformen Abschreckungsarmee für Landesverteidigung ist eine vom Grundgesetz geächtete weltweite Interventions-truppe geworden. Die ZDF-Moderatorin Marietta Slomka, eine schrille Stimme der Interventionsbefürworter, sieht das richtig.

Klaus Steiniger



INHALT

Das Schweigen der Lügner Zur Geschichte und Politik der KPdSU (2 und Schluß)	S. 2 S. 3
Merkels Familienministerin goß Öl ins Feuer	S. 4
Über Licht und Schatten in der Bündnispolitik der DDR	S. 5
Bei Nazi-Bauern am Mittagstisch	S. 6
Weißer Schimmel gegen Windmühlenflügel	S. 7
Strategisches Dreieck oder Quadrat des Kreises	S. 8
Falsche Warnungen und echte Alarmsignale	S. 9
Die Wohnungsfrage als Klassenfrage	S. 10
Lastendes Erbe von 1936	S. 11
Wie die „Planeter“ entstanden	S. 12
Eine Frau aus dem Volk: Emma Adler	S. 12
Was hatte es mit dem „Historikerstreit“ auf sich?	S. 13
Wie einer Kommunist wurde und es nach der Niederlage blieb	S. 14
Vom Truppenübungsplatz zur Generalstabsakademie	S. 14
Nachdenken über Trotzkiismus	S. 15
Aus der Arbeit der RF-Regional- gruppe Uckermark	S. 16
Post aus der „Heldenstadt“	S. 16
Wie die U. S. Army mit deutschen Kriegsgefangenen verfuhr	S. 17
Geschichten aus dem Pütt	S. 17
Portugal: Cunhals Partei wird wieder zielklar geführt	S. 18
Fidels Kuba: No pasaran!	S. 19
Eindrücke aus Belorußland	S. 20
Wie steht es um Australiens Ureinwohner?	S. 20
Indien: Linke Front regiert Westbengalen seit 29 Jahren	S. 21
Als Goldstücker auspackte	S. 21
Tagebuchnotizen aus Afghanistan	S. 22
Oktober 1956: Dreier-Aggression gegen Nassers Ägypten	S. 23
Vom Leid der Afrikaner, die nach Europa wollen	S. 24
Tänzerin, Bildhauerin, Antifaschistin: Oda Schottmüller	S. 25
Die Schande der Breker-Ausstellung	S. 25
Keine Fragen an Opa Archie?	S. 26
Über Fred und Maxie Wander	S. 27
Wenn die Haifische Menschen wären	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie „seriöse“ Journalisten und Asphalt-Reporter um die Wette schwindelten

Das Schweigen der Lügner

Unlängst fragte uns jemand, warum eigentlich jeden Tag uralte „Stasi“-Storys über den Bildschirm flimmern und BILD Schlagzeilen liefern. Es war eine ziemlich überflüssige Frage, aber wir wußten die Antwort: Die Zeit ist schnelllebig, und so droht Gefahr, daß eines Tages die alten Kamellen in Vergessenheit geraten. Schon die Römer sagten: „Repetitio est mater studiorum“, was zu deutsch heißt: Die Wiederholung ist die Mutter aller Studien. Wenn sich das allerdings auf die DDR bezieht, wo bekanntlich auch einiges wiederholt wurde, muß es natürlich nachträglich scharf verurteilt oder als „Dogmatisierung“ geschmäht werden. Jene anfangs genannte Frage des redlichen Mannes, der einst ein Auto des MfS gesteuert hatte und deshalb nun jeden Tag von irgendwem irgendwo als „Täter“ bezeichnet wird, kam uns in den Sinn, als wir unlängst an einem Kreuzungsschild vorüberrollten, das darauf verwies, Linksabbieger hätten zwölf Kilometer bis Rheinsberg zurückzulegen. Wir bogen nicht links ab, erinnerten uns aber auf dem Rest der Strecke eines Spektakels, dem wir vor gut drei Jahren in eben diesem Städtchen Rheinsberg nachgegangen waren.

Begonnen hatte alles damit, daß uns eines Morgens die Schocknachricht aufgeschreckt hatte, in Rheinsberg sei ein 28facher Massenmörder durch ein Sonderkommando erwischt worden. Wohl gemerkt: Wir sind geographisch gesehen keine Nachbarn, aber solche Nachrichten lassen uns beide zum Telefon greifen. Einer von uns beiden ist nämlich ein versierter Kriminalist, der andere Journalist. Der hatte als erstes in der „Weltrangliste“ der Mörder – die allerdings Typen wie Himmler oder Eichmann nicht führt, weil deren Mordopferzahl nie exakt ermittelt werden konnte – nachgeblättert und war auf Karl Denke gestoßen, der, im polnischen Ziebice geboren, 1924 des 31fachen Mordes überführt wurde und sich noch vor der Gerichtsverhandlung in der Zelle das Leben nahm.

Das war fast achtzig Jahre her, als man den Massenmörder in Rheinsberg fing, und deshalb reizte es uns, der Sache nachzuspüren, noch dazu, weil schon in den Morgennachrichten durchklang, daß es ein Mann war, der im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gemordet haben sollte.

Wir hatten kein Problem mit den Spuren – an jedem Zeitungsstand fanden wir welche.

Zum Beispiel den „Spiegel“, der sich gern als unübertroffen im Hinblick auf Seriosität aus gibt. „Es schien ein normaler Wochenanfang im idyllischen Yachthafen nördlich von Rheinsberg, als am vergangenen Montag gegen 8.30 Uhr ein adrett gekleideter junger Mann das Büro einer

Bootsvermietung betrat. ... Er suche den Besitzer des beigefarbenen Trabbis draußen auf dem Parkplatz, sprach der Mann den Servicemitarbeiter Jürgen G., 53, an: „Gehört der Ihnen?“ Da sei ein kleines Malheur passiert. ... Ob Jürgen G. mal gucken könnte?

Kaum hatten die beiden Männer das Gebäude verlassen, ging alles ganz schnell. Vermummte Spezialkräfte des Bundeskriminalamtes (BKA) warfen Jürgen G. auf den Boden, fesselten ihn und verbanden ihm mit Klebeband die Augen. Schwer bewaffnete Beamte sicherten den Rückzug, während ihre Kollegen Jürgen G. blitzartig in eine schwarze Audi-Limousine stießen, die mit quietschenden Reifen davonraste. Nach nur 30 Sekunden war der Mann auf dem Weg zum Haftrichter. Die filmreife Aktion schien angesichts der Gefährlichkeit des Festgenommenen durchaus berechtigt: Der Charter-Mann aus der Mark Brandenburg soll, so steht es im Haftbefehl, ein Killer im Ruhestand sein, ein Auftragsmörder Ost-Berlins, der wie in James-Bond-Filmen einst die Feinde der DDR liquidierte.“

Das war am 29. September 2003 (Nummer 49) mitgeteilt worden und an allen Zeitungsbuden, die den „Spiegel“ im Sortiment haben, liest man den Werbespruch: „Spiegel-Leser wissen mehr.“ Und um das noch zu erhärten, wurde die Schilderung aus Kleinzerlang noch durch Details ergänzt: „Jürgen G. sei womöglich an Uwe Barschels Tod in der Badewanne 1987 oder am Tod des 1983 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommenen Fußballers und Republikflüchtlings Lutz Eigendorf beteiligt gewesen.“ Selbst harte Männer werden einräumen: Karl Denke geriet mit seinen 31 Toten in die zweite Reihe.

Springers Verblödungsblatt Nr. 1 verriet: „BILD ging auf Spurensuche in seinem Leben. Ein biederer Mann, der nur Emotionen zeigte, wenn er von Honecker erzählte.

Dann weinte er leise und wehmütig.“ FOCUS (40/2003), dessen Chefredakteur gern in Fernsehspots auftritt und dabei „Fakten! Fakten! Fakten!“ in die Kamera brüllt, bemühte sich, mehr zu wissen als der „Spiegel“: „Der 53jährige mutmaßliche Killer ist ein zurückhaltender, verschlossener Typ. Er ist drahtig und topfit. Die Gesichtszüge wirken maskenhaft. Er macht nicht viel Worte. ... Ein Leben ohne Halt – Der Sozialversicherungsausweis belegt den extrem häufigen Arbeitsplatzwechsel. Vielleicht sollte G. so neugierigen Fragen entgegen.“ Danach kam „FOCUS“ zur Sache: „Die aktuelle Mordermittlung gegen G. unter dem Aktenzeichen 3 BJS 10/00-4 wirft zugleich ein grelles Schlaglicht auf einen Ex-Staat, der augenblicklich in peinlichen TV-Ostalgieshows als ein leicht autoritäres, doch insgesamt fürsorgliches Kuschelsystem bejubelt wird ... Damit stünde nicht mehr allein das ohnehin gefürchtete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) am zeitgeschichtlichen Pranger, sondern vielmehr die engste Genossenschaft um Erich Honecker, Egon Krenz & Co.“

Man möchte die alte Floskel zitieren: „Sind noch Fragen?“ Noch einmal: Ein Massenmörder – nur nicht ganz klar, ob 27 oder 28 Opfer – tötete im Auftrag des MfS und wird 2003 endlich erwischt. Die Medien präsentieren Fakten, Namen, Zahlen. Wir beide waren damals nach Rheinsberg gefahren, hatten mit diesem und jenem geredet, dabei auch die Bootstation – den Schauplatz der spektakulären Festnahme – besucht und mancherlei erfahren, was damals schon die Affäre ins Zwielflicht geraten ließ. Für den SPOTLESS-Verlag schrieben wir das Taschenbuch „Theobald Tiger und der Stasikiller“ und listeten dabei Zweifel auf.

Zeit ging ins Land. Der Massenmörder schien auf ein Medien-Nebengleis geraten zu sein, bis urplötzlich der oberste Staatsanwalt der BRD, Bundesanwalt Nehm, mitteilen ließ, die Ermittlungen gegen den „Stasikiller“ seien am 25. 3. 2006 eingestellt worden. Am 6. April 2006 – der „Täter“ war längst wieder auf freiem Fuß – war die Horrorstory endgültig zu Ende: keine Opfer – kein Mörder. Und Der Spiegel, FOCUS, BILD, die Süddeutsche Zeitung? Schweigen. Keine Richtigstellung, keine Gegendarstellung. Nichts!

Das überrascht „RotFuchs“-Leser nicht, denn sie kennen natürlich die Praktiken der herrschenden Medien, aber selbst Zeitungen, denen das jämmerliche Ende dieser Gruselstory Super-Chancen geboten hätte, darzustellen, wie hemmungslos heute gelogen wird – solange es gegen die DDR geht –, verzichteten auf die Gelegenheit. SPOTLESS mit seinem Taschenbuch blieb ein fast einsamer Rufer. Nun gesellt sich der „RotFuchs“ an seine Seite!

Hans Becker/Dr. Klaus Huhn

Am **27. Oktober** wird unsere liebe Genossin

Gerda Klabuhn

Mitglied der Revisionskommission des Fördervereins, **80 Jahre alt.**

Richterin des sozialistischen deutschen Staates und Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz, hat sie sich durch politische Erfahrung, menschliche Wärme und unablässigen Einsatz für die Sache des RF hochverdient gemacht.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Aus der Sicht eines Lehrers der SED-Parteihochschule Zur Geschichte und Politik der KPdSU (2 und Schluß)

Wie bereits im 1. Teil (siehe RF Nr. 104) dargestellt, waren wir im Unterricht des Lehrstuhls Geschichte und Politik der KPdSU an der PHS bestrebt, realistisch über das Erreichte wie auch über Unzulänglichkeiten und Hemmnisse bei der Verwirklichung der sowjetischen Fünfjahrpläne, aber auch in den vielfältigen Beziehungen zwischen der KPdSU und der SED bzw. der DDR zu sprechen. Dabei wurden in der ersten Hälfte der 80er Jahre Anzeichen einer veränderten Haltung gegenüber der DDR bemerkbar.

Wer die „Richtlinienkompetenz“ in der Sowjetunion kannte, nahm anfangs mit Verwunderung, dann aber mit zunehmender Besorgnis Auftritte eines Poeten oder eines zum Berater des Generalsekretärs hochstilisierten Moskauer Professors in der BRD wahr, als diese von der Unnatürlichkeit der Spaltung des deutschen Volkes und ähnlichem sprachen. Ein Tiefpunkt in den Beziehungen unserer Länder war wohl schon erreicht, als 1984 in der „Prawda“ ein Artikel erschien, in dem Äußerungen von Bundeskanzler Kohl Generalsekretär Honecker zugeschrieben wurden. Das geschah in der Zeit, als dieser davon sprach, daß das „Teufelszeug“ vom deutschen Boden verschwinden müsse und eine „Koalition der Vernunft“ angestrebt werden sollte. Das wurde von der „Prawda“ in eine Art Komplizenschaft der DDR mit Bonn umgedeutet. (Von der „Beratung“ des KPdSU-Politbüros mit dem der SED am 17. August 1984 in Moskau erfahren auch wir damals nichts.) Hinter einem Rauchvorhang wurden schon in dieser Zeit offenbar der Umstieg Moskaus auf ein anderes, ökonomisch stärkeres Pferd und die Preisgabe der DDR angedacht und vorbereitet.

Die Beziehungen zwischen KPdSU und SED, UdSSR und DDR und unser Unterricht dazu wurden in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch weiter kompliziert. Gewiß, auch die Mitarbeiter unseres Lehrstuhls waren voller Hoffnung gewesen, daß nach dem Abtreten der Altherrenriege in der Führung der KPdSU (auch für die SED war ein solcher Wechsel immer dringlicher geworden) „ein zweiter Atem der Revolution“, die „Perestrojka“ und die „Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes“ die Jahre der Stagnation ablösen würden. Aber schon bald setzte Ernüchterung ein, vor allem, als wir bei unseren Analysen feststellen mußten, daß sich die Lage in der sowjetischen Volkswirtschaft und in den Betrieben rasant verschlechterte, weil ein Subjektivismus bisher nicht gekannter Art die Produktion von Industrie und Landwirtschaft und auch den Außen- und Binnenhandel abstürzen ließen. Über Jahrzehnte gewachsene Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unionsrepubliken und Gebieten wurden zerstört, so daß

chaotische Zustände und eine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen der sowjetischen Werktätigen eintraten. In bezug auf die „Glasnost“ bemerkten wir, daß im Widerspruch zur vehementen Propagierung der Offenheit auch von bzw. unter Gorbatschow Praktiken aus den Zeiten verflossener Generalsekretäre der KPdSU fortgesetzt wurden, was sich nicht nur am Beispiel Tschernobyl zeigte. Auf dem Gebiet der internationalen Politik begannen führende Funktionäre der KPdSU anstelle einer klassenmäßigen Haltung gegenüber den imperialistischen Mächten einen Kurs allgemeiner „Menschheitsinteressen“ zu propagieren und zu verfechten (für dessen „Begründung“ wieder einmal Leninsche Gedanken verfälscht wurden). Wir fragten uns: Wieso sehen die sowjetischen Genossen nicht (oder wollen sie es nicht sehen?), daß der Imperialismus und seine Hauptvertreter ihre auf die Vernichtung des Sozialismus gerichteten Ziele niemals aufgeben hatten? Warum sollten sie gerade jetzt, da verstärkt Krisensymptome in den sozialistischen Staaten zu erkennen waren, auf ihre Klassenziele zugunsten von „Menschheitsinteressen“ verzichten haben?

Diese Politik der KPdSU trug maßgeblich zur weiteren Schwächung und schließlich Preisgabe des Sozialismus in der UdSSR bei. Aber auch die „Bruderländer“ wurden im Namen von „Freiheit und Selbstbestimmung“ dem Zugriff des Imperialismus überlassen. Damit wurden zugleich die Thesen vom vollständigen und endgültigen Sieg des Sozialismus, von der Gesetzmäßigkeit dieses Sieges, davon, daß der Sozialismus die Weltentwicklung bestimme, zu historischen Irrtümern degradiert, Worte von „ewiger Freundschaft“ und „unverbrüchlichem Bruderbund“ wurden jetzt tatsächlich Worthülsen. Tragisch und bitter ist das in Gesprächen geäußerte Fazit von Hanna Wolf, dieser – ich gebrauche das Wort – glühenden Verfechterin des engen Bündnisses von SED und DDR mit der KPdSU und der UdSSR,

am Ende ihres über 90jährigen Lebens: „Man hat uns bis zum Schluß wie eine Kolonie betrachtet und behandelt.“

Auch das war bitter, aber wahr geworden: Die Losung „Von der KPdSU und der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ hatte ihre Gültigkeit verloren, und es war nur natürlich, daß diejenigen, die diese Parole in der Vergangenheit stets verleumdet und geleugnet hatten, sie jetzt, in der „Gorbatschow-Ära“ als eine der zentralen Orientierungen des Kampfes gegen den Sozialismus in der DDR benutzten. Leider war auch die Führung der SED, als sie das Vertrauen großer Teile der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen und selbst der eigenen Genossen verlor, nicht mehr in der Lage, auf die neuen Anforderungen zu reagieren und die DDR aus der Krise herauszuführen. Allerdings sollte bedacht werden, daß auch bei rechtzeitiger Inangriffnahme von Veränderungen eine allein gelassene DDR nicht hätte bestehen können.

Das schlimme, ernüchternde Resümee: UdSSR und DDR, KPdSU und SED war es nicht gelungen, weder allein noch gemeinsam mit den kommunistischen Parteien der anderen Länder und Völker der sozialistischen Gemeinschaft, den ökonomischen Rückstand aufzuholen, den Sozialismus für die Mehrheit der Volksmassen attraktiv zu machen und dadurch fest zu verankern und eine Strategie zu verwirklichen, „die der besten internationalen Strategie der ... ‚am meisten aufgeklärten‘ fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist“. (W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: LW, Bd. 31, S. 538/539). Der Sozialismus erhielt seinen bis dato schwersten Rückschlag.

Prof. Dr. Gerhard Fricke

(Gekürzter Auszug aus dem gerade erschienenen Buch: „Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick“, verfaßt von langjährigen Lehrern der PHS, GNN-Verlag, 290 Seiten, 14 Euro)

• www.phs-karlmarx.info



„Es lebe der fünfte Jahrestag der großen proletarischen Revolution!“

Die Diskussion um Werte und Werteerziehung wurde durch das von Familienministerin Ursula von der Leyen und den beiden großen Kirchen – der katholischen und der protestantischen – geschlossene „Bündnis für Erziehung“ neu entfacht. Die Ministerin begründete die Wahl ihrer Bündnispartner mit den Worten: „Da die Politik wertegebundene Erziehung nicht allein bewerkstelligen kann, braucht sie gesellschaftliche Gruppen als Partner. Unsere Kultur gründet sich auf die christliche Kultur.“ Dieses „Erziehungsbündnis“ ist meines Erachtens eine gefährliche Sache. Einerseits repräsentiert es nur einen Teil des demokratischen Wertespektrums und schließt andere aus – so Atheisten, Juden, Muslime. In Ostdeutschland sind zum Beispiel zwei Drittel der Bevölkerung

fassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit gibt. Deshalb muß es Anliegen linker, demokratischer Kräfte sein, den Verfassungsauftrag immer wieder einzufordern, in der gesamten Gesellschaft wie im Bereich des Bildungswesens. Auch wenn die Würde des Menschen laut Artikel 1 des Grundgesetzes unverletzlich ist, erleben wir immer wieder, wie sie im „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ BRD mit Füßen getreten wird. Bildung ist ein Wert, den es zu bewahren gilt. Eine Beschränkung von Bildung bedeutet Verletzung eines grundlegenden Menschenrechts. Das gegenwärtige selektierende mehrgliedrige Bildungssystem verletzt das Menschenrecht auf Bildung bei sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Ebenso wird das Menschenrecht auf Arbeit bei ca. fünf Millionen

weitergeben und über die Vermittlung kritischer Urteilskraft zur Herausbildung und Aneignung von Wertvorstellungen beitragen. Ob diese auch zu einem persönlichen Wert werden, hängt von eigenen Erleben und selbstgesammelten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Wissensaneignung ab.

Im mehrgliedrigen Schulsystem ist nicht zu übersehen, daß sich Schülerinnen und Schüler durch die geringen Mitgestaltungsmöglichkeiten in ihrer Persönlichkeitsentwicklung eingeengt sehen. Viele betrachten die Schule als einen repressiven Apparat. Der oft beklagte Werteverlust hängt in hohem Maße mit der Beschaffenheit der gesellschaftlichen und politischen Strukturen zusammen, die von großen Teilen der Bevölkerung, besonders denen, die sich in der „Zwangsjacke“ von Harz IV befinden, als Unrechtsverhältnisse erlebt werden.

Der von der Bundesregierung eingeleitete „soziale Umbau“ wird von der Mehrheit der Bürger als das aufgefaßt, was er de facto ist: sozialer Abbau. Das verschärft die Konflikt- und Krisenlagen vieler Menschen, besonders auch Jugendlicher: Fehlende Lehrstellen, Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Preissteigerungen, ständige Tarifierhöhungen sind ihr Alltag. Das führt bei den Betroffenen zu Selbstwertkrisen und bildet bei einem Teil die soziale Basis für die Akzeptanz von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Werteverluste haben ihre Ursache vor allem in den konkreten Sozialisationsbedingungen. Für nicht wenige stellt sich die Sinnfrage des Lebens. Ängste, Frustrationen, Aggressionen und wachsende Gewaltbereitschaft, die als persönliche Konflikte erlebt werden, sind die Folge. Es kommt zu Orientierungs- und Bindungsverlusten.

Zu diesem realen Hintergrund gehört eine zunehmende soziale Polarisierung und Verarmung. Grundlage für einen Wertekonsens mit einem begründeten Anspruch auf Emanzipation, Mündigkeit, soziale und Chancengerechtigkeit sollte eine radikale Veränderung des Bildungssystems sein. Werterziehung kann nicht ernst genommen werden, wenn nicht durch eine demokratische Schulreform, die gegen die frühzeitige Auslese und Zersplitterung des Schulwesens gerichtet ist, grundlegende Veränderungen im Interesse der Kinder und Jugendlichen herbeigeführt werden. Das betrifft nicht nur eine äußere Schulreform, sondern auch eine innere im Sinne einer Humanisierung und Demokratisierung der Schule.

Die beabsichtigte Einführung eines wertevermittelnden Pflichtfachs Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) bzw. Ethik/Philosophie in Berlin, das für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich sein soll, kann einen guten Beitrag zum Kennenlernen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen leisten. Sie könnte damit die kritische Urteilskraft der Unterrichtsteilnehmer für die Aneignung humanistischer Werte stärken.

Doz. Dr. sc Horst Adam

Merkels Familienministerin goß Öl ins Feuer

Zur Debatte über Werte in der Erziehung

nicht religiös gebunden. Ein einseitig auf christliche Werte beschränktes Erziehungsbündnis ist deshalb zum Scheitern verurteilt.

Andererseits gründen sich Werte nicht nur auf das Fundament des Christentums. Es kann nicht zum Leitwert für alle erhoben werden. Das verstößt gegen das fundamentale Prinzip der Toleranz.

Christliche Werte sind Glaubens- und damit Privatsache. Sie zum allgemein verbindlichen Grundwert zu erheben, vernachlässigt andere Menschen. Damit werden Spannungen und Ausgrenzung erzeugt.

Werte sind in der Geschichte der Menschheit auf viel breiterer Basis entstanden und haben sich in den gesellschaftlichen Entwicklungsetappen auch gewandelt. Einschneidende historische Meilensteine, die einen Wertewandel und neue Werte hervorbrachten, waren z. B. neben dem Christentum die Antike, die Reformation, die Aufklärung, die Französische Revolution mit ihrer Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sowie die im Kampf der Arbeiterbewegung hervorgebrachten Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit sowie Positionen der ökologischen und der Friedensbewegung.

Aus diesem breiten Spektrum ergeben sich humanistische Werte, deren Herausbildung wir in engem Bezug zu den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen fördern sollten. Die Basis von Werteerziehung müssen die humanistischen Grundwerte sein. Sie beruhen auf der Achtung der Würde des Menschen und bilden die Grundlage für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Sie sind auch im Grundgesetz festgeschrieben.

Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß es enorme Widersprüche zwischen Ver-

Arbeitslosen in Deutschland ignoriert. Wie soll ein Arbeitsloser Arbeit als Wert wahrnehmen, wenn er keine Arbeit hat und an der Armutsgrenze lebt? Durch eine zunehmende Profitorientierung und Privatisierung von Bildung werden Ausgrenzung und soziale Polarisierung weiter vertieft.

Die gesamte gesellschaftliche Situation spiegelt sich in den Familien, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie in den erlebten bzw. gelebten Werten wider. Wertvorstellungen oder Gebote, die als Erziehungsmaxime ohne Beziehung zu den konkreten Lebenssituationen eingefordert werden, greifen nicht.

Wir müssen sichtbar machen, daß wir es mit einem entfesselten kapitalistischen System zu tun haben, in dem unumschränkt die Profitinteressen des Kapitals regieren und die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Darin zeigt sich der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit am deutlichsten. Das Wort „Menschenrechte“ wird zwar ständig in den Mund genommen, in der Tat aber werden grundlegende Menschenrechte permanent verletzt, vor allem die sozialen Rechte auf Arbeit, Gesundheit, Bildung, aber auch politische Rechte wie Demokratie, Toleranz und Integration. Bildung kann und darf sich nicht auf Vermittlung und Aneignung von Wissen und Kompetenzen beschränken, wie das die Parteien der großen Koalition im Auge haben. Bildung muß auch die kritische Urteilskraft als wesentliches Element von Demokratie entwickeln und in diesem Sinne Erziehung sein.

Ich wende mich gegen den Terminus „Wertevermittlung“. Meines Erachtens kann man höchstens Wertvorstellungen

In diesem Beitrag geht es um die Beweggründe für mein Bekenntnis zur DDR – objektive wie subjektive – und meine Vorstellungen zur Bündnisgestaltung in einem sozialistischen Land.

Unvergeßlich und von persönlichkeitsprägender Bedeutung war für mich die Delegierung zum Deutschen Nationalkongreß in Berlin und die Teilnahme an der Beschlußfassung über das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zu den Wahlen am 15. 10. 1950.

Als ich 1949 Mitglied der NDPD wurde, gerade 18jährig, lagen fünf turbulente Jahre mit traumatischen Erlebnissen hinter mir. Die Aussiedlung aus der schlesischen Heimat, der Transport bei 20 Grad Kälte in ungeheizten Güterwagen, über 14 Tage lang. Zerschlagene Kinderträume und Zukunftsängste begleiteten mich. Es folgten Jahre der Suche nach Heimatersatz und beruflicher Zukunft in Westdeutschland. In der DDR sah und fand ich einen friedvollen Weg in die Zukunft.

Die NDPD wurde mir zur politischen Heimat. Diese Partei formte meine Vorstellungen vom Bündnis zwischen Werktätigen unterschiedlicher sozialer Gruppen und Schichten. Von besonderem Wert war das in der NDPD praktizierte Toleranzprinzip. Mitglied konnte jeder Bürger werden, ohne Fixierung auf frühere Parteizugehörigkeit oder religiöse Bindungen. Bejahung der Verfassung als elementarer Ausdruck neuen Staatsbewußtseins, keine Duldung von Kriegs- und Völkerhetze, von Antisemitismus und Annexionsgelüsten waren Parteiprogrammatik.

Praxis und Erfahrungen in der Bündnispolitik erlebte ich sehr vielseitig, weil ich auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen und in den verschiedensten beruflichen Funktionen tätig war. Das Bündnis funktionierte dort gut, wo sich die Partner achtungsvoll und auf gleicher Augenhöhe begegneten und entsprechend miteinander umgingen. Bündnispolitik mußte im Alltag stets aufs neue erprobt und gemeistert werden. Dem dienten vor allem parteienübergreifend die Blockausschüsse, die Ausschüsse der Nationalen Front und die Friedensräte.

Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen berieten die Mitglieder der Orts-, Kreis- und Bezirksblockausschüsse zum Beispiel über eine anteilige Besetzung von Wahlfunktionen (Bürgermeister, Stadträte usw.). Der Block befaßte sich mit Grundsatzfragen der gesellschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Territoriums. Die Beschlüsse wurden stets einstimmig gefaßt, oft nach heftigen Diskussionen, aber ohne Nachteile für Kritiker. Dem Block gehörten an: SED, CDU, LDPD, DBD, NDPD, FDGB, FDJ, DFD und Kulturbund. In den Ausschüssen der Nationalen Front wirkten faktisch alle gesellschaftlichen Kräfte mit, so auch die Volkssolidarität, die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (URANIA) u. v. a. Die Friedensräte auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene spielten anfangs eine eigenständige Rolle, wurden später aber leider

Über Licht und Schatten in der Bündnispolitik der DDR

aufgelöst und Anfang der 60er Jahre in die Ausschüsse der Nationalen Front eingegliedert. Viele gute Mitstreiter gingen so verloren.

Die örtlichen Volksvertretungen waren ein besonders wichtiger Gestaltungsbereich für Bündnispolitik. In meiner mehrjährigen Tätigkeit als Stellvertretender Vorsitzender eines Rates eines Stadtbezirkes in Karl-Marx-Stadt sah ich mich stets gefordert, eine bürgernahe Arbeit zu leisten. Die Stadtbezirksversammlung und ihr Rat waren ein kritisches, sich gegenseitig unterstützendes Gremium.

Von über 103500 Mitgliedern der NDPD, die man im 40. Jahr des Bestehens der DDR zählte, waren 10300 gewählte Abgeordnete – von den 52 Volkskammermitgliedern bis zu Vertretern in den kleinsten Gemeinden.

Bündnispolitik verwirklichte sich stets über Personen. Ziel war keine Koalition mit „Notheirats-Charme“, sondern ein freundschaftliches Verhältnis aller Beteiligten untereinander. Mancher wurde mir zum persönlichen Vorbild. Als Politischer Geschäftsführer im Kreis (Kreissekretär) denke ich gern an die Zusammenarbeit mit dem späteren Politbüromitglied der SED Werner Felde (damals 1. Kreissekretär) zurück. Auch als Stellvertreter des Vorsitzenden des Bezirksfriedensrates Karl-Marx-Stadt erfuhr ich solche Hilfe, die mir z. B. der Bezirksvorsitzende Dr. Kurt Zeuner (NDPD) gewährte.

Ob als Sozialpolitiker im VEB Kombinat TRIKOTAGEN oder als Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie in gewerkschaftlichen Funktionen – überall erlebte ich ergebnisorientierte Bündnispolitik. Es ging um die Gestaltung sozialer, persönlichkeitsfördernder Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Fast zehn Jahre war ich ehrenamtlich Mitglied des Zentrallausschusses der Volkssolidarität und acht Jahre Vorsitzender des Bezirksausschusses Karl-Marx-Stadt. Mit Achtung denke ich an den Arbeiterfunktionär Walter Buchheim, langjähriger 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-

Stadt der SED und danach, bis zu seinem Tod, Vorsitzender des Zentrallausschusses der Volkssolidarität der DDR.

Trotz großer Erfolge auf vielen Gebieten haben wir es am Ende nicht geschafft. Wesentliche Ursachen für den Zerfall der DDR sehe ich im inneren und äußeren Kräfteverhältnis, besonders in der wachsenden politischen Instabilität der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Staaten, auch im Liebäugeln mit so manchen, die im vermeintlichen „Haus Europa“ den Ton angaben. Schließlich spielte die systematische Aufweichung durch die bürgerlichen Medien eine große Rolle.

Unbestritten erleichterten diesen Prozeß der Erosion auch vermeidbare Fehler in der Bündnispraxis. Mich bedrückte – vor allem in den letzten Jahren der DDR – arrogantes Machtverhalten nicht weniger SED-Funktionäre. Ich habe ihm bei verschiedenen Gelegenheiten widersprochen. Leider gab es oft ein übersteigertes Mißtrauen gegenüber Nichtgenossen sowie fehlendes Fingerspitzengefühl und mangelnde Toleranz gegenüber gläubigen Menschen.

In meinem schlesischen Heimatort lebten mehr Protestanten als Katholiken. Das war jedoch kein Grund, sich nicht gegenseitig zu helfen und einander nicht zu achten. In unserer katholischen Weihnachtsmesse begrüßten wir auch den evangelischen Pastor.

Einen feinfühligem Umgang mit weltanschaulich Andersdenkenden halte ich für ein dringendes Gebot. Reglementierung und Bevormundung stehen Eigenständigkeit und Eigenverantwortung im Wege.

40 Jahre erlebte und mitgestaltete Bündnispolitik waren mitunter ein Wechselbad von Gefühlen und Verhaltensmodalitäten zwischen aufrichtigen, staatsbewußten Bürgern der DDR – Genossen wie Nichtgenossen – und Sektierern, Doppelzünglern und Karrieristen. In meinem Umfeld waren die Erstgenannten stets in der Mehrzahl. Auch im Bündnis bedurfte es führender Kräfte. Entscheidend blieb dabei, mit welcher Kompetenz und Weitsicht geführt wurde. **Dr. Wilfried Meißner**

Auftakt in Erfurt

Mitglieder des Fördervereins, Leser und Interessenten aus **Erfurt und Umgebung** werden für den **4. November, 14.00 Uhr**, zu einer RF-Leserversammlung in die Gaststätte „Innocenz“, Dolomitenweg (KGA „Am Schwemmbach“), herzlich eingeladen.

Gesprächspartner sind „RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** und Vertriebsleiter **Armin Neumann**.

Wie sich ein Neulehrer auf dem Dorf durchboxen mußte Bei Nazi-Bauern am Mittagstisch

Meine ersten pädagogischen Erfahrungen als Neulehrer stimmten nicht gerade optimistisch. Die Disziplinschwierigkeiten bei der Führung der Klasse häuften sich immer mehr. Wo sollten da Lernergebnisse herkommen? Ich empfand es deshalb geradezu als einen Glücksumstand, daß ich schon während des ersten Unterrichtsjahres an eine Dorfschule (Großdobritz im Kreis Meißen) versetzt wurde, um dort noch einmal ganz von vorn anfangen zu können. Am 2. Mai 1947 begann die nächste Etappe. Aber bevor ich antrat, schwor ich mir: Bei allem Verständnis für die empfindlichen Kinderseelen – Ordnung und Disziplin müssen sein. Ich bekam sehr schnell mit, daß das nicht eine Frage der äußeren Autorität oder des Zwangs, sondern eines lebendigen und die Schüler interessierenden Unterrichts ist.

Alles vollzog sich unter schwierigsten Bedingungen. In der Stadt geht der einzelne in der Anonymität unter. In einem knapp 1000-Seelen-Dorf wird jeder Schritt genau beobachtet, das um so mehr, als die Einwohner in ihrer großen Mehrheit mit der neuen Ordnung überhaupt nichts am Hut hatten. Im Gegenteil: Das Zusammenleben wurde ausschließlich von den in der Mehrzahl recht begüterten Bauern bestimmt, die fast alle aktive Parteigänger der Nazis gewesen waren. Zumindest ließ der Fund brauner Uniformen in der Schule – im Nacken jeweils noch die Namensschilder der früheren Träger eingenaht – darauf schließen. Und dort waren sie deshalb hingeraten, weil der ehemalige Schulleiter (zu diesem Zeitpunkt allerdings noch in Kriegsgefangenschaft) Ortsgruppenleiter der faschistischen Partei gewesen war.

Und da wurden den Bauern ein paar Neulehrer vor die Nase gesetzt – ein Umstand, den sie nur schwer verkrafteten. Außerdem waren sie zähneknirschend dazu gezwungen gewesen, eine größere Anzahl von Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten in ihrem Dorf einzuquartieren, die durch die Bodenreform auch noch Land des ehemaligen Gutsbesitzers zugeteilt bekommen hatten. Eine winzige Ortsgruppe der soeben formierten SED gab es zwar auch – der Bürgermeister (er war vorher Knecht auf dem Gutshof), zwei oder drei Arbeiter, die in kleinen Werkstätten in den Nachbargemeinden tätig waren – und ich. Für die Mehrheit der Dorfbewohner waren wir Feinde, „Rote“, „Bolschewiken“, die es (trotz sowjetischer Besatzungsmacht) zu bekämpfen oder zumindest zu vertreiben galt.

Das Vertreiben richtete sich zuerst auf uns Neulehrer und ganz speziell auf mich. Vor mir gab es da schon seit einem Jahr außer der Schulleiterin zwei Neulehrerinnen, ein ältliches und streng katholisches unverheiratetes Fräulein und ein junges Mädchen, das noch in der Nazizeit eine

pädagogische Grundausbildung begonnen hatte. Ich sollte dieses „Lehrerkollegium“ also verstärken. Zum Wohnen hatte ich (ähnlich wie meine beiden Kolleginnen) ein möbliertes Zimmer auf einem Bauernhof erhalten – ein Bett, ein Schrank, ein Tisch, ein Stuhl, ein kleiner Kachelofen, keine Kochgelegenheit, Miete 25 Mark inkl. ein Topf warmen Malzkaffees früh. Mein erstes Gehalt betrug 128 Mark. Wovon sollte ich da leben? Nie eine warme Mittagsmahlzeit. Auf Lebensmittelkarten bekam ich vom Bäckermeister des Dorfes außer der mir zustehenden Brotration ein 4-Pfund-Brot im Monat zusätzlich (ein Brot auf dem schwarzen Markt kostete damals 80 Mark) – und das auch nur durch gütliches Zureden seiner Tochter, die aus irgendeinem Grunde in mich verschossen war. Da lernte ich sehr schnell, was politischer Kampf unter den damals noch vollkommen offenen gesellschaftlichen Verhältnissen bedeutet. Meinen beiden Kolleginnen ging es nicht viel besser. Deren einziger Vorteil bestand in der Möglichkeit, eine Kochstelle benutzen zu dürfen. Kurz und gut: Die reichen und gut genährten Bauern waren drauf und dran, uns Neulehrer auszuhungern, und das wäre ihnen auch beinahe gelungen.

Aber der Bürgermeister ordnete an und ließ es durch den Dorfpolizisten durchsetzen, daß wir drei jeweils für eine Woche an einem der bäuerlichen Mittagstische (natürlich gegen Entgelt) zu beköstigen wären. So wurden wir buchstäblich von Woche zu Woche von einem Bauernhof zum nächsten weitergereicht. Peinlich, peinlich, aber man kam auf diese Weise doch ins Gespräch, denn, wo auch immer, eine Woche lang stumm am Mittagstisch zu hocken, das hielten auch die stursten Bauern nicht aus.

Es lohnt nicht, über viele Details dieser sehr harten Zeit zu berichten. Sie war aber hinsichtlich des Sammelns und Er-

probens pädagogischer Erfahrungen von großer Bedeutung. Da waren ja nicht nur die besonderen Bedingungen einer Dorfschule. Deren Kinder waren in vielerlei Hinsicht disziplinierter als Großstadtkinder. Da achteten auch die Eltern – obwohl sie ja eigentlich Feinde dieser neuen Ordnung waren – drauf. Hinzu kam, daß es, grob gesehen, zwei deutlich voneinander getrennte Gruppen von Schülern gab: die Kinder der ortsansässigen Bauern und die Kinder der Umsiedler und Flüchtlinge, die wie wir unter den ärmlichsten Verhältnissen leben mußten. Das erzeugte insgesamt ein spannendes Bedingungsgefüge, das wir zunehmend besser auszunutzen verstanden.

Hinzu kam, daß wir drei Neulehrer ja selbst noch am Anfang unserer Ausbildung standen. Was den Fachunterricht betraf, waren wir selbst oft nur zwei oder drei Seiten in den Lehrbüchern weiter als die Schüler. Und Fachbibliotheken oder andere Quellen waren entweder gar nicht oder höchstens viele Kilometer weit in der Großstadt (in diesem Falle Dresden) zu erreichen.

Eins gab es allerdings. Für alle diese Neulehrer war ein Mentor eingesetzt, der uns mit großem pädagogischem Geschick und Feingefühl seine langjährigen Erfahrungen in der Lehrpraxis vermittelte. Ein Dr. Schröbler, den die Nazis aus dem Schuldienst geworfen hatten, weil sich in seiner Ahnenreihe angeblich nichtarische Vorfahren befanden, war der einzige Lehrer und zugleich Schulleiter in dem winzigen Dorf Winkwitz. Diese Dorfschule wurde zu einer Art Mekka für den pädagogischen Nachwuchs im Kreis Meißen. Dort lernten wir ganz praktisch das Lehrer-„Handwerk“ kennen. Dieser Doktor war so etwas Ähnliches wie ein Universalgenie, ein Schulmeister der alten Schule. Ob es um ganz profane naturwissenschaftliche Fakten oder um ein literarisches Werk ging, was Didaktik und Methodik betraf, wie ein Mehrstufenunterricht erfolgreich zu gestalten sei, welches humanistische Erbe die großen Pädagogen wie Comenius, Pestalozzi oder Diesterweg hinterlassen hatten und wie es unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit umzusetzen sei. Eigentlich alles oder fast alles, was ein Lehrer zu dieser Zeit zu beherrschen hatte. Man konnte es nicht nur lernen, sondern erleben, wie er es uns lehrte und mit den Schülern seiner Dorfschule vorführte. Das Wichtigste aber, so glaube ich, war zu erkennen, daß ein Lehrer eben nicht nur ein Stundenhalter, sondern Freund, Berater, Helfer, Wissens- und Erfahrungsvermittler für seine Schüler und oft auch für deren Eltern ist. Das geht nicht ohne Liebe zum Beruf, die die Liebe zu den „Zöglingen“ einschließt.

Georg Dorn

„RotFuchs“ in Cottbus

Wir laden ein zur

1. Leserversammlung

am 28. Oktober um 10.00 Uhr
in der Gaststätte

„Brandenburger Hof“ in Cottbus,
Friedrich-Ebert-Straße 33.

Zugegen sind RF-Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger
und RF-Vertriebsleiter
Armin Neumann.

Warum „demokratischer Sozialismus“ doppelt gemoppelt ist Weißer Schimmel gegen Windmühlenflügel?

Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie“, stellte der Philosoph Ernst Bloch 1965 in einem Aufsatz fest. Damit ist die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus als wechselseitiger Prozeß definiert. Das eine kann nicht ohne das andere sein. Der heutige „Zeitgeist“, hinter dem sich vor allem die Medien verstecken, sieht die Sache natürlich ganz anders: Die DDR war sozialistisch und deshalb nicht demokratisch. Die BRD ist nicht sozialistisch, also demokratisch. Das eine schließt das andere aus. Die bürgerlichen Ideologen und die Profiteure des Systems reiben sich die Hände: So läßt sich eitel schwadronieren, und so lassen sich prima Gewinne machen.

Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung zeigt hingegen deutlich, wer hier Herr und wer Knecht ist. „Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des Reichen Pflicht!“, heißt es zu recht in der zweiten Strophe der Internationale. Von wegen Sozialpartner! Sozialabbau, Rücknahme in Jahrzehnten mühsam erkämpfter Arbeiterrechte, Ausuferer der unbezahlten Mehrarbeit, immer „robusterer“ Nationalismus, Militarismus und Imperialismus – das ist der Alltag im Kapitalismus der BRD!

Und die Arbeiterbewegung? Seit über 90 Jahren wird sie konsequent von der SPD verraten. Die Gewerkschaften sind in Rückzugsgefechten gebunden. Jeder Kompromiß mit den „Arbeitgebern“ geht zu Lasten der Arbeiter. Von dieser Seite ist gegenwärtig nichts zu erwarten.

Viele hoffen auf „den Staat“, gibt er sich doch als Garant der Demokratie aus. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, verkündet Art. 20 Abs. 2 des Grundgesetzes. Dazu wäre allerdings der erste Schritt „... die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft ...“ (MEW 19, S. 224). Er ist noch nicht getan. De facto ist unübersehbar, daß der Staat nur „... das Eingeständnis (ist), daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist“ (MEW 21, S. 165 f.).

Die Repräsentanten des Staates würden das nie zugeben. Trotzdem beschneiden sie wegen der sich verschärfenden Krise des Systems „vorsorglich“ die bürgerlichen Freiheitsrechte. Das geschieht immer hemmungsloser: erleichtertes Abhören von Telefonaten, Abschaffung des Bankgeheimnis-

ses, Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes, Erlaubnis von Zwangsarbeit; Untergrabung des Rechts auf Unverletzbarkeit der Wohnung.

Die Begrenzung der Freiheitsrechte wie der Sozialabbau treffen die Mehrheit der Bevölkerung: Lohnabhängige, Arbeitslose, Alte, Kranke und deren Familien. Im Gegenzug wird die Minderheit derjenigen begünstigt, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausüben, durch Subventionen, Steuervergünstigungen, Abschreibungsmöglichkeiten, Ausbau der Infrastruktur mit Steuermitteln, Zuführung billiger Arbeitskräfte u. a. m. So kommt die Mehrheit für die Kosten der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft einer Minderheit auf. Aber: „Demokratie ist nicht identisch mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.“ (Lenin, Werke, Bd. 25, S. 469).

Lenin betont ausdrücklich die Bedeutung und Funktion des Staates. Allerdings nicht für die Aufrechterhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In ihr wird ja der Begriff der Demokratie dadurch pervertiert, daß eine Minderheit über die Mehrheit herrscht. Er bezieht sich im Gegenteil auf die sozialistische Revolution. Die staatlichen

Strukturen müssen gegen anarchistische und konterrevolutionäre Kräfte massiv eingesetzt werden können. Der Staat wird gebraucht zur Niederhaltung der Feinde des Sozialismus und damit des Proletariats. Marx und Engels nannten das – im Unterschied zur Diktatur der Bourgeoisie – die Diktatur des Proletariats. Mit der Überwindung und Auflösung der Klassengesellschaft wird der Staat überflüssig. Er ist nur temporäres Mittel zum Zweck, ohne jede bürgerliche Idealisierung als „Vater Staat“ oder neutraler „Schiedsrichter“, der Konflikte objektiv schlichtet. Es ist diese Dynamik, auf die Ernst Bloch in seinem Zitat abzielt. Es darf nie vergessen werden, daß der Sozialismus selbst eine Übergangsphase zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ist.

Was soll nun demokratischer Sozialismus sein?

Die Sperrigkeit der Bezeichnung „demokratischer Sozialismus“ ergibt sich einerseits daraus, daß Demokratie auf die Staatsform, Sozialismus aber auf die Gesellschaftsordnung bezogen ist. Staat und Gesellschaft müssen unterschieden werden. Andererseits ist Demokratie als Diktatur des Proletariats im Begriff des Sozialismus enthalten. Diktatur und Demokratie sind unter der Bedingung des Sozialismus keine Gegensätze, sondern die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten – eben die Diktatur des Proletariats – ist ja gerade Voraussetzung der Demokratie. Wer meint, mit der bürgerlichen Demokratie wäre in alle Ewigkeit die höchste Entwicklungsstufe demokratischer Staatsformen erreicht, ist schon der herrschenden Ideologie aufgesessen und irrt. Ihn wird die Geschichte Mores lehren.

Wer glaubt, man könne einen bürgerlichen Staat mit einer sozialistischen Gesellschaft paaren, hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die Funktion des bürgerlichen Staates ist die Stabilisierung des Kapitalismus und die Bekämpfung des Sozialismus. Ohne Diktatur des Proletariats verlöre der Sozialismus seine Identität und wäre als solcher weder denkbar noch realisierbar. Aus diesem Grund riecht mir der „demokratische Sozialismus“ allzu sehr nach Revisionismus!

„Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt“ (Lenin, ebd., S. 424). Das hört sich sehr viel konsequenter und härter an als die gefällige, aber falsche Floskel vom „demokratischen Sozialismus“, der sprachlich doppelt gemoppelt ist und einem weißen Schimmel gleicht.

Der „RotFuchs“ ist deshalb für mich – einen Hannoveraner – ohne Wenn und Aber tatsächlich die „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“.

Norbert Kornau



Im ND vom 8./9. Juli erschien ein von ostdeutschen PDS-Landes- und Fraktionschefs unterzeichneter Aufruf zur Formierung der neuen Linkspartei in Deutschland. „Abschied und Wiederkehr“ war das Papier überschrieben.

Zumindest zwei Aspekte sollten nicht unwidersprochen bleiben: Erstens die abwertende Charakterisierung der DDR; zweitens die Darstellung eines imaginären „strategischen Dreiecks“ aus Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinausweisender demokratisch-sozialistischer Alternative. Erneut liest man den Appell, sich mit dem historischen Erbe der DDR, mit deren Leistungen und „strukturellen Defiziten“ in den Bereichen Demokratie und indivi-

herauskommen. Die DDR war weder ein zeitweiliges Versuchsexperiment noch ein von fremden Mächten verordnetes Dogma, sondern antifaschistisches Vermächtnis und historischer Zwang zu einer antikapitalistischen Alternative.

Was die im Aufruf skizzierten Wechselbeziehungen zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und demokratisch-sozialistischer Alternative betrifft, gebe ich folgendes zu bedenken: Das angenommene strategische Dreieck ähnelt wohl eher der Quadratur des Kreises. Unter den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen erweisen sich der Staat und dessen Organe als jederzeitiger Vollstrecker des Willens der Herrschenden. Nicht zufällig befinden sich unter den

der Koalitionszugehörigkeit nüchtern zu untersuchen. Mit dem Streben nach „Besitzstandswahrung“ ist kein linker Lorbeer zu gewinnen.

Noch zwei Bemerkungen: „Wir haben uns 1989 entschieden, im parlamentarischen System als politische Partei zu wirken“, heißt es im eingangs erwähnten Aufruf der Linkspartei.PDS. Die Frage muß hier erlaubt sein: Ist das angeschlagene parlamentarische System der Bundesrepublik nicht erst einmal wiederherzustellen?

Wo die mafiosen Netzwerke des Lobbyismus und das nicht mehr kontrollierbare Wirken weitverzweigter BRD-Geheimdienste das parlamentarische System aushöhlen, Untersuchungsausschüsse lediglich als Feigenblatt genutzt werden, Kleinstaaterei im Bund wuchert und das viel zitierte Gewissen von Abgeordneten dem Fraktionszwang erliegt, steht die bürgerliche Demokratie auf tönernen Füßen.

Im Aufruf heißt es schließlich: „Das Versagen der ‚Reformpolitik‘ erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Unterbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat.“ Das ist der von den Unternehmerverbänden ständig ausgestoßene Schrei nach einem „schlanken Staat“, nach weiterer Privatisierung usw. Natürlich trägt der Staat die Hauptverantwortung für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Doch wie soll die „innovative Aktivität“ von Älteren eigentlich wirksam werden, wenn sie mit 50 schon als „altes Eisen“ abgestempelt und aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen werden? Was sollen – andererseits – Schulabgänger von einer Gesellschaft halten, in der Zehntausende von ihnen keinen Ausbildungsplatz bekommen?

Zu all dem hat der „RotFuchs“ nicht zuletzt in seinen Leitartikeln eine klare Position bezogen. Die in gewisser Weise optimale politische Zusammensetzung seiner Regionalgruppen, in denen Mitglieder von PDS, DKP, KPD, Angehörige von DDR-Blockparteien und Gewerkschafter, linke Christen und linke Sozialdemokraten vertrauensvoll zusammenarbeiten, läßt hoffen. Käme die Linkspartei als im Volk verankerte sozialistische Partei zustande, dann wäre das sicher ein Fortschritt – aber noch nicht das letzte Wort des Zusammenschlusses im Geiste von Karl und Rosa. **Prof. Dr. Harry Milke**

Am **7. Oktober** um **10.00 Uhr** findet in Zwickau, Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, eine Veranstaltung der

Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen statt.

Prof. Dr. **Werner Roß** spricht über das Thema:

Macht und Eigentum als Fundamentalfrage des Klassenkampfes

Strategisches Dreieck oder Quadratur des Kreises?

duelle Freiheiten sowie mit den im Namen des Sozialismus begangenen Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen. Wird eine neue Linkspartei diese unhistorische Gewichtung von Vorzügen und Nachteilen der DDR tatsächlich auf lange Sicht aufrechterhalten können?

Natürlich war der sozialistische Aufbau in der DDR auch von Unzulänglichkeiten, Konflikten und Schwierigkeiten begleitet. Sie beim Namen zu nennen, nicht kleinzureden und sie vor allem künftig zu vermeiden, allein darum geht es. Darüber gibt es ja inzwischen weitgehend Übereinstimmung. Sozialismus ohne Demokratie ist aus marxistischer Sicht nicht möglich.

Die sozialpolitischen und kulturellen Errungenschaften der DDR auf Dauer finanzieren zu können, hätte eine erheblich höhere Arbeitsproduktivität und eine weit intensivere gesellschaftliche Umweltpflege zur Voraussetzung gehabt. Auch in jeder Phase des sozialistischen Aufbaus – ein entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus hatten wir ja noch nicht – ist die Einheit von sozialen Menschenrechten und individuellen Freiheitsrechten nach dem Maß der realen Möglichkeiten zu realisieren. Uneingeschränkte Reisefreiheit, wie sie gefordert wurde, wäre nur bei Vorhandensein ausreichender Valutareerven möglich gewesen. Eine internationale Staatsgrenze der DDR, die zudem zwei konträre Gesellschaftssysteme trennte, mußte unbedingt vor gegnerischen Aktionen geschützt werden.

Trotz ihrer Defizite war die DDR die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse. Ihre Existenz hat in der Geschichte dieses Landes eine neue Qualität staatlichen Tätigwerdens hervorgebracht. Die gründliche Analyse der mannigfachen Ursachen ihrer Niederlage gehört zu den wichtigsten Lehren der Linken, wollen sie aus der Defensive

CDU-Abgeordneten des Bundestages der seit Jahren amtierende Geschäftsführer des BDA und der zunächst designierte, dann aber „freigestellte“ Geschäftsführer des BDI. Die Unternehmerverbände kontrollieren direkt das Parlament. Daher müssen alle drei Formen des Reagierens – Protest, Gestaltungsanspruch und Suche nach Alternativen – immer vom Gedanken der Opposition gegen die kapitalistischen Zustände getragen sein. Da es keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz gibt, geht es immer um die Dialektik von fundamentaler Systemopposition und dem oppositionellen Bemühen um keineswegs gering zu schätzende Alltagsverbesserungen. Ich betone noch einmal: Bei all dem muß sich eine linke Partei stets als Opposition begreifen.

Haben Linke in Kommunen die Mehrheit errungen, sind sie auch zur Gestaltungsübernahme gewählt. Natürlich setzen in solchen Fällen Bundes- und Landesgesetze den eigenen Möglichkeiten enge Grenzen. Auch persönliche Konflikte treten dabei auf. Heute begründen PDS-Genossen am Info-Stand, daß Hartz IV Armut per Gesetz ist, morgen müssen sie als Angestellte im öffentlichen Dienst gegen Arbeitslose selbst tätig werden. Eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der SPD auf Bundesebene ist für linke Kräfte völlig ausgeschlossen. Ich stimme der Einschätzung von Klaus Steiniger zu: „Unter Schröder und erst recht im Schmelztiegel der großen Koalition hat sich die SPD in eine gewöhnliche bürgerliche Partei mit sogar rechten Zügen verwandelt.“

Angesichts des Ringens der Basis von PDS und WASG um das baldige Zustandekommen einer neuen Linken ist es nach den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg dringend erforderlich, alle Seiten der PDS-Regierungsbeteiligung auf Länderebene und die objektiven Ergebnisse

Falsche Warnungen und echte Alarmsignale

Minister Schäuble beklagte sich zum wiederholten Male, seine eindringlichen Warnungen zur inneren Sicherheitslage hätten nur ungenügend Gehör gefunden. Nun wird kaum jemand bezweifeln, daß die Fähigkeit, Warnungen richtig zu deuten, unterschiedlich ausgeprägt sein kann – zumal manches aus bestimmter Richtung den alarmistischen Charakter einer Drohung besitzt. In der gleichen Sache Ausgesprochenes mag so ganz unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Während die Mißachtung berechtigter Warnungen im persönlichen Leben meist nur für den einzelnen Konsequenzen hat, sind ihre Folgen im politischen Zusammenhang oft weit gefährlicher. Und gerade solche Warnungen von hoher Aussagefähigkeit hat es in der Vergangenheit und bis zur Gegenwart immer wieder gegeben. Nur einige Beispiele:

Im Herbst 2005 erinnerte der bekannte norwegische Politologe und Konfliktforscher Johan Galtung in einem Interview daran, daß er mit Blick auf die USA bereits 1999 die Wechselbeziehung „zwischen Staatsterrorismus und Terrorismus“ betont und gesagt habe, „daß man nicht so viele Menschen aus imperialen Gründen töten kann, ohne daß es eine Gegenreaktion gibt“. Etwa zum gleichen Zeitpunkt wurde bekannt, daß das Pentagon eine Strategie für den „vorbeugenden Einsatz taktischer Atomwaffen“ gegen Staaten und Extremistengruppen für den Fall der „Terrorgefahr“ entwickelt, von denen jede einzelne etwa die Stärke der Hiroshima-Bombe besitzt. Wie fundiert die Informationen aus Washington sein können, die solche „Präventivschläge“ auslösen würden, hat die Aggression gegen Irak eindeutig bewiesen. Bagdad wurde bekanntlich durch Bush unterstellt, es besitze Massenvernichtungswaffen, welche es tatsächlich gar nicht gab.

Anfang September 2005 legten die Richter des Bundesverwaltungsgerichts die schriftliche Begründung zum Urteil in der Sache des Bundeswehrmajors Florian Pfaff vor. Der Offizier hatte sich geweigert, eine Software weiterzuentwickeln, bei deren Einsatz er indirekt am Irak-Krieg beteiligt gewesen wäre. Dafür nahm er Disziplinarverfahren und Degradierung auf sich. Die Richter stellten fest, „gegen den am 20. März 2003 von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich begonnenen Krieg gegen Irak“ bestünden „gravierende rechtliche Bedenken im Hinblick auf das Gewaltverbot der UN-Charta und das sonstige geltende Völkerrecht“. Mit einem Seitenblick auf die Zwiespältige Rolle der Bundesregierung hieß es in der Urteilsbegründung: „Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.“ Und weiter wurde ausgeführt: „Der neutrale Staat ist völkerrechtlich gehalten, jede Verletzung seiner Neutralität, wenn nötig mit Gewalt, zurückzuweisen.“

Wie sich zeigt, gibt es auch im eigenen Land mutige und ernstzunehmende Mahner!

Ist es verwunderlich, wenn unter solchen Bedingungen immer weniger Staaten den USA ohne Zögern gehorchen, statt dessen aber immer mehr Staaten bestrebt sind, bestehende Abhängigkeiten abzubauen und sich von ihren nationalen Interessen leiten zu lassen? Kann ein politisch wacher Mensch daran zweifeln, daß die Anfang Mai 2006 bei dem Treffen von Angela Merkel und George Bush in Washington verkündete „völlige Übereinstimmung“ zwischen den USA und der BRD nicht ein schrilles Alarmsignal und Warnzeichen gewesen ist? Auch der anschließende Besuch Bushs in Stralsund wurde weltweit einer sehr genauen Bewertung unterzogen, zumal inzwischen eine neue Gewichtung und Zuordnung der internationalen Rolle Deutschlands erfolgt ist.

Auf der Protestkundgebung zum Abschluß der Demonstration vom 13. Juli in Stralsund wandte sich die israelische Rechtsanwältin und Friedensaktivistin Felicia Langer an den nur imaginär „anwesenden“ USA-Präsidenten: „Not welcome, Mr. President!“, sage ich Ihnen! Sie mißbrauchen vorsätzlich die Worte ‚Demokratie‘ und

‚Frieden‘ für Propagandazwecke, und Ihre wahren Botschaften sind Botschaften der Kriege. Sie sind verantwortlich für Zehntausende irakische Opfer und auch für Tausende verletzte amerikanische Soldaten. Sie, der Befreier Iraks ... Wehe den von Ihnen Befreiten! Ihr Name wird mit der Schande von Abu Ghreib und Guantánamo in die Geschichte eingehen. ... Ich klage Sie an für die bedingungslose Unterstützung der aggressiven israelischen Politik der Besetzung der palästinensischen Gebiete, die fast 40 Jahre andauert. Eine kolonialisatorische, unterdrückerische Besetzung, die völkerrechtswidrige Siedlungen auf geraubtem palästinensischen Boden gebaut hat. Ich klage Sie an wegen des amerikanischen Geldes, das auch die Waffen gegen die Palästinenser bezahlt.“ Und um diese Feststellung zu ergänzen, sei hinzugefügt: Nicht allein die Waffen gegen die Palästinenser, sondern auch jene, die gegen die antiimperialistischen Kräfte und das Volk Libanons erhoben wurden. Die wochenlange Weigerung der USA-Außenministerin Condoleezza Rice bei ihren Reisen in den Nahen Osten, einem sofortigen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah zuzustimmen, ließ die Absichten der Bush-Administration einmal mehr deutlich werden.

Der Publizist Uri Avnery, der seit Jahrzehnten in der israelischen Friedensbewegung aktiv ist, bezeichnete es als das „eigentliche Ziel des Angriffs auf Libanon“, in Beirut ein Marionettenregime einzusetzen. Und er ließ keinen Zweifel daran, daß diese Militäroperation, die permanente Invasion in den Gaza-Streifen und die widerrechtliche Festnahme des palästinensischen Parlamentspräsidenten sowie etlicher Minister und Abgeordneter der als Sieger aus ordentlichen Wahlen hervorgegangenen Hamas seit Monaten vorbereitete Aktionen Tel Avivs waren. All das sind Alarmsignale. Jeder kann sie vernehmen. Und doch verhalten sie oft ungehört.

Mit den „Warnungen“ des Herrn Schäuble verhält es sich anders. Sie führen fast immer zum sofortigen Anziehen der innenpolitischen Daumenschrauben.

Hans Gebhardt

Höre, Israel

Als wir verfolgt wurden
war ich einer von euch
Wie kann ich das bleiben
wenn ihr Verfolger werdet?

Eure Sehnsucht war
wie die anderen Völker zu werden
die euch mordeten.
Nun seid ihr geworden wie sie

Ihr habt überlebt
die zu euch grausam waren
Lebt ihre Grausamkeit
in euch jetzt weiter?

Den Geschlagenen habt ihr befohlen:
„Zieht eure Schuhe aus.“
Wie den Sündenbock habt ihr sie
in die Wüste getrieben

in die große Moschee des Todes
deren Sandalen Sand sind
doch sie nahmen die Sünde nicht an
die ihr ihnen auflegen wolltet

Der Eindruck der nackten Füße
im Wüstensand
überdauert die Spur
eurer Bomben und Panzer

Erich Fried



Anatomie für
Anfänger ...

„Schau her, wie
der Herzschlag
der Demokratie
durch seine
Venen pulst!“

Dem Berliner Original Heinrich Zille wird die Erkenntnis zugeordnet: „Man kann einen Menschen mit einer Axt erschlagen, aber man kann ihn auch mit einer Wohnung erschlagen.“ Und viele Berliner der älteren Generationen werden den 3. Februar 1945 nicht vergessen. In den Vormittagsstunden zwischen 10 und 11 Uhr heulten die Sirenen; die Berliner Innenstadt wurde vernichtet. Wie viele von ihrer eigenen Wohnung erschlagen wurden, blieb ungezählt.

Die von den Alliierten anerkannte Nachkriegsverwaltung „Magistrat der Stadt Berlin“ beschloß auf ihrer ersten Sitzung u. a.: „Die Mieten müssen laufend bezahlt werden. Mieten für Häuser, wo der Hausbesitzer geflohen ist, und für Häuser aktiver Nazis werden von den Bezirksämtern eingezogen. Für den Monat Mai werden keine Mietzahlungen erhoben.“

Von 225000 Wohngebäuden waren 30000 völlig zerstört und weitere 50000 unwohnbar.

Bereits am 18. Juni 1945 erließ der Magistrat aus dringendem Grund die „Verordnung über die Bewirtschaftung der Wohn- und gewerblichen Räume“ und legte abhängig von den Zerstörungen in den jeweiligen Stadtbezirken eine „Schlüsselzahl“ (Quadratmeter) für den Anspruch der Personen fest, die dort auch eine Lebensmittelkarte bezogen.

„Nach den Erhebungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin belief sich die Einwohnerzahl am 1. Oktober 1946 auf 3 190 178 Personen. Davon lebten im

sowjetischen Sektor	1 176 929
amerikanischen Sektor	975 634
britischen Sektor	609 382
französischen Sektor	428 233.

Und noch im September 1946 brachte die Anordnung der Alliierten Kommandantur (BK/O [46] 369) zum in Berlin vorhandenen Wohnraum zum Ausdruck: „Die ganze Stadt Berlin wird hierdurch im Sinne dieses Artikels zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt.“

Allerdings wurde schon im August 1945 im amerikanischen Sektor, alsbald in den beiden anderen von den Westmächten besetzten Sektoren, die Tätigkeit der Straßen- und Hausobleute verboten, obgleich hinsichtlich der erlassenen Wohnraumbewirtschaftungsverordnung vom 18. Juni 1945 deren Mitarbeit bei der Erfassung von Wohnraum ausdrücklich erbeten war: „Hauseigentümer oder deren Verwalter und – soweit beide nicht handlungsfähig – Hausobmänner, die dann im Auftrage der Bezirksbürgermeister handeln“, hieß es.

So zeichneten sich nach und nach, aber gezielt und beständig, die künftigen sozialen Konturen auf dem Wohnungsmarkt ab. Genauer: Im Westen galt das freie Spiel der Kräfte, ging es um den Erhalt des spekulativen Privatbesitzes an Wohnraum bzw. Grund und Boden. Das politische System in Westberlin und Westdeutschland unterwarf sich trotz einer vermeintlichen Erfahrung – 12 Jahre Naziherrschaft – wiederum den rein kapitalistischen Bedingungen, die der Reichsverband der Deutschen Industrie in einer Denkschrift schon am 2. Dezember 1929,

noch vor der Naziherrschaft, abgefordert hatte: „Die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen und gewerblichen Räume durch die Wohnungsämter ist beschleunigt abzubauen.“

Und wen wundert es, wenn im Grundgesetz der BRD vom 23. Mai 1949 dessen Schöpfer lediglich die „Unverletzlichkeit der Wohnung“ festgeschrieben haben, jedoch nicht das Recht auf Wohnraum?

Nicht nur im zerstörten Berlin, auch in anderen deutschen Großstädten herrschten nun genau eben jene dramatischen Wohnungsverhältnisse, von denen 1909 der Berliner Arzt Dr. med. Ignaz Zadek anklagend sprach: „Wer die Arbeiterwohnverhältnisse in unseren Großstädten kennt, das häufige Zusammenschlafen von Kranken und Gesunden in einem

Im Osten indes zog man die Lehren aus den bitteren Erfahrungen des profitsüchtigen Handelns, bemühte man sich um eine gerechtere Lösung der Wohnungsfrage.

Bereits am 14. November 1946 beriet eine außerordentliche Tagung des Parteivorstandes der SED einen Verfassungsentwurf, dessen Grundgedanken sich in der ersten Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949 wiederfinden: Art. 26 Abs. 2 lautete: „Jedem Bürger und jeder Familie ist eine gesunde und ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu sichern.“

Was ist eine Wohnung? Eine zusammenhängende Gruppe von Räumen für das Familienleben in einem Haushalt, in sich abgeschlossen und für eine ganzjährige Nutzung bestimmt.

Die Wohnungsfrage als Klassenfrage

Bett, das Schlafgängerwesen, den Mangel an Luft und Licht, an Reinlichkeit, an Beaufsichtigung und Wartung der Kinder, für den sind jene entsetzlichen Ziffern von tuberkulösen Infektionen im zarten Kindesalter verständlich, für den steht es fest, daß die Tuberkulose als Volkskrankheit solange unausrottbar ist – trotz Lungenheilstätten und Fürsorgestellen, trotz Kranken- und Invalidenversicherung – solange die Wohnungsfrage nicht gelöst ist.“

Augenzeugen berichteten, daß die hygienischen Bedingungen unmittelbar nach Kriegsende in Berlin etwa denen von 1909 glichen. In der dritten Juli-Woche 1945 erreichten die Neuerkrankungen an Ruhr einen Höhepunkt – 2500 Personen waren davon betroffen. An Tbc starben im 1. Quartal 1946 viermal so viele Menschen wie im gesamten Jahr 1938 (816 : 198).

In letzter Zeit mußte ich mir oft genug Münteferings Tiraden zu beschlossenen oder geplanten „Reformen“ der Sozialsysteme anhören. Dabei erinnerte ich mich daran, daß dieser Herr auf SPD-Parteitagungen noch immer Arbeiterlieder singt. Oder – mißbraucht. So fiel mir ein kleiner Text ein, der zu „MünTe“ und seinesgleichen besser paßt als der originale.

Wenn wir schreiten manches Mal
und die alten Lieder singen
und die Aktien wieder klingen
wissen wir, es wird gelingen.
Mit uns zieht das Kapital!
Eine Woche Bundestag,
eine Woche nur Diäten,
und die restlichen Moneten
holen wir in Aufsichtsräten.
Das ist uns „Gewissens“ frag.

Klaus Hümmer, Berlin

Folglich wahrte sich die DDR das Recht auf Wohnraumlentung, um schließlich den später in der Verfassung niedergelegten Grundsatz Schritt für Schritt verwirklichen zu können: „Jeder Bürger der DDR hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen.“

Von Beginn an bewies der Staat seine Verantwortung, den Wohnungsfonds ständig zu erweitern; Investitionen standen für den Bau von Neubauernhäusern, die Förderung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und den staatlichen Neubau zur Verfügung.

Eingegliedert in das Volkseigentum wurde zum Beispiel per 1. Mai 1949 der Wohnungsbestand der GSW (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft). Nach 1989 erschien dieser Name auch wieder im östlichen Berlin, ungeachtet dessen, daß sich das Wohnungsunternehmen im „freien Spiel der Kräfte“ per 1. Januar 1937 etliche jüdische Unternehmungen einverleibt und „arisiert“ hatte.

Heute vermieten Amerikaner an die 50000 Wohnungen der GSW, nachdem im Jahr 2004 die US-Investgemeinschaft Cerberus und der Whitehall-Fonds von Goldman Sachs den Bestand übernommen haben.

Auch in Dresden sind etwa 50 000 Wohnungen von USA-Immobilienhaien aufgekauft worden, dem Unternehmen Fortress. Was wird aus den Mieten und den Mietern?

Wohl läßt sich gegenwärtig in der Verfassung von Berlin (Artikel 19) nachlesen: „Jedermann hat das Recht auf Wohnraum“, doch wie viele Obdachlose kennt die Stadt?

Zille aktuell? Kann man einen Menschen auch mit einer Wohnung erschlagen? Nicht immer! Aber immer öfter! Hartz IV macht's möglich.

Hans Horn

Bei Spotless ist ein bemerkenswertes Buch mit dem Titel „Olympische Hinterlassenschaft“ herausgekommen. Einer der Autoren (K. U.) und der 16 Monate ältere Rezensent des Buches haben die Olympischen Spiele 1936 in Berlin als sportbegeisterte 9- bzw. 10jährige Kinder erlebt. Beide saßen während der Leichtathletik-Woche im Stadion, wenn auch nicht nebeneinander. Sie freuten sich über die Leistungen der Athleten und wohl auch besonders über die Erfolge der Deutschen. Die damals erlebte Massenbegeisterung hat in Erinnerung des Rezensenten eine im späteren Leben nie mehr empfundene Dimension. Ursachen, Hintergründe und Folgen dieser sportlich hochwertigen, zur politischen Propaganda für das NS-System benutzten Schau wurden ihm als Kind nicht klar, aber damals den meisten Erwachsenen ebenfalls nicht. Dabei gab es durchaus eine Reihe warnender Stimmen, die jedoch nicht gehört oder gar ignoriert wurden: Heinrich Mann schrieb in einem Aufruf der in Prag erscheinenden „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ am 10. Juni 1936: „... Da in Berlin das Schlechte herrscht, so geht nicht hin! Laßt die gehen, die mit dem Schlechten sympathisieren. Sie sollen unter sich sein, man muß jeden einzelnen erkennen, es darf keine Verwechslungen geben, und Vermischung ist nicht erlaubt ...“ Victor Klemperer notierte: „... Die Olympiade ist mir so verhaßt, weil sie nicht eine Sache des Sports ist – bei uns meine ich –, sondern ganz und gar ein politisches Unternehmen. ‚Renaissance durch Hitler‘ las ich neulich“. Aber Klemperers Tagebuch war damals keinesfalls für die Öffentlichkeit bestimmt. Daß der Sportjournalist Klaus Huhn, den ND-Lesern aus „Friedenszeiten“ auch als Klaus Ullrich (K. U.) in bester Erinnerung, ein bemerkenswertes Talent zum Aufspüren und Darstellen interessanter und nicht nur sporthistorisch aktueller Themen besitzt, ist beim Lesen seiner vielen Publikationen ersichtlich. Stil und inhaltliche Gestaltung erinnern mich dabei oft und in einer seit 1990 erhalten gebliebenen Kontinuität an den rasenden Reporter Egon Erwin Kisch. Das trifft ebenfalls für den vorliegenden Band 190 der Spotless-Reihe mit dem bezeichnenden Titel zu: Ein englisches Ehepaar kommt anlässlich der Fußball-WM 2006 nach Berlin, auch um das Olympiastadion zu sehen, wo ein Onkel bis ins 100-m-Semifinale gelangte und dort, neben Jesse Owens laufend, abschied. (Für Nach-Rechercheure: Zu den Ausgeschiedenen des ersten 100-m-Vor-entscheidungslaufs 1936 in Berlin gehörte der Engländer Pennington.) Jedenfalls trifft der Autor das des Weges unkundige englische Ehepaar auf dem S-Bahnhof Pichelsberg und kann ihm im öffentlichen Raum des Berliner Olympiastadions anhand einer dort gerade eröffneten Ausstellung sehr beweiskräftig demonstrieren: Es ist nicht das Anliegen der hier und jetzt Regierenden, eine historisch objektive Wertung und Darstellung der Olympischen Spiele von 1936 vorzu-

Lastendes Erbe von 1936

nehmen. Das Begleitbuch zur Ausstellung liest sich nicht nur wie ein „Polit-Krimi“ – es ist auch einer und zugleich ein beschämender und die heutige deutsche Wirklichkeit enthüllender. Ganze zwei Sätze erinnern z. B. daran, daß am Tage vor der Eröffnung der Olympischen Spiele, dem 31. Juli 1936, vis-à-vis des Olympischen Dorfes in einer Wehrmachtskaserne die „Reisegesellschaft Union“ in ihre Autobusse stieg. Aus ihr wurde dann in Spanien die „Legion Condor“. Ein perfekt organisiertes sportliches Spektakel diente somit der Täuschung der Weltöffentlichkeit über die bellizistischen Absichten des NS-Regimes. Die zur Fußball-WM als Ausstellung rekonstruierten Teile des Stadiongeländes werfen viele Fragen auf. Diese lassen sich mit den nicht revidierten Absichten der Gründungsväter der originären BRD erklären, denen es opportun erschien, erfahrene ehemalige Staatsdiener ohne oder mit früherer brauner bzw. feldgrauer Uniform in das neue Staatswesen zu übernehmen. Die Langemarck-Halle erinnert auch im neuen Gewand noch nachdrücklich an den Totenkult, den die Nazis um die im 1. Weltkrieg hingemordeten, militärisch unerfahrenen Kriegsfreiwilligen zelebrierten. Und was kommt einem in den Sinn, wenn man die neu gestaltete Gedenkmedaille für Dr. Carl Diem erblickt und um dessen Appell im April 1945 an die Volksturm-Kindersoldaten auf dem damaligen Reichssportfeld weiß, ihr Leben noch angesichts des Kriegsendes auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern? Daß diese Erinnerung an einen indirekten Kindermörder gegen den Protest des Bezirksamtes Charlottenburg dennoch nach Entscheid des Senats von Berlin vom 28. 11. 2004 angebracht werden mußte, läßt die Frage nach politischem Instinkt im Senat berechtigt erscheinen. Wer nicht nach Schwerin fahren will, kann hier natürlich auch die XXL-Skulp-

turen von Arno Breker und seinen Kollegen betrachten und sich beim Anblick germanisch-heldischer Nacktheiten mit oder ohne Sportgerät seinen Teil denken. K. U. erinnert natürlich auch an den Ringer Werner Seelenbinder. Der konnte seinen beabsichtigten Protest gegen die Nazis nicht öffentlich machen, weil es ihm nicht vergönnt war, unter die ersten drei und somit auf das Siegerpodest zu gelangen. Wegen seines Widerstandes gegen die Nazis wurde er 1944 von diesen ermordet. Seine Grabstätte im Stadion Neukölln verfiel während des kalten Krieges, wurde aber 2004 rekonstruiert. Ko-Autor Rupert Kaiser beschreibt auf eingefügten Seiten die Erfolge und Lebensschicksale von 21 Olympioniken der Spiele 1936. Auch daraus erhellt, wie viele als Soldaten der Wehrmacht oder als Bürger der überfallenen Länder ein Opfer des 2. Weltkrieges wurden. Eine informative und deshalb lesenswerte Schrift, nicht nur für sportpolitisch Interessierte. Die Einschätzung von Gerhard Zwerenz zum Thema soll ergänzend hinzugefügt werden: „... A. Hitler und Berlin und Olympiade und Nazi-Deutschland verschmelzen zur Einheit. ... Die Olympiade von 1936 ist das Exempel der Vereinbarkeit von Sport und Wahn. ... Mit dem Jahre 1936 verliert die Olympiade ihre zivilisatorische Unschuld. ... Ein Regime, das sich befestigen will, legt sich die Zurückhaltung auf, die notwendig ist, eine Welt zu täuschen. ... Nichts liegt den begeisterten Massen in den Stadien und Arenen von 1936 ferner als der Gedanke, daß sie den Vorbereitungen des Todes von 50 Millionen Menschen zujubeln.“

OMR Prof. Dr. med. Kurt Franke
Unser Autor war einer der bekanntesten und angesehensten Sportmediziner der DDR.
Klaus Ullrich, Rupert Kaiser: Olympische Hinterlassenschaft 1936; Spotless-Verlag, Berlin 2006, 5,10 Euro, ISBN 3-937943-29-3



Grafik: SHAHAR

Wie die „Planeter“ entstanden

Achtzehn Dutzend Kleinporträts

216 authentische Lebensbilder meist „kleiner Leute“ – er nennt sie Planeter –, vorwiegend aus dem Raum Ostostfalen, speziell der Magdeburger Börde, hat Karl Schlimme bis 1990 aufgeschrieben. „Subjektiv ist die Auswahl der sie charakterisierenden Fakten. Subjektiv ist auch die Entscheidung für diesen Personenkreis“, schrieb der Autor in einem Vorwort. „Meine Absicht war es, ein historisches Zeitgemälde des 20. Jahrhunderts für meine Heimatregion zu schaffen. Es kam mir darauf an, die Bewegtheit des Lebens an vielen unterschiedlichen Schicksalen zu demonstrieren.“

Es ist kein Zufall, daß Sozialisten der Zahl nach dominieren. Das liegt daran, daß Kommunisten und Sozialdemokraten das vornehmliche Umfeld Karl Schlimmes

über Jahrzehnte bildeten, und daß er bemüht war, nur, oder fast nur Personen vorzustellen, die ihm selbst begegneten, seinen Weg kreuzten oder ihn nachhaltig beeinflussen.

Wir lesen bei dem ostostfälischen Heimatforscher: „Ich stelle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik vor und gruppiere sie in Sozialdemokraten der Jahrhundertwende, der 20er, 30er und 40er Jahre; Kommunisten der 20er, 30er und 40er Jahre und der Gegenwart; FDJler der 40er, 50er, 60er und 70er Jahre; Blockfreunde und Parteilose, lebende und tote. Auch manche, die mit Hitler gingen und dann doch begriffen; Bürger unserer Republik, die aus der BRD zu uns kamen, ein zweites Leben begannen; Männer und Frauen der ersten Stunde; solche, die die

Zuchthäuser Hitlers und die Gefängnisse Adenauers kennenlernten; eine Handvoll sowjetischer Freunde, Menschen, die sich bei uns unvergängliche Verdienste erwarben; Aktivisten und Neuerer, die Ernteschlachten schlugen und Produktion brachten; solche darunter, die nie Aktivisten wurden, auf keiner Ordensliste erschienen, die ‚bloß‘ immer ihre normale Arbeit taten, fleißig und gewissenhaft, manche bis ins 90. Lebensjahr.“

Zehn Jahre später fügte Karl Schlimme seinem Text eine Nachbemerkung hinzu: „Wir schreiben inzwischen das Jahr 2000. Meine Arbeit findet noch immer kein Ende. An die 30 weitere Planeter habe ich unterdessen in mehr oder weniger umfangreichen Skizzen gewürdigt. Es werden nicht die letzten sein.“

Eine Frau aus dem Volk: Emma Adler

Im Februar 1909 wurde der Deutsche Landarbeiterverband gegründet. Noch im gleichen Jahr ergriff eine Landarbeiterin in Eilsleben die Initiative und gründete hier eine Ortsgruppe.

Emma Adler geborene Köhler wurde 1909 zur ersten Vorsitzenden gewählt. In vielen Orten der Umgebung gehörte sie in der Folge zu den Geburtshelfern weiterer Ortsverbände. Früh wurde ihr Name Symbol. Vertraute aller Geschundenen, gehaßt von den Ausbeutern. Rückschläge und Niederlagen erlebte sie.

Zweimal mußte sie die zerschlagene Ortsgruppe neu aufbauen: 1919, 1945.

1920 führte Emma den ersten großen Landarbeiterstreik im Ort. Es war im Hochsommer. Es ging um einen zwei Pfennige höheren Stundenlohn. Zwei Pfennige? fragt da mancher heute. Wie war das damals?

Am 24. 4. 1890 hielt ein Pastor Dr. H. Borchardt vor der evangelischen Kreissynode in Eilsleben einen Vortrag „Zur Lage der ländlichen Arbeiter im Magdeburgischen“. Im Mittelpunkt standen Untersuchungen über „das Existenzminimum“. Ein Pferdeknecht erhielt bei 17stündigem Arbeitstag 8,90 Mark je Woche ausgezahlt. Seine Frau bekam im Taglohn 80 Pfennige, Kinder 70 Pfennige. Um 1909 sah das kaum anders aus.

Wie wenig sich ohne Kampf tat, beweist eine Untersuchung aus Klein Wanzleben. Noch 1924 stand hier einem Existenzminimum von 41,20 Mark ein Lohn von 30,33 Mark gegenüber. 1925 einem Minimum von 45,15 Mark ein Lohn von nur 38,49 Mark, 1926 einem Existenzminimum von 45,60 Mark nur 37,90 Mark an Lohn. Da spielten zwei Pfennige eine Rolle. Da streikte man schon um sie.

Bis 1933 war Emma Vorsitzende der Ortsgruppe und des Kreisvorstandes, Mitglied des Bezirksvorstandes, war Delegierte

der Konferenzen ihres Verbandes in Kiel, Magdeburg, Halle.

1933 bekam sie die Quittung. Am 29. Juni wurde auch sie verhaftet, dann lange Polizeiaufsicht, Haussuchungen. 1945, nach der Befreiung, kam ein Foto ans Tageslicht: Emma Adler 1933 mit Eimer und Schrubber durch die Straßen getrieben. Sie mußte antifaschistische Losungen von den Wänden entfernen. Stolz präsentierten sich ihre uniformierten Bewacher.

Immer war Emma Sozialdemokratin. Im Juni 1945 aber, noch hatten wir englische Besatzung, schrieb diese Frau bereits Grußworte an einen sowjetischen Kommandanten, äußerte Worte der Hoffnung und des Vertrauens in die Klassengenossen der Roten Armee. Schon bald gehörte sie zu den entschiedensten Verfechtern der Arbeitereinheit. Von der ersten Stunde der Freiheit an übte sie auch wieder ihre alten gewerkschaftlichen Funktionen aus. Im Ort, im Kreis, als Mitglied des Landesvorstandes.

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien 1946 und die Freundschaft zur Sowjetunion waren für sie die Konsequenzen ihres Lebens. Dafür wirkte sie bis zum letzten Atemzug. Es war für sie immer selbstverständlich, neben ihrer gewerkschaftlichen Arbeit sich auch vielen anderen Aufgaben zu widmen. 1949 gründete sie eine Ortsgruppe der DSF in Eilsleben und war auch deren Vorsitzende, 1952 noch leitete sie den Ortsausschuß der Nationalen Front.

Einen treuen Kampfgefährten hatte die Genossin Adler in ihrem Mann, dem Genossen Otto Adler, wie sie seit 1909 in der Gewerkschaft. Vieles hätte sie nicht tun können ohne ihn, sein Verständnis, seine Hilfe. 45 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit und das Fest der Goldenen Hochzeit krönten ihr Leben miteinander.

Als Emma am 22. Mai 1953 im 72. Lebensjahr starb, machte ihr Heimatort die ersten Schritte auf dem Weg in den Sozialismus, für den sie glühende Vorkämpferin war. Sechs Monate bestand gerade die junge LPG „Einheit“ Eilsleben. Vorsitzender war ihr Genosse Otto Eichel, Gefährte so vieler Kämpfe, aus der Gewerkschaftsbewegung gekommen wie sie, ausgezeichnet wenig später als „Hervorragender Genossenschaftsbauer“.

Übrigens gab es im Jahr ihres Todes in Eilsleben noch immer 150 Landarbeiter im Dienste bei Groß- und Mittelbauern. Nur sechs der 150 waren Genossen.

Die Zahl sagt alles über die Bedeutung, die der Gewerkschaft der Landarbeiter im Klassenkampf jener Jahre zufiel.

(Aus Karl Schlimmes Serie „Planeter“)



Am 6. Juni 1986 erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ der Artikel des Historikers Ernst Nolte „Vergangenheit, die nicht vergehen will“.

Die wichtigsten Thesen des Beitrags folgten einer Argumentation, die die FAZ schon am 24. Juli 1980 gedruckt hatte, ohne daß es zu diesem Zeitpunkt zu einem lebhaften Echo gekommen wäre. Damals hatte sich Nolte „gegen die Dämonisierung des Dritten Reiches“ gewandt und sich für eine „gründliche Bestandsaufnahme und eindringliche Vergleiche“ eingesetzt. Während Auschwitz bis dahin in der BRD-Geschichtsschreibung und Publizistik (auch für Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede vom 8. Mai 1985) ein „singuläres“ Ereignis war, behauptete Nolte, daß Auschwitz „im Kern nicht bloßer Völkermord“ gewesen sei, sondern „vor allem die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der russischen Revolution“. Die Kernthesen kleidete er am 6. Juni 1986 in Frageform: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rasensmords‘ der Nationalsozialisten?“

Auch wer nicht Historiker ist, erkennt, daß Ernst Nolte den Beginn des „europäischen Bürgerkrieges“ auf 1917 datierte und die Oktoberrevolution zur Hauptursache aller nachfolgenden Übel erklärte, Auschwitz eingeschlossen.

Mit dem Artikel Ernst Noltens begann eine Auseinandersetzung, die als „Historikerstreit“ in die Geschichte eingegangen ist. Als erster und wichtigster Kontrahent trat der Philosoph Jürgen Habermas mit seinem Artikel „Eine Art Schadensabwicklung“ auf, der am 11. Juli 1986 (vier Wochen nach Noltens Artikel) in der „Zeit“ erschien (die damals die Entspannungspolitik mittrug). Habermas warnte vor vor nationaler Überheblichkeit und falschem Patriotismus.

Der „Historikerstreit“ entbrannte mit einer Wucht und Schärfe, die den politischen Kontext fast vergessen ließ. In Moskau hatte Gorbatschow seine „Reformen“ begonnen. Kohl, der den Moskauer Politiker mit Goebbels verglich, strebte danach, in Moskau den „Schlüssel zur Einheit“ (Egon Bahr) in die Hand zu bekommen. Auf diesem Hintergrund, der hier nicht näher ausgeleuchtet wird, sammelten sich die Kontrahenten in zwei Lagern. An die Seite von Nolte stellten sich mit Klaus Hildebrandt, Michael Stürmer, dem Mann, der Helmut Kohl als Historiker beriet, und mit dem Hitler-Biographen Joachim Fest die rechtskonservative Historiker-Elite. Ihr Sprachrohr war die FAZ.

Um Jürgen Habermas gruppierten sich u. a. Eberhard Jäckel, Jürgen Kocka, Hans Mommsen, Martin Broszat, Kurt Sontheimer und Rudolf Augstein. Sie publizierten u. a. im „Spiegel“, in der „Zeit“ und in der „Frankfurter Rundschau“.

Soviel läßt sich feststellen: Nie zuvor hatte es unter bundesdeutschen Historikern einen so heftigen und kontroversen Streit gegeben. Nie zuvor war der Zusammenhang zwischen einem bestimmten Geschichtsbild und der Politik so sichtbar geworden. Im Laufe des Jahres 1987 ebnete der Disput ab, nachdem Nolte isoliert war und offenbar wurde, daß mit der Auseinandersetzung auch die Politik gegenüber den „Reformern“ in Moskau berührt wurde. Ernst Nolte erhielt in der „Zeit“ (31. Oktober 1986) noch einmal Platz für ein Plädoyer in eigener Sache. „Der Archipel Gulag ist schon deshalb ‚ursprünglicher‘ als Auschwitz, weil er dem Urheber von Auschwitz vor Augen stand

gang Schäuble in einem „Text zur inneren Sicherheit“ die Order, den Antifaschismus der DDR zu leugnen. Schützenhilfe erhielt er von Leuten wie Prof. Dr. Manfred Wilke, der sich in den folgenden Jahren besonders hervortat. Wilke, Gauck, Eppelmann u. a. mutierten objektiv zu Gehilfen der Staatsanwälte und Richter, die ihrerseits den Auftrag Kinkels befolgten, der DDR die Rechtsgrundlage zu entziehen. Die Arbeitsteilung zwischen Juristen, Historikern und Enthüllungsjournalisten war unübersehbar, insbesondere wenn es um erlogene Missetaten von Mitarbeitern der Staatssicherheit ging.

Aber es gilt auch hier: Allzu straff gespannt, zerbricht der Bogen.

Was hatte es mit dem „Historikerstreit“ auf sich?

Ernst Nolte und die Totalitarismus-Doktrin

und nicht Auschwitz den Urhebern des Archipel Gulag. Aber es gibt gleichwohl einen qualitativen Unterschied zwischen ihnen. Es ist unzulässig, diesen zu übersehen, aber es ist noch unzulässiger, den Zusammenhang nicht wahrhaben zu wollen“, behauptete Nolte.

Nach 1990 änderte sich der Inhalt des „Historikerstreits“. Zielstellung und Methoden wurden neu definiert. Die Arbeit am Geschichtsbild konzentrierte sich jetzt auf die „Delegitimierung“ der Geschichte der DDR und der Biographien ihrer Bürger. Zwei von Eppelmann angeführte „Enquete-Kommissionen“ des Bundestages durften während zweier Legislaturperioden mit hohem finanziellen Aufwand die DDR-Geschichte in eine Horrorstory verwandeln. Flankiert wurde das durch die Behörde Gauck-Birthler, die mit der monopolistischen Auslegung von „Akten“ die Deutungshoheit über die DDR anstrebten. Es schossen Institutionen aus dem Boden, die sich ausschließlich mit dem „Diktaturenvergleich“ beschäftigten, der vor allem darauf abzielt, die DDR als „stalinistisch-totalitäre Diktatur“ darzustellen. Ein Blick auf die Literaturliste des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung genügt, um das zu beweisen.

Während in Bonner Landen die braune Saat aufgegangen war und nach 1990 auch gen Osten hinüberwucherte, war in der DDR der Antifaschismus (von mir aus auch „befohlene“) Staatsdoktrin. Der Antifaschismus störte die Politik der Sieger der Konterrevolution empfindlich. Schon im Oktober 1990 gab Innenminister Wolf-

Jetzt jagt ein Skandal den anderen: Der BND hat getan, was der Staatssicherheit vorgeworfen worden war; seriöse Historiker distanzieren sich von den „wissenschaftlichen“ Ergebnissen der Birthler-Behörde, die um ihre lukrative Existenz bangt. Daß „wir“ seit 1990 der geschichtlichen Wahrheit und der Versöhnung zwischen Ost und West mit Hilfe der Theologen Eppelmann und Gauck näher gekommen wären, wird kaum jemand behaupten. Geschichte ist für sie lediglich der Steinbruch, der die Brocken liefert, die auf andere geworfen werden. (Christus: Wer aber ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.)

Vielleicht vollzieht sich nach dem „Historikerstreit“ von 1986 und dem ungebremsen Vormarsch der rechtskonservativen Historiker und Totalitarismusforscher nach 1990 jetzt eine neue Zäsur. Prof. Dr. Martin Sabrow, Vorsitzender der zehnköpfigen Kommission, die Empfehlungen für einen Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vorgelegt hat, meinte: „Vermutlich erleben wir gerade das Wetterleuchten eines abziehenden politisch-moralischen Reinigungsgewitters, das noch einmal die unterschiedlichen Bilder der DDR in grelles Licht taucht, bevor sie vom kollektiven in das kulturelle Gedächtnis wechseln.“ (ND 20./21. Mai 2006) Was aber wird der Inhalt des kulturellen Gedächtnisses sein? Wer legt ihn fest? Wie sehen sich die DDR-Bürger darin wieder?

Prof. Dr. Horst Schneider

Wie einer Kommunist wurde und es nach der Niederlage blieb

Meine Gedanken eilen der Verhandlung im Bundesgerichtshof voraus. Ich nehme mir vor, meine Sache ehrenhaft zu vertreten. Ich erinnere mich an Fernsehberichte aus Karlsruhe, an jämmerliche Gestalten, die zu später Stunde bei ‚Piccolo‘ Wirres in die Kameras lallten. ... Die HVA habe sie zur Mitarbeit gezwungen; sie hätten gar nicht anders können. ... Oder: Sie hätten doch auf ihre Art die Wiedervereinigung vorbereitet. Nun tat ihnen alles sehr, sehr leid. Ich will es besser machen. Trotzdem bekomme ich Angst: Werde ich das schaffen?“

Um es gleich zu sagen – ja, er hat es besser gemacht, der Heinz D. Stuckmann, alias IM „Dietrich“. Er ist weder in den Vernehmungen beim Bundesanwalt noch in der Gerichtsverhandlung seinem Vorsatz untreu geworden.

Die Verhaftung Stuckmanns im Januar 1994 war für viele bundesdeutsche Journalisten offensichtlich ein Schock. Der Gründer und Direktor der angesehenen

Kölner Journalistenschule, zuvor viele Jahre Reporter der „Zeit“ und des „stern“ ein Stasi-Agent! Und so waren sie dann auch schnell mit ihren Verurteilungen zur Hand, dabei weder nach dem Warum noch nach dem Wie seiner Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR fragend.

Ja, es war eine Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung X der HVA, jener Abteilung, die sich in der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme mit den psychologischen Kampfformen befaßte. Folglich sagt Stuckmann denn auch von sich: „Ich war kein Kundschafter. Oder in der Sprache der anderen Seite: Ich war kein Spion.“ Um dann aber hinzuzufügen: „Das sage ich nicht, weil ich mich über diese Genossen erheben will.“ Nein, er sagt es, weil es so war, weil es auch eine geheime Kampffront gab, die mit der Aufklärung im landläufigen Verständnis nichts zu schaffen hatte.

Und so haben wir denn auch bei den „Bekanntnissen des IM ‚Dietrich‘“ keinen Insiderbericht eines Kundschafters vor uns, sondern die Lebensgeschichte eines Mannes vom Jahrgang 1923, der seinen Weg vom Hitlerjungen und katholischen Jungmann zum bewußten Kommunisten beschreibt. Hier jammert nicht einer über „verlorene Jahre“, über ein „verpfushtes Leben“, sondern steht zu seinen Überzeugungen und Taten. Heinz D. Stuckmann lebt heute, um alle materiellen Güter gebracht, verarmt in Köln. Bleibt mir nur zu sagen: Lest ihn! Lest Stuckmann, den Kommunisten!

Dr. Edmund Schulz
Unser Autor war Lehrstuhlleiter an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Heinz D. Stuckmann: *Verdammte Kommunisten. Die Bekanntnisse des IM „Dietrich“*. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, 310 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-89706-861-3

Vom Truppenübungsplatz zur Generalstabsakademie

Soldat der NVA von Anfang bis Ende“. Unter diesem Titel schildert Hans-Georg Löffler exemplarisch seine Dienstzeit. Vom Gruppenführer bis zum Divisionskommandeur hatte er alle befehlgebenden Dienststellungen sowie viele Stabsarbeiterpositionen inne.

Das macht seine Erinnerungen für einen breiten Leserkreis interessant, läßt er den Leser doch teilhaben an dem, was ihn seinerzeit bewegte. Da wird er am Abend seiner Hochzeitsfeier zum Dienst gerufen. Es geht zunächst einmal zum Truppenübungsplatz Jägerbrück. Er schildert sympathische und weniger sympathische Vorgesetzte und Kameraden sowie eine Reihe dienstlicher Härten. Löffler berichtet von seiner Aus-

bildung an der Frunse-Akademie und der Woroschilow-Generalstabsakademie. Da schwärmt er von seinen Ausbildern, verschweigt aber auch nicht sein Kopfschütteln über die immer desolater werdenden Zustände in der UdSSR. Sehr eindrucksvoll ist die Gegenüberstellung der militärpolitischen Maßnahmen von Ost und West mit der Darlegung, daß der Warschauer Vertrag meist nur nachzog.

Löffler verschweigt auch manchen Zweifel an den konkreten Dienstbedingungen nicht, aber dominierend ist die Genugtuung, mit seinem Einsatz einen „Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Verhinderung eines Krieges auf deutschem Boden“ geleistet zu haben. Dies wird z. B. auch mit Bildern und Schilderungen vom Besuch des schwedischen Verteidigungsministers A. Thunborg sowie einer österreichischen Militärdelegation unter Oberst i. G. Hans Moser unterstrichen.

Schließlich übergeht Löffler nicht, wie er sich (gleich vielen seiner Kameraden) von Eppelmann eine Zeit lang hat täuschen lassen. Aber nach dem „Kaukasus“-Treffen von Kohl mit Gorbatschow sah er durch und begann Bewerbungsschreiben abzuschicken, was ihm schließlich einen Arbeitsplatz in einem Ingenieurbüro einbrachte. Unverständlich ist dem General heute, daß den ehemaligen Angehörigen der NVA lange nicht offiziell erlaubt war, hinter dem

erworbenen Dienstgrad den Zusatz „der Reserve“ bzw. „außer Dienst“ zu führen.

Der Rezensent, der im Herbst 1961 wie Tausende andere im Rahmen eines FDJ-Aufgebots freiwillig „zur Fahne“ ging (wer erinnert sich wohl heute noch an so etwas), kann damit leben. Er konzediert allerdings, daß viele Berufssoldaten hier anders denken.

Löfflers Erinnerungen sind nicht nur für Langgediente interessant, sondern auch für jene, die ihre Zugehörigkeit zur NVA als Beitrag zur Friedenssicherung betrachtet haben und keineswegs (wie heutzutage üblich) als Behinderung ihrer zivilen „Karriere“ geltend machen.

Schließlich wird in dem Buch erhellet, daß entgegen tendenziöser Veröffentlichungen und Filme die NVA zu jeder Zeit über genügend fähige Kader verfügte, um die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Dr. Ernst-Jürgen Langrock
Hans-Georg Löffler. „Soldat der NVA von Anfang bis Ende“, Berlin 2006, edition ost, ISBN 3-360-01072-8

Bei Krauses

Wohl war Frau Kanzler, nach der Art des Hauses, Seit 16 Jahren nicht mehr Gast bei Krauses. Bei denen hatte sie zwar mal studiert Und ohne Zweifel war sie auch mutiert – Als FDJlerin ... aktiv. Ward sie gezwungen? Sie hatte Krauses doch nur vorgesungen.

Rein physikalisch ist das zu verstehen, Denn schon politisch muß man sich verdrehen. Was half die Blässe dem Chamäleon, Vor den Reptilien auf dem Weg nach Bonn? Wie gerne schreiben auch Chronisten Krauses ... Für die Schmarotzer – nach der Art des Hauses.

Danach gibt's heute in Berlin Reformen, Die gar nicht mehr mit Menschennormen Vergleichbar scheinen – nur mit Marktwirtschaft. Die nimmt Hartz-IV-Empfänger nun in Haft, Am besten wohl, wie einst, zur Zwangsarbeit. Was schert den Teufel die Vergangenheit?

E. Rasmus

Am **21. Oktober** um **9.30 Uhr** spricht Oberst a. D. Dr. **Fritz Sayatz** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Strausberg/Umgebung** in der Gerhart-Hauptmann-Straße 6 über das Thema:

Die verheerenden Folgen der Weiterverbreitung von Kernwaffen

Früher galt es in der kommunistischen Bewegung als Schimpf, Trotzki genannt zu werden; heute bezeichnen sich einige Linke selbst gern als „Trotzkisten“. Was hat es damit auf sich? Wer war Trotzki – ein enger Mitstreiter Lenins oder ein Verräter? Wurde er vielleicht nur von Stalin heimtückisch verleumdet und dann aus dem Wege geräumt?

Als ich 1950/51 zum ersten Mal den „Kurznen Lehrgang – Geschichte der KPdSU (B)“ – las, begriff ich überhaupt nicht, daß Lenin Bronstein, genannt Trotzki, stets aufs neue in den Kreis seiner Mitkämpfer aufnahm, obwohl der den Leninismus schon als 24jähriger bekämpfte: In der Revolution 1905, während der folgenden Periode finsterster Reaktion, nach der Oktoberrevolution, beim Abschluß des Brester Raubfriedens und bei der Gestaltung der Neuen Ökonomischen Politik – immer fiel er den Bolschewiki in den Rücken. Mir schien das undenkbar und unter unseren Bedingungen auch völlig unmöglich. Später fragte ich mich: Wäre es seinerzeit überhaupt anders gegangen?

Lenin betrachtete Trotzki als vielseitig begabten, oft mutigen Revolutionär, hob seine Aktivitäten zuweilen lobend hervor. Zugleich sah er in ihm jedoch den Wechselspieler, den Pendler zwischen den Fronten, den Hochstapler und Mann der revolutionären Phrase, der nur allzu oft auf feindlichen Positionen stand. „Mit Trotzki kann man nicht prinzipiell diskutieren, denn er hat keinerlei feste Anschauungen“, schrieb Lenin 1911. „Mit einem Menschen, der sein Spiel damit treibt, die Fehler sowohl der einen wie der anderen zu bemänteln, diskutiert man nicht, ihn entlarvt man als einen Diplomaten allerniedrigster Sorte.“ (LW 17/351) Und: „Trotzki repräsentiert lediglich seine persönlichen Schwankungen und sonst nichts.“ (LW 16/398) „Trotzki hat niemals irgendeine ‚Physiognomie‘ gehabt; bei ihm gab es nur hinüber- und herüberwechseln von den Liberalen zu den Marxisten und umgekehrt. Unter dem Mantel besonders wohlklingender, hohler und nebelhafter Phrasen führt Trotzki die unaufgeklärten Arbeiter irre.“ (LW 20/153) Als Trotzki während des imperialistischen Weltkrieges gegen die Leninsche Losung des Kampfes für die Niederlage der eigenen Regierung auftritt, schreibt Lenin an Ines Armand: „... dieser Schuft hat sofort gemeinsame Sache gemacht mit dem rechten Flügel gegen die linken Zimmerwalder!! Das ist Trotzki!! Er bleibt sich immer gleich: voller Winkelzüge, spielt sich als Linker auf und hilft den Rechten, solange er nur kann.“ (LW 35/265) Nachdem sich Trotzki schon 1905 gegen die Leninsche Auffassung von den Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution wandte, trat er auch 1917 gegen das Bündnis mit den werktätigen Bauern – der Hauptmasse der russischen Bevölkerung – auf. An die Stelle der These vom Sieg der Revolution zunächst in dem Land, das das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Staaten darstellt, verfocht Trotzki die „permanente Revolution“ – der Arbeiterstaat sollte als

Plattform dienen, von der aus man die Revolution mit Hilfe der Roten Armee in andere Länder tragen müsse, bis zum Sieg auf dem ganzen Planeten. Aufgabe der Sowjetmacht sei nicht der sozialistische Aufbau, sondern das Durchhalten bis zur Weltrevolution.

Im Oktober 1917 wollte Trotzki den bewaffneten Aufstand bis zur Tagung des Sowjetkongresses aufschieben; was zu seinem Scheitern geführt hätte. 1918 mußte Lenin einen verbissenen Kampf gegen Trotzki's Sabotage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland führen, hätte doch seine Linie – Einstellung des Krieges, Ablehnung des Friedensvertrages, aber Demobilisierung der Armee – den sicheren Untergang der jungen Sowjetmacht bedeutet. Trotzki's Verweigerung der Vertragsunterzeichnung in Brest Litowsk bot dem kaiserlichen Deutschland den Vorwand für eine militä-

Einheit der Partei angesichts „solcher Mitglieder des ZK“ wie Stalin und Trotzki zu gewährleisten sei. Nachdem er Stalin charakterisiert hatte, schrieb er über Trotzki, dieser zeichne sich zwar durch hervorragende Fähigkeiten aus, aber eben auch durch „Nichtbolschewismus“. Er sei „ein Mensch, der ein Übermaß an Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat“. (LW 36/579)

Den Begriff Trotzkiismus verwendete Lenin schon 1911 und erneut ab April 1917 und zwar nicht zur Charakterisierung einer in sich geschlossenen Theorie oder theoretischen Grundlage einer bestimmten Politik, sondern im Sinne von revolutionärer Phrasendrescherei und sich „besonders links“ gebärdendem Abenteuererum. (LW 17/231) Die erkenntnistheoretischen Wurzeln sind: Subjektivismus, und Voluntarismus.

Nachdenken über Trotzkismus

rische Offensive, die für Sowjetrußland zu beträchtlichen Gebietseinbußen führte.

Als Volkskommissar für Heer und Marine pochte er extrem auf die Autorität der Macht; seine Repressalien gegen Kommandeure und Soldaten gingen bis zu unzähligen Erschießungen auch von Kommunisten selbst bei geringsten Vergehen. Das Kriegsreglement enthielt einen Abschnitt der Verehrung Trotzki's als „Helden“ und „Sieger über alle Feinde“. Nach Bürgerkrieg und Intervention kamen die Jahre des Wiederaufbaus und der Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft. In der nun von Trotzki vom Zaune gebrochenen Diskussion forderte dieser das „Durchrütteln der Gewerkschaften“ und das „Anziehen der Daumenschrauben“. Sein Modell war die Militarisierung der Arbeit, die Umwandlung des ganzen Landes in eine Kaserne, in der alles nach den Befehlen von oben geschieht und die Massen nur Vollstrecker des Willens der Kommandeure sind. Das hätte natürlich das Verhältnis der Arbeiterklasse zu ihrer Vorhut, der kommunistischen Partei, ernsthaft in Frage gestellt. Immer wieder zeigte sich, wie „erstaunlich schlecht“ Trotzki „über das unterrichtet (ist), worüber er urteilt (LW 33/340), sei es die Arbeit der Staatlichen Plankommission, die Finanzwirtschaft oder die Arbeiter- und-Bauern-Inspektion.

In seinem erst 1956 veröffentlichten Brief an den Parteitag (diktiert im Dezember 1922) warf Lenin die Frage auf, wie die

Nach Lenins Tod organisierte Trotzki die „vereinigte linke Opposition“ und forderte, „die letzten Kräfte“ des Landes für die ursprüngliche Akkumulation zu mobilisieren, so wie die Bourgeoisie dies einstmals getan habe. Nach Trotzki's Ausschluß aus der Kommunistischen Partei und seiner Ausweisung aus der UdSSR war für seine Veröffentlichungen und das Wirken der von ihm 1938 gegründeten „IV. Internationale“ besonders ein wütender Antisowjetismus kennzeichnend. Gerade in diesem Sinne wurde der Begriff Trotzkiismus dann in der kommunistischen Bewegung verstanden. Heute gibt es mindestens sieben Gruppierungen dieser „IV. Internationale“. Zwar ist ihre Basis in der Arbeiterklasse äußerst schmal, aber besonders dort, wo der Protest gegen die Ausbeuterklasse und die neokolonialistische Versklavung der Völker der Dritten Welt Massen auf die Straße bringt, wo studentische Jugend sich in den Kampf eingliedert, da treten auch „Trotzkisten“ auf den Plan, die sich gefühlsmäßig für die revolutionäre Aktion entscheiden. Sie haben kaum eine Vorstellung davon, was unter Trotzkiismus zu verstehen ist. Natürlich sind alle, die sich ehrlichen Herzens gegen die Macht des Großkapitals, seine Aufrüstungs- und Sozialabbaupolitik wenden, unsere Verbündeten. Nur auf unverantwortliches politisches Abenteuererum lassen wir uns nicht ein.

Aus der Arbeit der RF-Regionalgruppe Uckermark Ziel ist engeres Zusammenrücken

In den zurückliegenden Monaten führte die Regionalgruppe Uckermark des „RotFuchs“-Fördervereins in Templin und Schwedt Veranstaltungen durch, auf denen sie sich über die Rolle der Regionalgruppe im linken Spektrum der Städte verständigte. An der Templiner Veranstaltung nahmen auch „Rotfuchse“ teil, die in anderen Regionen leben, jedoch gerade Urlaub in Templin machten.

Unsere Regionalgruppe wurde im Mai 2004 gegründet. Damals waren wir 7 Mitglieder und 24 Leser. Heute sind wir 11 Mitglieder und 40 Leser. Die Regionalgruppe führte 11 Veranstaltungen durch. Auf Grund der Größe des Territoriums – die Uckermark ist mit 3058 Quadratkilometern flächenmäßig der größte Landkreis der Bundesrepublik Deutschland – hatten wir uns entschieden, die Zusammenkünfte auf die Gebiete Prenzlau, Schwedt und Templin zu verteilen. Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion war Egon Krenz bei uns. Zur Europäischen Verfassung sprach Professor Dr. Detlef Joseph. Wir beschäftigten uns mit der Besetzung und dem Widerstand in Irak und der Bolivianischen Revolution in Venezuela. Mit Ulla Jelpke, Mitglied der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag, berieten wir über die Verantwortung und

die Perspektive der Linken in der Bundesrepublik. Déborah Azcuy Carillo, 1. Sekretär der Botschaft der Republik Kuba, war zu Gast, als wir gemeinsam mit Cuba Sí über „Kuba heute“ sprachen. Und auf dem Plan standen Buchlesungen „DDR kontra Agenda 2010“. Alle Veranstaltungen waren gut besucht.

Wir verstehen den „RotFuchs“ als Förderverein, der sich die Aufgabe stellt, den wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten. Zu diesem Zweck gibt er eine Zeitschrift heraus. Er ist also keine Partei, und die Zeitschrift ist keine Parteizeitung. Im Förderverein und unter den Lesern sind Mitglieder unterschiedlicher Parteien und Parteilose. Wir können Informationen vermitteln und die Leser inspirieren. Die politischen Entscheidungen über Ziel und Wege der Parteien treffen diese selbst.

Die Veranstaltungen der Regionalgruppe sind wie ein politisches Bildungsprogramm für die Mitglieder verschiedener Parteien. Auch Mitglieder von Organisationen wie attac und ISOR kommen zu uns. Die Bildungsveranstaltungen haben den Zweck der Information der Mitglieder und Leser und anderer Interessierter. Wie das in den Parteien verwendet wird oder nicht, kann nicht Angelegenheit des RF sein. Deshalb ist sein Anliegen, Sammelbecken der Linken zu sein, nur mit-

telbar zu erreichen. Wir können aber an einem Prozeß der Zusammenarbeit von sozialistischen und kommunistischen Kräften mitwirken.

Die „RotFuchs“-Veranstaltungen haben Mitglieder unterschiedlicher linker Parteien in eine kameradschaftliche Diskussion gebracht. Das ist ein Fortschritt und unterstützt die Verpflichtung unserer Zeitschrift, Tribüne für Sozialisten und Kommunisten zu sein. In den Beratungen wurde deutlich, daß der Wunsch unserer Mitglieder und Leser darin besteht, Gedanken auszutauschen und einheitlich zu handeln. Wir sind also fähig, miteinander zu reden. Wir kennen unsere weltanschaulichen Differenzen. Dies ist aber kein Grund, sie uns bei jeder passenden Gelegenheit aufs Brot zu schmierem.

Verschiedene Auffassungen gibt es zur Richtigkeit und Aktualität des Marxismus-Leninismus, zur Rolle der Arbeiterklasse, zu den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa, zur Wirkungsweise ökonomischer Gesetze, zur Rolle einer revolutionären Vorhutpartei. Es bestehen unterschiedliche Sozialismusvorstellungen. Neben dem wissenschaftlichen Sozialismus werden Konzepte des utopischen, demokratischen und bürgerlichen Sozialismus vertreten. Der „RotFuchs“ wird gern gelesen. Seine Bezieher geben ihn in der Regel weiter. Viele Leser freuen sich darüber, daß der RF den Sozialismus und die Errungenschaften der DDR verteidigt. Manch einem fehlt jedoch noch der Mut, diese Erkenntnisse in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Druck der bürgerlichen Medien auf die Meinungsbildung der Menschen zeigt Wirkung. Wir haben festgestellt, daß eine Reihe von Freunden und Genossen es als ausreichend betrachtet, den „RotFuchs“ zu lesen. An den Aktivitäten der Regionalgruppe sind manche weniger interessiert. Durch persönliche Kontakte gehen unsere Bemühungen dahin, das zu verändern.

Aus Gesprächen mit Lesern ist bekannt, daß einige den Schritt zum Mitglied scheuen, weil sie befürchten, daß sich der „RotFuchs“ zu einer weiteren sozialistischen oder kommunistischen Partei entwickeln könnte. Ihnen reichen die Palette solcher Parteien in der Bundesrepublik und die zwischen ihnen mitunter unfair geführten Streitereien.

Wir stimmten überein, daß die ehrenamtliche Mitarbeit in der Regionalgruppe verbessert werden muß. In Schwedt erklärte sich Horst Hinz bereit, in der Regionalleitung mitzuarbeiten. Wir haben ihn gleich gewählt.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Ein kleiner satirischer Vers zu der ständigen Behauptung, in den Medien der BRD gebe es keine Zensur.

Die Schere im Kopf
wirkt wie ein Pfropf.
Von innen heraus
gelangt nichts mehr hinaus.
So politisch korrekt
wird Wahrheit versteckt.

Berthold Henze, Berlin

Post aus der „Heldenstadt“ Ein Strahlemann in Leipzigs Rathaus

Ein strahlender neuer Oberbürgermeister, Burkhard Jung, mit elegantem hellem Sommerhut. Das riesige Foto erschien kürzlich in der „Leipziger Volkszeitung“. Darunter der optimistische Text: „Hat nach hundert Tagen im Amt gut gelacht“.

Wer die wirtschaftspolitische Situation, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Zustand der Finanzen oder die soziale Lage zu beurteilen vermag, kann das nicht ernst nehmen. Ins Dienstzimmer des OB gehörte eigentlich ein großer Stahlhelm oder noch besser eine Vollrüstung aus dem Rittermuseum.

Aber auch die Vorgänger wurden oft grinsend vorgeführt. Lehmann-Grube erlebte den größten Wirtschaftsabsturz seiner Laufbahn, und Herr Tiefensee konnte zwar einige beeindruckende „Leuchttürme“ (Star: BMW) errichten, das fortschreitende Abrutschen der Mittelschichten und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit um 30 % aber nicht verhindern. Das stand zwar nicht in seiner Macht, er hat jedoch die mittelstandsfeindliche Politik seiner Genossen in Berlin niemals vernehmbar kritisiert. Hartz IV ist ein Desaster, und das jährliche Lehrstellen-

debakel steht für 2006 abermals bevor. Eine Milliarde Schulden hat geradezu verzweifelte Sparprogramme produziert. Die Budgets für Kultur, Sport, soziale Vereine, Grünflächengestaltung usw. wurden dramatisch zusammengestrichen. Die städtischen Beschäftigten mußten bereits ab 2005 einer zehnpromzentigen Lohn- und Arbeitszeitverkürzung zustimmen. Das geschah unter Mißachtung der zentralen Tarifregelung. Und noch immer ist der Haushalt nicht ausgeglichen. Wer da noch Gründe zum Lachen erkennt, muß echt ein begabter Schauspieler sein.

Aber was sind das für Leute, die sich im Rathaus zu Leipzig den Hut aufsetzen wollten und in den Wahlkampf zogen? Der Chef der Leipziger Industrie- und Handelskammer, Dr. Topf, ein nüchtern denkender Unternehmer, hat das Ansinnen abgelehnt. Vielleicht reizten andere Bewerber vor allem die Amtskette und das Gehalt. Vielleicht überschätzte man seine persönlichen Fähigkeiten und vor allem die objektiven Handlungsspielräume und Perspektiven. Oder man machte sich als Wahlkämpfer einfach einen Spaß (sächsisch Gagsch) daraus.

Joachim Spitzner, Leipzig

Wie die U. S. Army mit deutschen Kriegsgefangenen verfuhr Eisenhowers Dezimierungslager

Der 2. Weltkrieg brachte unermeßliches Leid mit sich. In den Kampfhandlungen fielen 32 Millionen Menschen. Allein die Sowjetunion verlor 26 Millionen. Es gab 35 Millionen Verwundete. Unüberschaubar waren auch die materiellen Schäden, die Wehrmacht und Waffen-SS verursachten. Die Verluste der UdSSR wurden auf 679 Milliarden Rubel geschätzt – das Ergebnis der „Taktik der verbrannten Erde“, Zeitzeugen aus Nazi-Wochenschauen noch bestens bekannt. Von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen wurden 3,3 Millionen ermordet oder erlagen Seuchen und Entkräftung. Mußten nicht diese Greuel zwangsläufig zu unbändigem Haß und Gefühlen der Rache gegenüber dem faschistischen Aggressor führen? Auch Angehörige der Roten Armee luden Schuld auf sich, indem sie auf eigene Faust Vergeltung übten. Doch nur diese wird von den Medien der Bourgeoisie für erwähnenswert gehalten. Nach Kriegsende durch amerikanische Besatzungstruppen gegenüber Gefangenen und Zivilisten begangene Unmenschlichkeiten wurden lange Zeit totgeschwiegen. Erst in den 80er Jahren war einem Bericht von Dr. E. F. Fisher, ehemaliger Oberst der U. S. Army aus Arlington (Virginia), zu entnehmen: Ende April 1945 befanden sich unter dem Oberkommando von General Dwight Eisenhower, dem späteren Präsidenten der Vereinigten Staaten, mehr als 5,2 Millionen deutsche Soldaten in sogenannten Stacheldrahtkäfigen unter freiem Himmel in Gefangenschaft zusammengepfercht. Viele von ihnen standen buchstäblich Schulter an Schulter. Sie konnten sich nicht einmal hinlegen. Der Boden unter ihnen verwandelte sich bald in einen Sumpf aus morastigem Unrat. Dem Wetter ausgesetzt, ohne sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.

Vom April 1945 an wurde in Lagern der Westalliierten ungefähr eine Million Kriegsgefangene ausgelöscht. Das geschah vornehmlich in den 200 provisorischen „Camps“ der Amerikaner, die auf deutschem Boden bestanden. Informationen darüber lagen jahrelang in alliierten Archiven unter Verschuß. Das furchtbare Geschehen war offensichtlich gewollt. Alles wurde damals verheimlicht und zugedeckt. Akten darüber wurden vernichtet, geändert oder verschwanden auf andere Weise. In Mißachtung der Verpflichtungen, die die USA mit der Unterzeichnung der Genfer Konvention eingegangen waren, verweigerte die Regierung der Vereinigten Staaten dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz die Erlaubnis, die Lager zu betreten. Auf Befehl von Oberst C. H.

Beasley wurden eigens Schilder an den Lagertoren von Remagen angebracht: „Typhus, Betreten verboten!“ James Bacque, dem Autor des Buches „Der geplante Tod“, ist es zu verdanken, daß Einzelheiten dieses Völkerrechtsverbrechens schließlich ans Licht kamen. Im kalten Krieg gegen den europäischen Sozialismus hatten USA und BRD bewußt nur von Angehörigen der Roten Armee tatsächlich oder angeblich begangene Kriegsgreuel präsentiert. Noch heute fällt es schwer, der historischen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Dr. Rudolf Druх

Wir erinnern mit diesem Beitrag an unseren verstorbenen Autor aus Dessau.



Gefangene der 3. US-Armee auf offenem Feld bei Regensburg, Mai 1945

Geschichten aus dem Pütt

Hans-Dieter Hesse, geboren 1931, Arbeiterschriftsteller aus Recklinghausen im Ruhrgebiet, war viele Jahre Bergmann und brachte es bis zum Bergingenieur (grad.), bevor er andere Tätigkeiten verrichtete und „zehn Jahre am Stück“ arbeitslos war. Sein Herz hängt nach wie vor am Revier, und viele der farbigen, kraftvollen Geschichten des eigenwilligen kommunistischen Autors, die gelegentlich auch im „RotFuchs“ erschienen sind, erzählen vom Leben der Kumpel. Anfang Juli sind im Eigendruck Hesses Pütt-Geschichten – eine reich bebilderte Chronik des Schaffens vor Ort – herausgekommen. Man kann sie nur beim Autor selbst beziehen, obwohl sie einen viel größeren Leserkreis erreichen müßten. Texte, Gedichte und Illustrationen reihen sich in lockerer Folge aneinander. Das wich-

tigste aber: „Pütt-Geschichten“ liefert eine zwar unvollständige, aber deshalb nicht weniger erschütternde Bilanz der unzähligen Unglücke und Katastrophen im deutschen Steinkohlebergbau. Sie hält gewissen Schreibern und Kommentatoren der Medien den Spiegel vor, die heute nur auf China verweisen, wo es – offenbar infolge von Privatisierung veralteter Gruben – nicht wenige tragische Unfäl-

le gegeben hat, um von der Vielzahl der auf Zecken des deutschen Kohle-Kartells tödlich verunglückten oder zu Krüppeln geschlagenen Bergleute abzulenken. **S. R.**

Hans-Dieter Hesse. Pütt-Geschichten. 2006, 62 Seiten, ill., zu beziehen über den Autor: Letterhausstraße 45, 45665 Recklinghausen, Tel. 03 32 32-20 87 72

Genosse **Egon Krenz** spricht am **27. Oktober** um **14.30** Uhr im Kulturhaus Niels-Stensen-Straße 1 auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Teterow.**

Gäste sind herzlich willkommen.

Thema:

Der politische Herbst 1989 und was daraus geworden ist.

Eindrücklich erinnere ich mich an das Erste Pressefest des portugiesischen KP-Zentralorgans „Avante!“. Es fand im Herbst 1976, also im zweiten Jahr nach dem Sturz der schon 1926 errichteten faschistischen Diktatur Salazars und Caetanos, auf dem Lissabonner Messegelände am Nordufer des Tejo-Flusses statt. Zehntausende kamen damals dorthin. Am Anfang herrschte große Aufregung, denn unmittelbar vor Eröffnung des Festes war ein terroristischer Anschlag erfolgt. Die durch Faschisten gelegte Bombe beschädigte einen der Transformatoren, so daß die Stromversorgung zeitweilig ausfiel. Mein Mitkämpfer am Stand des ND, als dessen Portugal-Korrespondent ich von 1974 bis 1979 arbeitete, war kein Geringerer als der begnadete Journalist Dr. Günter Kertzsch, dessen menschliche und politische Qualitäten ich als übertra-

cherheit, die Patrouille fuhren, sorgten dafür, daß es zu keinen Ärgernissen kam. In der „Internationalen Stadt“ hatten wiederum Dutzende kommunistische und linke Parteien des Auslands – darunter ein nicht zuletzt durch „Rotes-Oktober-Bier“ lebhaften Zuspruch findendes Revier der Linkspartei.PDS – ihre Stände geöffnet. Tische und Bänke boten Gelegenheit, so manchen kennenzulernen. Hier trafen wir mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte sowie jungen Leuten von der WASG zu freimütig-herzlichen Gesprächen zusammen. Hier begegneten wir auch Genossen des Sekretariats der nationalen Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical, in der die Kommunisten – eine Partei mit 135 000 Mitgliedern – bei aller politischen Vielfalt den größten Einfluß ausübten.

Städte und Kreise – ist stabil und dehnt sich aus. Mit ihrem neuen Generalsekretär – dem Nachfolger des in die zweite Reihe zurückgetretenen blassen Carlos Carvalhas – hat die PCP zum politischen Kaliber der Ára Álvaro Cunhals zurückgefunden. Übrigens konnte ich tags darauf mit Jerónimo de Sousa im Gebäude des ZK ein kurzes Gespräch führen. Dort hatte uns „Avante!“-Redaktionschef Leandro Martins herzlich empfangen, zusammenhängend informiert und danach etliche unserer Fragen beantwortet.

Als wir anschließend in der Empfangshalle des Hauses an der Rua Soeiro Pereira Gomes eine kleine Verschnaufpause einlegten, versammelten sich plötzlich einige der „historischen Führer“ der PCP um uns. Wir kannten uns aus unzähligen Gesprächen, Begegnungen und Aktionen während der Revolution und der Konterrevolution. Nun saßen wir wieder zusammen: Antonio Dias Lourenco (91), langjähriger Direktor von „Avante!“, 17 Jahre in faschistischer Haft, als Sekretär des illegalen Zentralkomitees Organisator der legendären Flucht Alvaro Cunhals und neun weiterer ZK-Mitglieder aus dem Zuchthaus Peniche; Carlos Costa, einer der aus Peniche Geflohenen, 15 Jahre Zuchthaus, langjähriges Mitglied der Politischen Kommission und Sekretär des ZK, noch immer aktiv; Sergio Vilarigues, ebenfalls jahrzehntelang Sekretär des ZK, 12 Jahre Haft. Plötzlich hielt mir Margarida Tengarrinha von hinten die Augen zu. Sie ist die Witwe des antifaschistischen Helden José Dias Coelho, eines kommunistischen Künstlers, der 1961 von Agenten der Geheimpolizei PIDE im Lissabonner Stadtteil Alcantara auf offener Straße erschossen wurde. Und auch António Tereso stellte sich ein: Als Gefangener im Zuchthaus Caxias hatte er sich einst das Vertrauen des Direktors erschlichen. Dieser ernannte ihn zu seinem Fahrer. Er durfte sogar eine gepanzerte Limousine chauffieren, die Hitler seinem Freund Salazar geschenkt hatte. Mit diesem Wagen durchbrach Tereso das morsche Zuchthaustor und brachte im Kugelhagel der Wachen zehn gefangene ZK-Mitglieder nach draußen.

Es versteht sich, daß uns die Runde mit diesen außergewöhnlichen Menschen im wahrsten Sinne des Wortes das Herz gewärmt hat. Unsere Freunde aber freute die Gewißheit, daß es auch in Deutschland standhaft gebliebene Kommunisten gibt.

Bei einem Ausflug nach Mittelportugal zeigte uns Manuel Pedro – auch er mußte 11 Jahre durch die faschistischen Gefängnisse gehen – in der mittelalterlichen Zwingburg von Peniche noch einmal jene Stelle, an der Álvaro Cunhal und seine Genossen im Winter 1961, begleitet von einem der Posten, die 14 Meter hohe Mauer an zusammengeknüpften Bettlaken hinabgeglitten waren.

Diese Zeiten und jene, die sie prägten, sind in die Geschichte eingegangen. Ihr Leben und Handeln bleibt uns Maßstab für die eigene Tat. Wir grüßen Portugals Kommunisten.

Klaus Steiniger

Cunhals Partei wird wieder zielklar geführt

Portugal: Begegnungen mit PCP-Genossen

gend empfand. Schon zuvor Leitartikler der Zeitung des Nationalkomitees Freies Deutschland in der Sowjetunion, war er viele Jahre bei uns stellvertretender Chefredakteur. Anfang 1995 ist er, schon hochbetagt, auf tragische Weise ums Leben gekommen.

Als wir – Bruni, ich und andere Genossen – drei Jahrzehnte später mit tuc zur 30. Festa do Avante! nach Lissabon flogen, standen uns bewegende Erlebnisse bevor. 85 Jahre nach der Gründung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und 75 Jahre nach dem Erscheinen der ersten illegalen Nummer der „Avante!“ wurde das riesige parteieigene Areal der Quinta da Atalaia in Seixal – einer kommunistisch regierten Großstadt an der südlichen Peripherie der Metropole – von den Menschenmassen, vor allem Arbeitern und jungen Leuten, buchstäblich überflutet. Selbst das keineswegs an Objektivität orientierte RTP-Fernsehen vermeldete korrekt, an den drei Festtagen seien mehr als eine halbe Million Menschen (bei 10 Millionen Landesbürgern) auf das Terrain der Festa geströmt. Sie erlebten unter der von einem 40 Meter hohen Mast wehenden roten Fahne mit Hammer und Sichel phantastische Konzerte symphonischer Orchester, jugendgemäß lautstarken Rock, Auftritte unzähliger Solisten und Ensembles, politische Debatten in großer Vielfalt. In den zahlreichen Restaurants wurden kulinarische Spezialitäten aller Regionen des Landes angeboten. Lachen und Tanzen, Trommelwirbel und Stelzenlaufen gehörten zur Szenerie. Die Freude der Teilnehmer war trotz brütender Hitze ungetrübt. Streifenwagen der Parteisi-

Höhepunkt des Festes war wie immer das Abschlußmeeting auf dem großen Platz vor der Haupttribüne. An mehrere Meter hohen Videotafeln konnten die Zehntausende, die sich mit roten Fahnen und weißen Bannern der CDU (steht nicht für Merkels schattigen Verein, sondern für die seit Jahrzehnten erfolgreiche linke Wahlfront aus PCP, Grüner Partei und Unabhängigen) versammelt hatten, den Verlauf der einstündigen Kundgebung genau verfolgen. Der frühere Metallarbeiterführer und jetzige Generalsekretär der Partei Jerónimo de Sousa riß die Teilnehmer immer wieder zu Beifallsstürmen und Sprechchören mit. Aus marxistisch-leninistischer Sicht analysierte er die internationale Situation, die Lage im Lande und den Kampf der Partei. Scharf geißelte er den israelischen Terror gegen Libanon und die Palästinenser. Applaus brandete auf, als er Gefühle tiefer Solidarität der PCP, die im November eine internationale Konferenz der Bruderparteien in Lissabon ausrichten wird, mit dem Kuba Fidel Castros zum Ausdruck brachte.

Scharf rechnete Jerónimo de Sousa mit dem Kapital und seiner gegenwärtig durch die rechtssozialdemokratische PS gestellten Regierung Socrates ab. Seine Worte vermittelten die feste Überzeugung, daß die PCP nach der Ausschaltung opportunistischer Kräfte aus der Politischen Kommission und anderen Gremien nun wieder geschlossen auf marxistisch-leninistischen Positionen steht. Ihr Einfluß – die besonders im Landessüden starke Partei erhielt bei den letzten Parlamentswahlen landesweit rund 9 % der Stimmen und verwaltet mehrere Dutzend

Die regelmäßige Lektüre der in etlichen Sprachen – auch auf deutsch – erscheinenden kubanischen Monatszeitung „Granma Internacional“ verschafft enormen Gewinn. Das Blatt atmet den Geist der Revolution, vermittelt den Stolz des kubanischen Volkes auf seine großen Errungenschaften. Die Zeitung setzt sich mit den haßerfüllten Angriffen der von Bush angeführten Feinde Kubas auseinander und vermittelt der Welt den optimistischen Glauben an die gerechte Sache des Sozialismus. Viel Raum nehmen Erfolge und Leistungen ein, die trotz des Zusammenbruchs der UdSSR und der mit ihr verbundenen sozialistischen Gemeinschaft – jedenfalls in Europa – erzielt wurden. „Granma Internacional“ veröffentlicht regelmäßig die Reden Fidel Castros, verdeutlicht seinen Führungsstil, seine enge Verbundenheit mit den einfachen Menschen und die freimütige Art, um heiße Eisen keinen Bogen zu machen, begangene Fehler einzugestehen.

Kuba mit seinen rund 12 Millionen Einwohnern widersteht seit über vier Jahrzehnten der Embargo-Politik der USA und setzt sich gegen immer wiederkehrende Naturkatastrophen erfolgreich zur Wehr. Im Jahr 2005 wurde ein Wirtschaftswachstum von 11,8 Prozent erreicht. Und im ersten Quartal 2006 konnte die Prognose von 10 Prozent mit 12,5 Prozent übertroffen werden. Im April d. J. wurde festgestellt, daß die Bevölkerung Kubas zu hundert Prozent sozial abgesichert ist. Gesetzlich festgelegt sind das Recht auf Arbeit, garantierte Ausbildungsplätze für die Jugend, die Gleichberechtigung der Frau, die zuverlässige Altersversorgung. 2005 konnten die Löhne, Renten und die Sozialhilfe für mehr als fünf Millionen Menschen spürbar erhöht werden. Die Grundgehälter im Kultur- und Gesundheitswesen wurden für 800 000 Personen angehoben.

Das Gesundheitswesen Kubas ist beispielgebend für Lateinamerika und die übrige „Dritte Welt“. Die ärztliche Grundversorgung ist voll gesichert. Der Krankenhausaufenthalt einschließlich notwendiger Operationen sowie die zahnärztliche Behandlung sind kostenlos. Es gibt Bestattungskosten im Todesfall. Kuba verfügt über 70 000 Mediziner, von denen 60 000 eine Facharztausbildung besitzen. 25 000 sind gegenwärtig im internationalistischen Einsatz. Derzeit bildet Kuba 12 000 Studenten aus vielen lateinamerikanischen Ländern zu Ärzten aus, in zehn Jahren sollen es 100 000 sein.

Auf dem Gebiet der medizinischen Forschung weist die karibische Inselrepublik herausragende Erfolge auf. So wird u. a. an einer Therapie zur Behandlung von Krebs im Frühstadium gearbeitet. Ein neuer Impfstoff gegen Gebärmutter- und Prostata-Krebs befindet sich im Stadium der klinischen Erprobung. Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Heilung von Gehörschäden bei Kindern beigemessen. Impfungen gegen viele Krankheiten sind Pflicht. 524 000 Kinder wurden z. B. gegen Polio (Kinderlähmung) immunisiert. Seit 1962 ist sie nicht mehr aufgetreten. Zum

kubanischen Gesundheitswesen gehört auch, daß 18 000 Kinder aus der Region um Tschernobyl zur Erholung in Kuba weilten und therapeutische Betreuung erfuhren.

Herausragende Leistungen von Künstlern und Athleten haben Kuba hohe Anerkennung verschafft. Auf der Internationalen Buchmesse in Havanna 2005 erwarben 560 000 Besucher rund 700 000 Bücher. Rasch schreitet der Wohnungsbau voran. Für die Jahre 2005/2006 war die Bereitstellung von 156 000 neuen Wohnungen vorgesehen. In den letzten 40 Jahren entstanden 2 579 439 neu, was 75,4 Prozent des heutigen Wohnungsbestandes ausmacht. Der soziale Aspekt: Betrugen die Mietausgaben 1959 noch 50 Prozent des Familieneinkommens, so liegen sie heute bei zehn Prozent.

mit dem ersten sozialistischen Staat, der UdSSR, sehr bitter war. Diesen Staat hätte man reparieren können. Er mußte nicht untergehen. Einer unserer größten Irrtümer war zu glauben, daß irgend jemand wüßte, wie man den Sozialismus aufbaut. Heute ist uns ziemlich klar, wie man das macht, aber wir brauchen jetzt klare Ideen, wie man den Sozialismus bewahrt und in Zukunft bewahren kann.“

Castro fügte hinzu: „Ist es eine Eigenschaft von Revolutionen, daß sie abstützen, oder sind es die Menschen, die Revolutionen zusammenbrechen lassen? Können Menschen verhindern, daß Revolutionen zusammenbrechen oder nicht? Hier meine Antwort für Kuba: Die Yankees können diesen Revolutionsprozeß nie zerstören, weil unsere Bevölkerung gelernt hat, mit Waffen umzugehen. Das ganze

Fidels Kuba: No pasaran!

Es ist dem USA-Imperialismus nicht gelungen, andere Länder von wirtschaftlichen Beziehungen mit Kuba abzuhalten. Zu den wichtigsten Handelspartnern zählen heute Venezuela, China, Rußland und Kanada, aber auch etliche lateinamerikanische Staaten. Mit China gibt es eine aktive Kooperation auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens, z. B. bei der Entwicklung von modernen Triebwagen. Die Volksrepublik ist Abnehmer von jährlich 4 000 Tonnen kubanischen Nickels. Mit Rußland bestehen nach vielen Enttäuschungen für Kuba nun wieder „vorzügliche Bedingungen für eine prosperierende wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (Außenminister Lawrow). So wurde vor kurzem ein Abkommen über den Kauf russischer Flugzeuge unterzeichnet. Kubas Zuckerexport konnte erhöht werden. Bedeutende Valuta-Einnahmen erzielt der kubanische Staat auf dem Gebiet der Touristik.

Summa summarum: Von einem immer wieder prophezeiten Niedergang mit Vorzeichen eines baldigen Untergangs kann keine Rede sein. Dank richtiger Führung durch die KP Kubas, an der Fidel Castro stets den größten Anteil besaß, sind unter Auswertung der Erfahrungen der Niederlage des Sozialismus auf anderen Erdteilen Wege gefunden worden, die den weiteren Aufschwung Kubas trotz der bestehenden Erschwernisse möglich machen. Auf die Frage eines Interviewers an Fidel Castro, ob ihm die Tatsache, daß in ehemals sozialistischen Ländern inzwischen eine ganz andere Richtung eingeschlagen worden sei, nicht Angst mache, antwortete dieser: „Ich finde, daß die Erfahrung

Volk hat trotz unserer Irrtümer ein solches Kulturniveau, Wissen und Bewußtsein, daß es niemals erlauben würde, sein Land wieder zur Kolonie zu verwandeln. Aber diese Revolution kann sich selbst zerstören. Wir, ja wir können sie zerstören. Es wäre unsere eigene Schuld, wenn wir unfähig wären, unsere Irrtümer zu korrigieren.“

Noch vor dem Besuch des USA-Präsidenten in der BRD ging eine Meldung durch die Presse, deren Schlagzeile lautete: „Bush drängt auf Ende der Castro-Ära“. Dort war zu lesen, daß die USA-Regierung ihre Sanktionen gegen Kuba strikter durchsetzen will, „um den Abgang der Regierung Fidel Castros zu beschleunigen“. „Wir arbeiten aktiv an einer Veränderung in Kuba und warten nicht einfach ab“, bemerkte Bush. Die Kommission unter Leitung von Außenministerin Rice und Handelsminister Gutierrez habe die Aufgabe, nach dem Ende der Castro-Ära auf Kuba „umfassende Hilfe (!) für die kubanische Bevölkerung und freie Wahlen (!) zu organisieren“. Kubas Parlamentspräsident Ricardo Alarcón hat dieses USA-Projekt mit den Kolonialisierungsplänen, die in Hitlers „Mein Kampf“ entwickelt werden, verglichen.

Seit der schweren Erkrankung Fidels überschlägt sich der Imperialismus in Drohungen und Kaffeesatzdeuterei. Er will Kuba in die Vergangenheit zurückwerfen. Doch das kleine Land hat große Freunde. Es setzt dem Druck des Imperialismus die Würde und den Widerstand seiner Bürger entgegen. No pasaran – sie werden nicht durchkommen!

Dr. Rudolf Dix

Vor wenigen Tagen von einem Besuchsaufenthalt in Belorußland zurückgekehrt, ist in mir das dort Gesehene und Erlebte noch ganz wach. Ich möchte den Lesern des RF deshalb gern einige meiner Eindrücke schildern. Schon vom fahrenden Zug aus war erkennbar, daß die ländlichen besiedelten Gebiete geprägt werden von lückenlos bestellten Feldern, von ordentlichen Dörfern und gut ausgebauten Stallanlagen der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe. In vielen Ortschaften waren Wohnanlagen aus neuen Eigenheimen zu erkennen, die in den letzten 1 bis 2 Jahren jungen Familien zur Verfügung gestellt wurden, welche sich verpflichtet haben, einige Jahre in der Landwirtschaft zu arbeiten. Nach Ablauf einer bestimmten Frist gehen diese Einfamilienhäuser in das Eigentum der betreffenden Familien über. Damit versucht der Staat der auch dort volkswirtschaftliche Probleme hervorrufenden Abwanderung junger Menschen vom Land in die Städte entgegenzuwirken und die Produktivitätsentwicklung der ländlichen Räume zu fördern.

Bei Besuchen von Städten war noch deutlicher sichtbar, daß das gesamte Land einen immensen Aufschwung genommen hat: Im Prinzip werden überall moderne Wohnhäuser bzw. Wohn- und Erholungskomplexe, Sport- und Kulturanlagen,

Eindrücke aus Belorußland

Betriebs- und Dienstleistungsgebäude geschaffen. Erstaunlich ist das breite Angebot qualitativ guter Waren jeder Art in den Verkaufseinrichtungen. In den Ausbau bzw. die Modernisierung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die zu günstigen Preisen genutzt werden können, investiert der Staat erhebliche Mittel. Insbesondere in den für die Volkswirtschaft wichtigen Produktionsbetrieben (z. B. Werken des Maschinenbaus) wurden die Produktionseinrichtungen, auf deren Basis moderne Maschinentypen hergestellt werden, grundlegend erneuert.

Erkennbar ist, daß die Republik Belarus die ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel direkt oder indirekt einsetzt, um die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern bzw. um die Produktions- und Dienstleistungsbetriebe zu modernisieren. Es wird von der Staatsführung ein Kurs der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit verfolgt. Die über große Mehrheit der Bürger Belorußlands steht hinter ihrem Präsidenten Alexandr Lukaschenko, da sie den Nutzen für sich erkennt und deutliche Vergleiche mit anderen ehemals sozialistischen Staaten ziehen kann.

Bei einer Analyse der Verhältnisse im Land wird einem auch klar, daß diese erfolgreiche Entwicklung vor allem deshalb möglich war, weil die großen Betriebe sich nach wie vor mehrheitlich oder gänzlich in staatlichem Eigentum befinden. Die erwirtschafteten Finanzmittel sind also gesellschaftlich verfügbar. Sie werden für die oben genannten Zwecke eingesetzt. Dies unterscheidet Weißrußland zum Beispiel auch von seinem östlichen großen Nachbarn, der Russischen Föderation, wo durch die ungeheure Reichtumsanhäufung der sogenannten Oligarchen nach wie vor riesige Summen der Allgemeinheit verlorengehen.

Beim Durchdenken dieser Verhältnisse kommt einem unwillkürlich in den Sinn, welche gigantischen Mittel in der Bundesrepublik Deutschland für die Bevölkerung, für die Entwicklung des Landes bereitstünden, wenn die hiesigen Großunternehmen verstaatlicht würden. Allerdings bedürfte dies eines Machtapparates mit einem ganz anderen politischen Charakter als jenem, den der heutige bundesdeutsche Staat besitzt. Eben eines Staates von „belorussischem Charakter“.

Dr. Werner Klisch, Wernigerode

Wie steht es um Australiens Ureinwohner?

Die Aborigines bilden die Urbevölkerung des Fünften Kontinents. Sie haben in Australien Jahrtausende gelebt, bis sie von den Briten kolonial unterworfen, enteignet, von ihrem Land vertrieben und systematisch ausgerottet wurden. Allein zwischen den 60ern des 19. und den 30ern des 20. Jahrhunderts wurden mindestens 10 000 Ureinwohner bei Massakern in Nordaustralien ermordet. Man beraubte sie des größten Teils ihrer Kultur. Bis tief ins 20. Jahrhundert galten diskriminierende Gesetze, die den Aborigines die elementarsten Menschenrechte verwehrten. Eine 1994 angestellte Untersuchung ergab, daß bis in die 70er Jahre einer von zehn Aborigines in seiner Kindheit der Familie entrissen worden war. Man spricht deshalb von den „Gestohlenen Generationen“.

Australiens Urbevölkerung leistete erbitterten Widerstand. Ihr über Generationen geführter ungleicher Kampf für Landrechte ging in die Geschichte ein. Schon nach der Errichtung der ersten britischen Kolonistsiedlung im Jahre 1788 flammte ein regelrechter Guerillakrieg auf. Heute gibt es eine von der politischen Linken unterstützte starke Bürgerrechtsbewegung, die die australische Regierung auf einigen Gebieten zum Einlenken gezwungen hat. Dazu gehören Zugeständnisse und Verbesserungen in der gesundheitlichen Betreuung und bei der Zulassung von Aborigines zum Studium oder zum öffentlichen Dienst. Eingeborene Schriftsteller,

Dichter, Maler, Tänzer, Filmproduzenten, Sportler und Rechtsanwälte haben von sich reden gemacht.

Dennoch lastet die gesellschaftsimmanente Benachteiligung noch immer schwer auf den Ureinwohnern. Ihre Lebenserwartung liegt um 15 bis 20 Jahre unter dem Landesdurchschnitt. Die Kindersterblichkeit ist fünfmal höher als bei anderen Australiern dieser Altersgruppe. Nur 33 % der Schüler erreichen einen Abschluß (nationaler Durchschnitt: 77 %). 2,2 % der Aborigines beenden eine College- oder Hochschulbildung (12,8 % aller Australier). Während im Jahr 2000 etwa 8,7 % der Gesamtbevölkerung arbeitslos waren, betrug diese Ziffer bei ihnen 38 %. Ein Ureinwohner sieht sich 17,3mal öfter dem Risiko einer Festnahme und 14,7mal öfter der Gefahr einer Inhaftierung ausgesetzt als ein anderer Bürger Australiens. Nur 28 % der Aborigines-Familien sind Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung – verglichen mit einem landesweiten Durchschnitt von 67 %. Und schließlich: Sie sind 20mal wahrscheinlicher obdachlos als eine „gewöhnliche“ Familie.

All das hindert Australiens rechtskonservative und extrem USA-hörige Regierung unter Premier John Howard nicht daran, die Menschenrechte unablässig im Munde zu führen.

R. F., gestützt auf eine Faktenzusammenstellung der KP Australiens

„Was werden Sie Fidel zu seinem 80. Geburtstag schenken?“, fragte eine Journalistin den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. „Ich werde ihm die Beständigkeit meines Lebens, das ich noch vor mir habe, schenken“, antwortete dieser. „Kohärenz bis zum letzten Tag.“



„Worin besteht das Geheimnis Deiner Langlebigkeit?“ „Im Sozialismus – berieselt mit venezolanischem Öl.“
Aus: „Solidaire“, Brüssel

Warum Westbengalen seit 29 Jahren von der Linken Front verwaltet wird

Am 18. Mai haben 50,18 % der Wähler in Indiens bevölkerungsreichem Bundesstaat Westbengalen mit der Vielmillionenstadt Kalkutta als administrativem und politischem Zentrum für die Liste der Bengalischen Linken Front gestimmt. Die führende Kraft dieses Bündnisses ist seit fast drei Jahrzehnten die KP Indiens (M). Bei ihr handelt es sich um eine erfahrene marxistisch-leninistische Partei mit Masseneinfluß auch in anderen Bundesstaaten. Aufgrund einer Unterstützungsvereinbarung mit Indiens derzeitiger Regierung stellt sie gegenwärtig den Speaker (Präsidenten) des Bundesparlaments der Republik.

Der westbengalische Sieg im Mai 2006 hat seine Vorgeschichte: Seit 1977 triumphierte die Linke Front zum siebten Mal in Folge. Das ist ein in der indischen Geschichte einzigartiger Vorgang, zumal es sich um ununterbrochenes Regieren von Kommunisten im Regionalmaßstab unter den Bedingungen eines durch Kapitalisten und feudale Großgrundbesitzer beherrschten Landes handelt. Es versteht sich von selbst, daß es den Genossen in Kalkutta nicht darum gehen kann, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft auf die Tagesordnung zu setzen. Eine solche Politik besäße keine Chance. In Indien steht vielmehr die Verwirklichung fundamentaler Forderungen der bürgerlich-demokratischen Revolution zur Debatte, wenn die Bedingungen dafür herangereift sind.

Dennoch haben es die verschiedenen Regierungen des auch Massenorganisa-

tionen einbeziehenden Parteienbündnisses der Linken Front weit gebracht. Als diese Allianz zum ersten Mal siegte, erfuhr die Volkskämpfe im Bundesstaat Westbengalen gerade einen stürmischen Aufschwung. Dabei stand die Landfrage im Vordergrund. So nahm die linke Regierung schon 1978 das Projekt einer Bodenreform in Angriff, bei der riesige Brachflächen der Landlords an die Dorfarmut verteilt wurden. Gleichzeitig verbesserte sich auch die Lage der Bauern. Das Ergebnis: Der Anteil bewässerter Äcker wuchs rasch. In weniger als 25 Jahren entwickelte sich Westbengalen zu einem Staat, der mehr Nahrungsmittel erzeugt, als er selbst benötigt.

1994 begann die Regierung unter Chefminister Jyoti Basu, Mitglied des Politbüros der KPI (M), mit dem systematischen Aufbau eigener Industriestrukturen, wobei sie der Schaffung einer stabilen energetischen Basis höchste Priorität beimaß. Auch für die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur, besonders den Straßenbau und das Verbindungswesen betreffend, wurde Sorge getragen. Bei der Industrialisierung wurde strikt darauf geachtet, vor allem Ödland für die Errichtung der zahlreichen neuen Fabriken zu nutzen. Bauern wurden für nur ausnahmsweise in Anspruch genommene Ackerflächen gerecht entschädigt. Der Anteil des für die Agrarproduktion geeigneten Bodens blieb konstant und wuchs dann sogar von 12,5 auf 13,7 Millionen Hektar im Jahre 2001.

Politisch wandte sich die Linke Front entschieden gegen alle Formen des Fundamentalismus und Separatismus. Sektärerische Gruppen, die darauf drängten, man solle aus dem indischen Nationalverband ausscheren und „den Sozialismus aufbauen“, wurden in die Schranken gewiesen. Die Vermittlung grundlegender Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus müsse stets der konkreten Situation im Lande und im Bundesstaat sowie dem politischen Aufnahmevermögen der Bevölkerung angepaßt sein, stellte die KPI (M) fest.

Besondere Erfolge konnten auch auf den Gebieten von Bildung und Erziehung erreicht werden, wobei es vor allem galt, die Lage der aus armen Familien stammenden Schüler und Studenten zu verbessern. Zahlreiche neue Hochschulen und Universitäten wurden eröffnet, der Anteil der Hörer aus nichtbegüterten Schichten stieg deutlich.

Die hier dargelegte positive Bilanz erklärt, warum die Linke Front nun schon seit 29 Jahren in Westbengalen am Ruder ist. Die Kommunisten und ihre Verbündeten verkennen jedoch nicht, daß ihre Liste am 18. Mai nur etwas mehr als die Hälfte aller Stimmen erhalten hat. Deshalb steht für sie die Aufgabe im Vordergrund, auch unter jenen, die nicht für sie votiert haben, um Vertrauen zu werben und weitere Fortschritte in der Einflußnahme auf noch vom Antikommunismus irreführende Bürger Westbengalens zu erzielen.

R. F., gestützt auf einen Artikel von Biman Basu in „The Guardian“, Sydney

Die Illusion vom „Prager Frühling“ Als Goldstücker auspackte ...

Wie hatte ich mich auf die Wiederbegegnung mit meinem langjährigen Freund Rudolf Ungr, Bildreporter in Prag, gefreut. Doch das für Ende Juli 1968 vereinbarte Treffen fand nicht statt. Rudi war brutal zusammengeschlagen worden. Warum? Der Fotograf, des Deutschen ebenso brillant mächtig wie des Tschechischen, hatte eine von der Agentur CTK entstellte Erklärung des SED-Politbüromitglieds Kurt Hager zur Lage im Nachbarland wortgetreu zu interpretieren gewagt. Das genügte den „demokratischen Sozialisten“ in seiner Redaktion, die Fäuste als Argumente zu benutzen.

Auch ich hätte übrigens das Treffen absagen müssen. „Kaserniert“ fand ich mich wie andere gesellschaftswissenschaftlich Bewanderte damit befaßt, die wahren Positionen der KPTsch-Führungsgruppe um Alexander Dubcek zu ergründen. Ich gehörte zu einer Gruppe, die Äußerungen von Josef Smrkovsky – seinerzeit Parlamentspräsident – zu analysieren hatte. Mit dieser Arbeit waren wir recht schnell fertig, denn die revisionistische Grundhaltung dieses Mannes war derart

simpel und durchschaubar, daß sie sich unschwer entlarven und widerlegen ließ. Also wurde ich einer anderen Gruppe zugeteilt, die den Wirtschaftsstrategien Ota Siks auf den Grund ging. Bald war klar, daß er der Planwirtschaft abschwor und einen kapitalistischen Kurs favorisierte. Seine Reden waren allerdings so geschickt formuliert, daß es uns nicht leicht fiel, das hieb- und stichfest zu beweisen. Diese Arbeit hat mich sehr bedrückt, denn sie offenbarte mir, wie tief verstrickt in antisozialistische Gedankengänge ein wichtiger Teil der KPTsch-Führung war, und daß die Gefahr bestand, vielleicht gar militärisch eingreifen zu müssen, wenn sich nicht Kräfte fänden, die das Steuer in Prag selbst herumrissen. Was das für das Ansehen und die Anziehungskraft des realen Sozialismus in der Welt bedeuten würde, konnte ich mir seit der Konterrevolution 1956 in Ungarn gut ausmalen. Hatten wir damals nicht viele an unserer Seite verloren, die zuvor eine ganze Wegstrecke mit uns gegangen waren?

Auch den Parteiführungen der sozialistischen Bruderstaaten muß das bewußt

gewesen sein. Noch einmal berieten sie in Cierna nad Tisou mit Dubcek und seinem Gefolge. Erfolgreich, wie es schien, denn unsere Arbeitsgruppen wurden danach aufgelöst. Wir alle waren erleichtert. Aber die Prager Seite hatte nur zum Schein eingelenkt. Es kam zum Einmarsch der verbündeten Truppen in die CSSR.

Es muß 1990 oder 1991 gewesen sein. Da kündigte das Haus der Tschechischen Kultur in Berlins Leipziger Straße einen Diskussionsabend mit Prof. Eduard Goldstücker an. Der war einer der einflußreichsten geistigen Väter des sogenannten Prager Frühlings gewesen. Und was glaubte er nun frank und frei gestehen zu können?

„Für uns waren Dubcek und seine Leute nur eine Zwischenlösung, denn direkt – ohne diesen Umweg – eine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schaffen, schien uns zu riskant. Aber diese strebten wir an, das war von Anfang an unser Ziel!“

„Frühling“ oder Konterrevolution? Noch Fragen?
Wilfried Schütze

Tagebuchnotizen aus Afghanistan

(2 und Schluß)

Montag, 6. 3. 2006:

Karsai hat während seiner Pakistanreise Ende Februar 2006 der Regierung in Islamabad eine Liste mit 150 Namen hochrangiger Talebanfunktionäre, darunter vom Anführer Mullah Mohammad Omar, übergeben. Die Karsai-Administration beschuldigt das Nachbarland, die Taleban, die sich auf dem Territorium Pakistans befinden, nicht ernsthaft zu verfolgen. Der pakistanische Präsident, General Pervez Musharraf, lehnte heute in einem CNN-Interview die Kabuler Beschuldigung kategorisch ab und warf der Karsai-Administration und ihren Sicherheitsorganen Unfähigkeit vor, ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Daraufhin mobilisierte Kabul seine politischen Kommentatoren und Berater. Gleichgeschaltet brüllen sie lauthals Richtung Pakistan. Der Islamist Sebgatulla Modjadedi, Präsident des Oberhauses, behauptet sogar, der pakistanische Geheimdienst wolle ihn umbringen lassen. Das afghanische Warlord-Parlament hat eine Resolution verabschiedet, in der Musharafs Äußerung in ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen wird.

Was steckt hinter dem Affentheater der Karsai-Clique? Das gebeutelte, geknechtete, verelendete und an die Westmächte unter US-Führung verkaufte afghanische Volk hat viele Fragen an das Kabuler Marionettenregime, die nicht beantwortet werden. Das Volk fragt z. B. nach dem Verbleib der Milliarden Dollar Hilfsgelder. Allein für das laufende Jahr sind es knapp 500 Milliarden, die im Rahmen der internationalen Hilfe nach Afghanistan geflossen sind und fließen. Die zum Himmel schreiende Korruption, der nicht aufhörende Terror, Überfälle und Raub, die unerträgliche Preissteigerung, alles hat eine Grenze überschritten, daß das Regime in Bedrängnis gerät. Übrigens darf nicht unerwähnt bleiben, daß Karsai und seine Umgebung im Hause Pakistan groß geworden sind und den dortigen Regimes ihre Karriere zu verdanken haben.

Mittwoch, 8. 3. 2006

Heute wurde auch in Kabul der internationale Tag der Frau begangen. Komisch jedoch, daß außer einem kurzen Statement der Frauenministerin, Masuda Jalal, dessen Inhalt zwar kommentiert, von den elektronischen Medien aber nicht übertragen wurde, nur Männer am Rednerpult zu sehen waren. Erwähnenswert ist die Benennung einer Straße in Kabul nach der reformorientierten Königin Soraija. Ihr Mann, König Amanullah, war in Kooperation von britischen Agenten und konservativen Islamisten unter der Führung der Modjadedi-Clans, also der Familie des jetzigen Präsidenten des Oberhauses, 1929 weggeputscht worden. Amanullah hatte 1919 die Unabhängigkeit

Afghanistans von der britischen Kolonialmacht erkämpft und eine Reihe von Reformen eingeleitet. Er hatte die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFR) anerkannt und während seiner Europareise auch besucht. Da nun die afghanische Bevölkerung mehrheitlich seiner Zeit nachtrauert, versuchen die Kabuler Machthaber, ihn für sich zu instrumentalisieren.

Sonntag, 12. 3. 06:

Durch zwei unbekannte Männer wurde heute in Kabul ein mit Sprengstoff beladenes Auto zur Explosion gebracht, gerade als die Kolonne des Präsidenten des Oberhauses, Sebgatulla Modjadedi, die Straße bei dem von der Sowjetunion gebauten Polytechnikum passierte. Die beiden Attentäter und zwei Passanten sind dabei ums Leben gekommen. Modjadedi jedoch blieb unverletzt, meldet das afghanische National-TV. Kurz danach trat er aber mit verbundenen Fingern beider Hände vor die Presse. Künstlich aggressiv, jedoch unbeeindruckt, griff er Pakistan sehr scharf an, wobei er dessen Geheimdienst ISI beschuldigte, hinter dem Attentat zu stehen. Auch Karsai sah sich zu einer Stellungnahme veranlaßt. „Wir haben seit zwei Monaten Informationen über eine solche Aktion“, behauptete er.

Zwei Auffälligkeiten und Ungereimtheiten waren zu beobachten. Zum einen waren Modjadedi und Karsai relativ gelassen angesichts der Tatsache, daß Modjadedi hätte ums Leben kommen können. Karsai sah so aus, als ob er etwas Belangloses kommentieren würde. Zum anderen fragt man sich, wieso nur die Finger und nichts weiter von Modjadedi, auch nicht seine Begleiter oder sein Fahrer, verletzt wurden? Das ganze Theater paßt in die afghanisch-pakistanische Polemik, die seit einiger Zeit im Gange ist.

Mittwoch, 15. 3. 06

Unglaublich, aber wahr; Mohammad Kabir Mersbani, gewählter Senator aus dem nordafghanischen Tachar und ehemaliger Gouverneur der gleichnamigen Provinz, beschuldigt öffentlich den ehemaligen Kommandanten der Garnison in Tachar und Kundus und jetzigen Staatssekretär für Rauschgiftbekämpfung im Kabuler Innenministerium, General Mohammad Daud, der Beihilfe zum Drogenhandel. Mersban berichtet, daß ein Bruder des Staatssekretärs unter seinem Schutz Mohnanbau und Drogenhandel betreibt. Warum auch nicht, im letzten Jahr berichtete die diplomatische Vertretung Großbritanniens, daß ein Bruder von Karsai im Drogenhandel aktiv sei.

Samstag, 18. 3. 06

Mutafa Saher, ein Sohn des aus dem italienischen Exil zurückgekommenen

einstigen Königs Mohammad Saher, ist jetziger Präsident für „Lebensräume“. Diese Behörde wurde nach den Parlamentswahlen geschaffen und ist völlig autonom. Was ihre Aufgabe ist, weiß keiner genau. Einer meiner Gesprächspartner in Kabul, ein Generaldirektor dieser Behörde, sagte dazu: Saher Schah und seine Sippe hatten sehr viel Land und Immobilien, die nach dem Sturz der Monarchie bzw. nach der Aprilrevolution 1978 per Dekret Nr. 8 des Revolutionsrates entweder konfisziert oder an landlose Bauern verteilt worden waren. Kraft seines Amtes versucht jetzt Mutafa Saher peu à peu sich alles wieder anzueignen. Dadurch verlieren Tausende Menschen, vor allem Bauern, ihre Lebensgrundlage. Mutafa Saher hat inzwischen Dutzende Strommänner eingesetzt, um durch mafiose Methoden und falsche Dokumente Ansprüche auf diese Besitztümer zu erheben. Das „zurückgeholte“ Eigentum wird dann für gutes, zum Teil für sehr gutes Geld, Afghani oder Dollar, je nachdem, weiterverkauft.

Mittwoch, 22. 3. 06

Der US-Statthalter in Afghanistan, Abdul Hamid Karsai, hat vor der Einführung seiner Regierungsmannschaft im afghanischen Parlament heute die Umbildung des Kabinetts bekanntgegeben. Über 75 % der Minister sind die alten, allgemein als unfähig bekannte Personen, die auf dubiose Art und Weise ihre Ämter erhalten hatten. Die wichtigste Entscheidung ist die Ablösung des Außenministers Abdullah Abdullah. Er gehört zu den drei Warlords und Mitgliedern der Nordallianz, die 2001 auf dem Petersberg in die Kabuler Administration aufgenommen worden waren. Während Verteidigungsminister Abdul Qasim Fahim und Erziehungsminister Mohammad Jonus Qanuni zuvor zwangsweise ausscheiden mußten, nutzt Karsai die Kabinettsumbildung, um auch den letzten aus dieser Gruppierung loszuwerden. Die drei Minister hatten auf dem Petersberg ihre Ideale, sich selbst und das Land an die USA verkauft, um an ihre Posten zu gelangen. Sie hatten der Absetzung von Präsident Rabani, der gleichzeitig ihr Parteichef war, durch Karsai zugestimmt. Jetzt sind sie selbst Opfer ihres Verrats geworden. Man schätzt zwar den Verrat, jedoch nicht den Verräter.

Das Amt des Außenministers übernimmt der von der SPD-geführten Bundesregierung nach Kabul delegierte ehemalige Maoist Rangin Dadfar Spanta, der systematisch für diese Aufgabe vorbereitet wurde. Damit hat die BRD neben dem Wirtschaftsminister Mir Mohammad Amin Farhang jetzt mit Spanta zwei gebürtige Afghanen und BRD-Bürger in Schlüsselpositionen untergebracht.

Oktober 1956: Dreieraggression gegen Nassers Ägypten

Kriegsheld“ Moshe Dayan, der „Architekt“ der Juni-Aggression von 1967, forderte 1956, Israel müsse im Nahen Osten „als Vorposten des Westens fungieren, als Fels in der Brandung, an dem sich die Wellen des Nasserschen arabischen Nationalismus brechen“. Und Israels Gründungsvater Ben-Gurion verfolgte einen Plan zur „Neuordnung“ des Nahen Ostens. Er setzte auf ein mit den traditionellen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien liiertes Israel. Die israelischen Führer waren sich von Anfang an darin einig, daß jede Volksbewegung, die die Befreiung der Dritten Welt vom kolonialen Joch vorantrieb, „eine Gefahr für den israelischen Staat“ darstelle und ihn „zu angemessenen Gegenmaßnahmen“ zwingte. Dieses Credo bestimmte das Verhalten Tel Avivs gegenüber Ägypten nach der Revolution von 1952 und während des sich anschließenden Jahrzehnts gegenüber den Unabhängigkeitsbewegungen im übrigen Nordafrika. Israel bot sich den Kolonialmächten als Erfüllungsgehilfe imperialistischer Politik in der Hoffnung an, in dieser Rolle sein Territorium vergrößern zu können. Das aktive Bemühen Israels um die Bewahrung kolonialer Herrschaft im Nahen Osten kulminierte im Oktober 1956 in einer gemeinsamen französisch-britisch-israelischen Operation mit dem Ziel, das Nasser-Regime zu stürzen.

Am 26. Juli 1956 hatte der ägyptische Präsident Nasser die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft proklamiert. Ägypten dokumentierte vor aller Welt seinen Anspruch auf Unabhängigkeit und Souveränität.

Wenige Tage zuvor hatten die USA, Großbritannien und die Weltbank ihre festen Zusagen für Kredite zur Errichtung des neuen Nilstaudamms bei Assuan annulliert. Nasser sollte für seine unabhängige Außenpolitik abgestraft werden. Zwei Jahre zuvor war von diesem angekündigt worden, das 1956 auslaufende Stützpunktabkommen mit Großbritannien nicht zu verlängern. Den Suezkanal hatte er für Schiffe Israels wegen wiederholter militärischer Provokationen sperren lassen. Ägypten schloß überdies ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion ab und vereinbarte nach schweren israelischen Angriffen auf ägyptisches Territorium 1955 Waffenbezüge aus der Tschechoslowakei. Das war für Großbritannien und Frankreich ein Kriegsgrund. Das antiägyptische Kesseltreiben westlicher Medien und Politiker eskalierte im Sommer 1956.

Sowjetische Erklärungen unterstützten nachdrücklich Ägyptens Position. Frankreich, Großbritannien und Israel hatten das Kriegskomplot akribisch vorbereitet. Shimon Peres, heute Olmerts Vizepremier, führte die Verhandlungen dazu für Israel. Die „Operation Musketier“ sah vor, daß Israel Ägypten zu Lande angreifen und

nach Sinai vorrücken sollte. Frankreich und Großbritannien wollten daraufhin die Suezkanalzone besetzen, „um die Kontrahenten zu trennen“. Ihre Luftschläge sollten die ägyptische Luftwaffe ausschalten, um deren Einsatz gegen Israel zu verhindern. Der Sturz Nassers war als Warnung für den gesamten Nahen Osten gedacht. In den Augen Frankreichs stellte er die wichtigste Stütze der algerischen Befreiungsarmee dar.

Für die britischen militärischen Stützpunkte und Kolonien zwischen Zypern und Oman war seine antiimperialistische



Politik eine direkte Bedrohung. Für Israels Expansionspläne in der arabischen Welt bildete sie das stärkste Hindernis. Die Propagandavorbereitung von „Musketier“ könnte George W. Bush als Vorbild gedient haben. Aber Nasser ließ sich nicht provozieren und akzeptierte Anfang Oktober diplomatische Lösungsvorschläge.

Am 29. Oktober 1956 begann Israels Angriff. Frankreich und Großbritannien folgten vereinbarungsgemäß mit Bomben und Fallschirmjägern. Die Sowjetunion jedoch, die man als militärisch in Osteuropa gebunden sah (Ungarn!), drohte mit direktem Eingreifen. Die USA, vorab durch den britischen Premier Eden ins Bild gesetzt, leisteten ihren Verbündeten keine Unterstützung, sondern nutzten die Gelegenheit, als Ordnungsmacht in der Region an deren Stelle zu treten und eigene Hegemonieabsichten zu verfolgen. Die Dreieraggression endete – trotz Israels militärischen Erfolges auf der Sinaihalbinsel – mit einem Desaster für die Aggressoren. Die britischen und französischen Truppen mußten noch im Dezember 1956 abziehen. Schließlich hatte auch Israel Sinai wieder zu räumen. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Goldmann, konstatierte danach: „Diese Unternehmung hat das Bild Israels als eines Bundesgenossen der ‚imperiali-

stischen Mächte‘ für die arabische Welt endgültig fixiert.“

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges für Ägypten waren verheerend. Aber das progressive Regime unter Nasser ging aus der schwersten Prüfung seit der Juli-Revolution 1952 innen- und außenpolitisch gestärkt hervor. Im März 1957 war der Suezkanal wieder befahrbar.

Im Unterschied zur jüngsten israelischen Aggression in Libanon und Gaza erfuhr das Aggressionsoffer Ägypten 1956/57 beeindruckende internationale Solidarität, insbesondere von den arabischen, den sozialistischen und nichtpaktgebundenen Völkern und Staaten. In der DDR war das die erste große Aktion der Solidarität mit dem arabischen Befreiungskampf. Bleibendes Zeugnis dafür sind Briefmarken mit dem Aufdruck „Helft Ägypten“ (s. Abb.). Die Bundesrepublik forcierte nach der Dreieraggression die militärische und geheimdienstliche Kooperation mit Tel Aviv.

Israel ließ von seinen Expansionsgelüsten nicht ab. Offiziell durch Präsident Kennedy 1962 mit „besonderen Beziehungen“ belohnt, genoß es zunehmend Unterstützung durch die USA.

Weitere israelische Aggressionen folgten: Die im „Sechstagekrieg“ 1967 okkupierten syrischen und palästinensischen Gebiete sind bis heute annektiert. Der durch die Araber begonnene Oktoberkrieg 1973 (siehe RF 10/03, S.16) brachte lediglich Ägypten über einen von den USA gestifteten Separatfrieden die Rückgabe Sinais. Libanon – zumeist mitbetroffen die Palästinenser – wurde 1978, 1982 und 1996 Opfer israelischer Aggressionsakte, bis schließlich der jüngste Terrorkrieg gegen Libanon und in Gaza mit ungeheuerlicher Brutalität vor Augen führte, was in der Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien vom August d. J. festgestellt wurde: „Nur der Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon und allen seit 1967 besetzten palästinensischen, libanesischen und syrischen Gebieten, die vollständige Auflösung der Siedlungen und der Abriß der Mauer, schließlich die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates neben Israel mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und die Lösung der Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der UNO-Resolutionen werden Frieden im Nahen Osten ermöglichen.“ Voraussetzungen müssen die Freilassung aller Gefangenen und die Aufgabe der Belagerung und Isolierung der palästinensischen Gebiete durch Israel sein.

Bernd Fischer

Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.

(Lenin, Werke, 33/433)

Ich kenne diesen senegalesischen Compañero, seit wir uns 2003 im Wald von Ceuta trafen. Intelligent, gebildet und ein Kämpfer, wurde er nach den in Spanien als „Krise der Zäune“ bezeichneten Vorgängen aus Marokko deportiert. Jetzt versucht er eine andere Route, einen neuen Weg durch Mauritien.

„Weißt du, diese Route wurde schon 2001 benutzt und danach geschlossen: Sie war sehr gefährlich, und so suchten wir den Weg von Algerien. In Marokko kannst du dich nicht in den Städten aufhalten, es gibt auch keine Arbeit wie in Algerien. Deshalb waren wir im Wald, das Leben war sehr hart, aber wir hatten einige Gesetze, die es uns erlaubten, im Gleichgewicht zu bleiben, und es gab viel Solidarität.“

diese Hilfe erfreut sein wird, genauso wie es die marokkanische Regierung ist. So vergeht die Zeit, es ist ein Kampf gegen die Uhr, der neuen Form dieser europäischen Politik die Stirn zu bieten.“

„In den Medien sprechen sie von 10 000 bis 15 000 Menschen, die darauf warten rüberzukommen. Ein Journalist der ‚El País‘ sagte sogar, mauretische Regierungsquellen zitierend, daß es fünf Millionen Immigranten gibt, die in Mauretien arbeiten, um Geld für die Überfahrt zu verdienen“, berichteten wir ihm.

„Entschuldige, daß ich da lache. Wenn wir in Mauretien arbeiten und tausend Euros sparen könnten, warum fahren wir dann nach Europa?“

„Genauso eine Lüge war es, als sie sagten, es gebe 20 000, die in den Wäldern in der

ohne daß sie Afrika kennen. Und sie würden alle hierherkommen, wie es in Ceuta und Melilla geschah. Vielleicht nützt es manchmal, aber ich habe noch niemanden über unser Recht sprechen gehört, dorthin zu gehen, wo es uns paßt. Warum kommen die Europäer in den Ferien, zum Sextourismus, mit korrupten Unternehmen nach Senegal, und wir dürfen nicht nach Europa gehen, um zu arbeiten?“

Er bekennt, daß er unruhig ist. „Und nervös, ich hoffe jetzt rauszugehen. Ich bin sehr nervös, weil ich nicht schwimmen kann. Ich denke an meine Eltern, an meine Familie, auch an die Menschen vom Wald, die Leichen, die ich in den Zäunen sah. Ich nehme an, daß Spanien nicht die Familien dieser Toten gesucht hat, um sie in ihrem Land zu begraben, so denke ich, daß, wenn ich sterbe, werde ich auch nicht in Senegal begraben.“

Eine korrupte Regierung, wie die marokkanische, stopft sich unseretwegen ihre Taschen mit spanischem Geld voll“, fügt der Migrant bitter hinzu. „Und jetzt füllt sie sich die Regierung von Mauretien. Dann sagen sie, daß allein die Mafias an uns Schwarzen verdienen.“

Der Anstieg der Migrationswelle auf die Kanarischen Inseln löste bei den spanischen Behörden Alarm aus, so daß sie jetzt Mauretien logistische und wirtschaftliche Unterstützung geben. Damit versuchen sie, den Vorgang vom Ursprung her zu bremsen und zu verhindern, daß die kanarischen Aufnahmezentren übertoll werden. Madrid sagt, man habe schon 2,7 Millionen Euro für ein Aufnahmezentrum in Nuadibú und für die Überwachungspatrouillen ausgegeben, und ersucht die EU um Hilfe. Brüssel hat versprochen, den zuständigen Kommissar Louis Michel zu schicken und zwei Millionen vom europäischen Entwicklungsfonds freizugeben, um Mauretien zu unterstützen.

Die Anzahl der Immigranten aus Schwarzafrika in der Stadt Nuadibú ist nicht sehr groß, nicht mal augenscheinlich. Es gibt keine Zusammenballungen, keine sichtbaren Niederlassungen; man findet sie nur in kleinen Gruppen im Stadtteil Akra, ihrer verborgenen Zufluchtstätte. Die Panikmache einiger Berichte, die auf die massive Anwesenheit von Immigranten in Nuadibú abhoben, besitzt in der Stadt kein Fundament.

In Akra finden die Menschen, die nach Europa rüber wollen, Unterkunft in Häusern ihrer Landsleute, bis sie eines Tages das Geld zusammen haben, um auf ein Boot zu gehen.

Die mauretische Polizei hat ihre Kontrollen in dem Viertel verstärkt, und man sieht sie in Zivilkleidung, wie sie die Zone bewachen, oder ihre Anwesenheit sichtbar machen.

Die Behörden Mauretians gehen von 12 000 Immigranten in Nuadibú aus, aber die dortige Verantwortliche vom Roten Kreuz, Olga Martín, betont, daß nicht alle auf die Abfahrt vorbereitet sind.

Paco Pardo, Nuadibú

Übersetzt aus der baskischen Zeitung „Gara“ von Isolda Bohler, Valencia

Vom Leid der Afrikaner, die nach Europa wollen Warten in Nuadibú

Die Leute gingen allmählich nach Ceuta rüber, so daß du deine Gelegenheit abwartetest. Aber als Spanien Marokko Geld zu geben begann, um uns abzuwehren, wurde alles wieder schrecklich hart.

Die Europäer glauben, daß wir keine politische Analyse haben. Daß die Mafias, von denen sie sprechen, uns handhaben, als ob wir Hündchen wären. Auch das ist eine Form von Rassismus.

Es ist wahr, daß viele Leute, die nach Europa wollen, Analphabeten sind. Doch in der Mehrheit sind wir Leute, die studiert oder sich selbst gebildet haben. Es kommt auf das Land an. Einschließlich der Analphabeten sind es starke und erfahrene Leute.

Gut, kehren wir zur Politik Spaniens und Europas, den Ländern, durch die wir kommen, Geld zu geben, zurück. Dies war der Grund, daß sich unsere Strategien änderten.

Ich habe viel an jene Nacht gedacht, als alle gegen den Zaun anliefen, es war eine Reaktion aufgrund vieler Faktoren, aber eine direkte Antwort auf die europäische Politik.

Marokko interessierte, daß wir gegen den Zaun angingen, um zu erzwingen, daß sie europäische Gelder bekommen, und wir wußten, daß es die letzte Gelegenheit war. Sie zwangen uns zu jenem Massaker. Jetzt ist es das gleiche. Wir haben diese Route wieder geöffnet, und wir müssen schnell handeln, weil wir wissen, daß Europa kommen und Gelder geben wird, damit man sie wieder schließt. Wir wissen auch, daß die mauretische Regierung über

Nähe Nadors warteten. Unglaublich. Es sind nicht so viele, wie sie sagen. Wir müssen das Geld für die Reise zusammenkriegen und die erste Zeit des Aufenthalts planen. Wir sind de facto Devisen für die Durchgangsländer.“

„Wenn wir im Meer umkommen, sind wir arme Schwarze, Opfer der Mafia, und wenn wir vorbereitet sind und uns schützen, sind wir selbst schlecht und Mafiosos“, reflektiert der Senegalese. „Nie behandeln sie uns als gleichwertig, und der Spalt in der Distanz zwischen Europa und Afrika öffnet sich weiter. Gut, wenn ich tausend Euro für eine Reise bezahle, von der ich sehr gut weiß, daß ich mein Leben riskiere, nun ich, der bezahlt, verlange, daß der Service der sicherst mögliche sei. Sonst gibt es keine Übereinkunft. Ich sage dir auch, daß es anders als in Marokko ist. Mauretien ist ein Land, in dem viele Leute mit dunkler Hautfarbe leben, und wenn das Schiff an der Küste entlangfahrend aus Senegal kommt, dann kommt es aus einem schwarzen Land. In Marokko ist der Rassismus sehr viel stärker, und wenn eine Handvoll Schwarzer stirbt, dann ist ihnen das wenig mehr als egal.“

„Kannst du uns Einzelheiten über dein Warten sagen?“, frage ich ihn. „Nein, du wirst es besser als sonst jemand verstehen“, antwortet er ohne Umschweife. „Wir sind hergekommen, um hinüberzugehen, und es bleibt uns vielleicht wenig Zeit. Wir wollen weder NGOs (Nichtregierungsorganisationen) mit ihren humanitären Reden noch Journalisten, die schreiben,

Tänzerin, Bildhauerin, Antifaschistin: Oda Schottmüller

Der Historiker Heinrich Scheel, selbst antifaschistischer Widerstandskämpfer mit Verbindungen zu dem Freundeskreis um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack, warnte davor, die Widerstandskämpfer auf hohe Sockel zu stellen. Beim Hinaufstarren bekämen die Jungen „nur Genickstarre und dabei doch nichts weiter als den großen Zeh zu sehen“. (ND, 14. 11. 1992)

Jetzt erschien im Berliner Lukas-Verlag ein Buch der Theaterwissenschaftlerin Geertje Andresen über die Tänzerin und Bildhauerin Oda Schottmüller. Mit dieser akribisch recherchierten Monographie wird ein beeindruckendes Bild der eigenwilligen Künstlerin vorgelegt, das dem Leser die Persönlichkeit in ihrer Differenziertheit nahebringt. Die künstlerische Begabung der Schottmüller ließ in einer faszinierenden Synthese Ausdruckstanz und Maske als ein in sich geschlossenes Kunstwerk entstehen und wirken. Die „Tänzerin mit der Maske“ bewegte sich nach 1933 immer scharf an der Grenze des Urteils, „entartete Kunst“ zu machen, was existenzbedrohend gewesen wäre. Vielleicht waren es die eingeschränkten eigenen Möglichkeiten, die sie mit Künstlern zusammenbrachte, von denen Vorbehalte gegenüber den Nazis artikuliert wurden. Die Kommunisten Fritz Cremer und Kurt



Schumacher gehörten zu ihnen, nicht nur als Bildhauerkollegen, sondern auch als verlässliche Freunde. Durch Schumacher lernte sie dessen Kreis kennen, so den Offizier Harro Schulze-Boysen, die Ärztin Elfriede Paul und den Schriftsteller Günter Weisenborn. Sie genoß als „offenkundige Gegnerin der Nazis“ das Vertrauen der Gleichgesinnten, war aber in die Aktivitäten der von der Gestapo sogenannten Roten Kapelle offensichtlich nicht einbezogen.

Der Leser erlebt eine hochsensible, vitale Künstlerin, nicht zuletzt durch exzellente Fotografien, die das Buch besonders wertvoll machen. Von der Autorin wird verdeutlicht, daß sich heute nicht mehr klären läßt, ob um die Jahreswende 1941/42 tatsächlich mehrfach Funkversuche aus ihrem Atelier unternommen wurden und sie dadurch Hans Coppi wissentlich unterstützte. Das Reichskriegsgericht sah darin ihre Schuld. Am 22. Dezember 1942 wurde Oda Schottmüller von diesem Gericht schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt.

„Sei tapfer, denke daran, daß Du wieder eine gute Zeit erleben wirst“, schrieb sie ihrer Mutter im letzten Brief.

Am Ende des Buches heißt es: „Oda Schottmüller wurde gemeinsam mit Adam Kuckhoff, Marie Terwiel und Hilde Coppi als siebente von insgesamt sechzehn Menschen um 19.18 Uhr enthauptet. Der Henker brauchte 45 Minuten für diese „Arbeit“. Die Leichen aller Toten wurden der Anatomie in der Charité übergeben. Ein Grab gibt es für keinen von ihnen.“

Gerhard Hoffmann

Geertje Andresen: Die Tänzerin, Bildhauerin und Nazigegnerin Oda Schottmüller. 1905–1943. Lukas-Verlag, Berlin 2005, 353 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-936872-58-9

Die Schande der Breker-Ausstellung

In der Landeshaupt- und Kulturstadt Schwerin pilgern „mündige Bürger“ aus Ost und West in das Schleswig-Holstein-Haus. „Zur Diskussion gestellt“ werden Werke von Prof. Arno Breker (1900 bis 1991), welcher mit seinen heroisierenden neoklassizistischen Monumentalplastiken von den Nazis in ihrer Gigantomanie umworben und verehrt wurde. Breker war Hitlers Lieblingsbildhauer und getreuer Gefolgsmann.

Was aber soll Breker jetzt in Schwerin? Die Veranstalter sprechen von einer „wissenschaftlichen“ Aufarbeitung und haben sich mit genügend textlichen Feigenblättern gegen Mißdeutungen abgesichert. Es bleibt jedoch ein sehr fader Geschmack, denn weder die Räumlichkeiten noch die geistigen Potenzen reichen für dieses Unterfangen aus, zumal nur ein hervorgeholtes Stückwerk parat steht. Offensichtlich verschafft sich damit der ehemalige Leiter des Schleswig-Holstein-Hauses als schlitzohriger Kurator dieser Ausstellung einen spektakulären Abgang. Er tut das mit Hilfe des Staates und seiner Mittel. Die Kappen ähneln sich sehr! Ein Zeitungsdialog förderte zutage, daß der heu-

tige Leiter des Ernst-Barlach-Museums in Güstrow eine mehrbändige zustimmende Schrift zu Breker in die Welt gesetzt hat. Noch 1990 befeierte er den 90. Geburtstag dieses Naziidols. Vier Jahre später saß er im Sattel. Jeder noch so kleine Staatsdiener wird wegen tatsächlicher oder vermeintlicher „Stasi“-Nähe auf Herz und Nieren geprüft, aber es genügt offensichtlich ein westlicher Doktorhut, um den Nachlaß des von den Nazis diskriminierten und verfolgten Bildhauers Ernst Barlach verwalten zu dürfen. Und das durch den Verehrer eines faschistischen Idols wie Breker!

Bestimmte Eintragungen im Gästebuch der Schweriner Ausstellung sind überaus besorgniserregend. Sie zeigen, aus welcher Richtung der Wind weht. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Karlheinz Effenberger

Unser Autor, der auch die Grafik auf dieser Seite geschaffen hat, war zu DDR-Zeiten viele Jahre Bezirksvorsitzender des Verbandes Bildender Künstler in Schwerin.



Wenn Archie von einer seiner schon erwachsenen Enkeltochter, die ihrerseits bereits wieder Kinder haben, gefragt würde, wie ihre Eltern, also Archies Kinder, das so alles mit der Schule und der Ausbildung gemeistert hätten, könnte er als Opa nicht allzuviel erzählen. Es war nämlich alles ganz normal verlaufen: Kindergärten, Zehn-Klassen-Schule, Junge Pioniere, FDJ, gute Zensuren, Berufsausbildung, Lehrerbildungsinstitut, Lehre des Sohns als EDV-Facharbeiter und dergleichen, danach Eintritt ins Berufsleben, ins geordnete. Erst nach der Wende, der sogenannten, kam der „Karriereknick“. Die beiden Erzieherinnen konnten nicht weiter erziehen, wurden psychisch krank. Archie läßt sich einen sozialen Zusammenhang nicht ausreden, obwohl die vorwiegend westlichen Seelen-Ärzte diesen bestritten. Der EDV-Sohn geriet beruflich ebenfalls aus dem Tritt und betreibt jetzt mühevoll eine Kneipe am Prenzlberg.

Archie wurde als Dramaturg und Ideologieträger bei der DEFA sofort gefeuert, fachlich schuldlos, hatte mit sich selbst zu kämpfen, drohte unterzugehen, zu verdämmern, abzuschrammen. Er war also keine Stütze für die Kinder und Enkel. So ein Opa ist kein echter Großvater mehr, für welche Enkel auch immer, eher ein Ärgernis, besonders, wenn er prinzipiell bei seinen politischen Überzeugungen bleibt, bei seinen sozialistischen. Archies Sohn komplettierte fleißig seine EDV-Ausbildung an der Humboldt-Uni in einer anstrengenden Weiterbildungsmaßnahme als Computer-Techniker, wofür letztendlich bundesweit zwei Stellen zur Verfügung standen, irgendwo tief im Süden der alten BRD, also blieb er lieber bei seiner Kneipe.

Alle verwandtschaftlichen Bande lockern sich so nach und nach, wenn einer dem anderen nicht mehr helfen kann. Die kapitalistische Gesellschaft spannt die Durchschnittsfamilien auf die Folter- und Streckbank, unterwirft sie Zerreißproben, höhlt viele durch Arbeitslosigkeit und Armut aus, demoralisiert sie zusehends. Sogenannte Singles haben Angst vor engen Familienbindungen und verpflichtenden Belastungen, denen sie vielleicht nicht gewachsen sind, sozial bedingt. Patchwork-Familien, ein entlarvendes Wort, weil Sprache verräterisch ist, Flickwerk-Familien also, bleiben übrig. Patchwork ist übrigens ein Begriff, der von staatswegen erfunden wurde, um Negatives positiv erscheinen zu lassen, wie so oft. Die Allergie gegen „moderne“ Wörter hatte Archie bei seinen Enkeltochtern schon den Ruf eines alten Miesepeters eingebracht. Neulich war ihm zugetragen worden, daß er in seiner Wohnung die Wörter: lecker, wunderschön, geil, super, abgezockt, am angesagtesten usw. nicht hören wolle. Auch die Wortverbindung soziale Marktwirtschaft verursache ihm Magendrücken, dies sei eine *contradictio in adjecto*, ein Widerspruch in sich selbst, wie die ältere Enkeltochter, die Abitur hat, übersetzte. Archie mag diese vernebelnde Schlagwort-Rhetorik nicht. Und dann habe der Opa noch, wütend gemacht durch

eben diese „freiheitlich-demokratische“ Sprachwüste, ausgerufen: Eure ganze Freiheit ist ohne Gleichheit für den Allerwertesten! Er habe wohl noch ein schlimmeres Wort gebraucht und hinzugefügt: Freiheit müsse man sich leisten können, sonst sei man nicht frei ...

So ein Opa ist das, sagen die Enkeltochter. Dazu sei er auch noch geizig, wobei er nach über 30 Jahren Arbeit in der DDR am Stück, wie es heute heißt, genausoviel Rente wie seine Tochter nach über 10 Jahren Arbeit in der BRD wegen Erwerbsunfähigkeit beziehe. Er gönne ihr das zwar, aber wo bleibe da die vielgepriesene soziale Gerechtigkeit in der BRD, frage Archie,

Aber sie fragen ja nicht, was ihn eigentlich wundert bei dem Dauergeprassel von Lügen, das im Fernsehen über die DDR niedergeht wie ständiger Platzregen. Sie nehmen das augenscheinlich für bare Münze und halten die hämischen TV-Pseudo-Dokumentationen mit ihren entstellenden Kommentaren für die frühere Wirklichkeit. Das aber, was Opa Archie sagt, betrachten sie offenbar als frommen Selbstbetrug. So oder ähnlich muß man das sehen. Die Enkel sind gewiß nicht dümmer, als es Opa Archie in ihrem Alter war, aber sie werden vom kapitalistischen „Mainstream“ mitgerissen wie von den Niagarafällen. Sie können einfach nichts

Keine Fragen an Opa Archie?

wie seine Enkeltochter berichten. Dann sitze er noch zwischen lauter Büchern wie Hieronymus im Gehäus – ach, die liebe, arme Oma, sagen auch schon die Nachbarn –, wer soll da bloß Staub wischen? Er könne sich in mehreren Sprachen mit allen möglichen Leuten unterhalten, doch die Enkeltochter verstünden ihn nicht mehr ... So oder ähnlich geht das Gerücht über Opa Archie.

Übrigens hätte er die Enkel auch erfunden haben können, wenn es diese nicht wirklich gäbe. Die jungen Leute sind „ein Stück weit“ alle so, wo man sich auch umhört. Wenn Archie von den Enkeln nach der DDR gefragt würde, könnte er unerhört viel erzählen, fast pausenlos, Tage und Nächte, Heiteres und weniger Heiteres.

dafür. Die allenthalben, sogar von einigen Linken, gepredigte angebliche Alternativlosigkeit macht sie kirre und gefügig, auch wenn sie mit über 20 weder Job noch Beruf haben und in Patchwork-Familien leben. Sie regen sich nicht mehr auf, wenn Greise auf dem Gehweg umgeradelt werden. Das ist halt so. Sie kennen es nicht anders. Was links ist, wissen sie nicht so recht, zumal sich Linke in Berlin damit brüsten, in der Regierung zu sein. Nein, die Enkel stellen keine Fragen – natürlich gibt es immer Ausnahmen –, sie wollen nicht wissen, was früher war. Da muß Archie auch nicht die Frage befürchten: Opa, warum habt ihr auf den Sozialismus nicht besser aufgepaßt? **Manfred Hocke**

Der „RotFuchs“ gratuliert verdienten Veteranen zum Geburtstag

Hans Wunderlich aus Ehningen (**6. Oktober**),
Gerda Grünberg aus Königs Wusterhausen (**25. Oktober**) und
Karl-Heinz Ebeling aus Fürstenwalde (**14. Oktober**) werden **80**.

Am **19. Oktober** vollendet
Siegfried Nenke aus Jena sein **75.** Lebensjahr.

Die Genossen
Inge Eichholz aus Teterow (**5. Oktober**),
Prof. Dr. Wolfram Triller aus Radebeul (**30. Oktober**) und
Wilhelm Deistel aus Bernburg (**31. Oktober**)
begehen ihren **70.** Geburtstag.

Jüngere Kräfte wachsen nach:
Genossin **Lieselotte Schulze** aus Berlin feiert am **30. Oktober**
ihren **65.** Geburtstag.

Ihnen und allen anderen Geburtstagskindern des Monats von Herzen alles Gute.

Über Fred und Maxie Wander

Der Mann, der zu Lebzeiten den Namen Fred Wander trug, der als Sohn einer Näherin und eines kleinen Handelsreisenden sozialistischer Gesinnung 1917 in Wien zur Welt gekommen war, wurde in seinem 90. Lebensjahr nach schwerer Krankheit vom Tod in die Arme genommen. Sein Erinnerungsbuch, dem er den Titel „Das gute Leben“ gegeben hatte, schloß mit dem Bekenntnis: „Das Denken an den Tod stimmt mich heiter. Und das Wissen um den Hunger meiner Jugend in der Welt gibt dem Brot, das ich esse, einen kräftigen Geschmack. Ich bin unterwegs, mein Gepäck ist leicht.“

Dabei war das, was ihm das Leben zu tragen aufgeladen hatte, alles andere als leicht gewesen und mehrmals wäre er schon in jungen Jahren verschütt gegangen, wenn es nicht immer wieder Wunder gegeben hätte, die ihn vor einem frühzeitigen Tode bewahrten. Und obwohl er an manchen Orten versucht hatte, Wurzeln zu schlagen, eine Existenz zu gründen, obwohl er mit drei Frauen verheiratet gewesen war, mehrere Kinder gezeugt hatte, war sein Leben dennoch ein ständiges, unruhevolles Unterwegs gewesen, ein richtiges Wanderleben.

Schon während der Weltwirtschaftskrise hatte er seine Heimatstadt verlassen, war vagabundierend herumgezogen, wobei er bald als Roßknecht, Hoteldiener, Fliesenleger, Anstreicher, Zeichner und Fotograf gearbeitet hatte. Aber 1938, als sein Landsmann aus Braunau, also der sogenannte Führer, beschlossen hatte, die Österreicher alle heim ins Reich zu holen, wogegen sich nur ein verschwindend kleiner Teil von denen zur

Wehr setzte, hielt er es für äußerst ratsam, die Flucht nach Frankreich anzutreten und so seinen Häschern zu entgehen, die schließlich aber doch seiner habhaft wurden und ihm den Aufenthalt in etwa zwanzig deutschen und französischen Lagern bescherten.

Daß er Auschwitz und Buchenwald überlebte, ist wohl der Tatsache geschuldet, daß er den vielen Leidensgenossen beim Erzählen ihrer Leidensgeschichten zuhörte, sie im Kopf, mehr noch im Herzen und in den Sinnen speicherte, damit er sie später einmal aufschreiben und weiterreichen konnte. Danach hatte er an die zehn Jahre wieder in Wien gelebt, wäre um ein Haar an dem berühmten Reinhardt-Seminar zum Regisseur ausgebildet worden, erfuhr dann aber, daß in Leipzig, also im Osten Deutschlands, eine kommunistische Dichterschule eröffnet worden war, deren Besuch ihm sein Wiener Chef und Lehrer Bruno Frei dringend angeraten hatte. Und als man ihn in der Messestadt freundlichst willkommen hieß, war sein Entschluß gefaßt: Er übersiedelte in die DDR. Mit ihm seine neue Frau, die früher Elfriede Brunner geheißen hatte, und die später unter dem Namen Maxie Wander sehr bekannt werden sollte. Und gleich wie er und auch sie über das Leben in diesem „verrückten Lande“ einmal denken

sollten, in dem sie glücklich-unglücklich, reich und arm, zornig und traurig, auch heiter und stets voll Unruhe waren – es war das Land, in dem beide zu sich und ihrem Lebenswerk als Schriftsteller fanden. Nach Maxies frühem Tod – sie starb mit 44 Jahren – hatte Fred in Susanne Wedekind eine neue Lebenspartnerin gefunden, mit der zusammen er noch einmal fast ein Vierteljahrhundert in Wien leben konnte, sich ständig darüber wundernd, daß es ihn noch immer gab und daß er Freude und Glück am reichsten in der lebenslangen Zuwendung und dem Miteinander mit Menschen und allen Wesen dieser Welt empfinden konnte, wie es Susanne in dem schwarzumranderten Brief jetzt an seine und ihre Freunde in aller Welt mitteilte.

Armin Stolper

Aus einem Brief Armin Stolpers an Klaus Steiniger

Fred Wander ist am 10. Juli 2006 gestorben, am 5. Januar 1917 wurde er in Wien

geboren. Ich war mit ihm einige Jahrzehnte lang befreundet, besonders durch unsere gemeinsame Arbeit am Deutschen Nationaltheater, zu der uns der Regisseur Helfried Schöbel gebracht hatte. Aber auch nachdem Fred Wander wieder in Wien lebte, erhielt sich unsere Beziehung. Ich besuchte ihn dort mehrere Male. Wir wechselten bis zu seinem Tod viele Briefe. Zuletzt verfaßte ich einen mehr als 20 Seiten langen Text, in dem ich diese Beziehung und Wanders schriftstellerisches Schaffen beschrieb. Er konnte ihn noch lesen. Im Juni fand in der Studiobühne des Maxim Gorki Theaters die letzte Vorstellung des Maxie-Wander-Abends statt, den Ruth Reinecke gestaltet hatte. Er stand an die drei Jahre im Programm des Theaters; ein bewegender Abend, der auch das Verhältnis der beiden in ihrem nicht immer leichten Schriftstellerleben deutlich machte. Wir, meine Frau und ich, wußten nicht, daß es auch ein Abschied von Fred Wander sein sollte.



Wenn die Haifische Menschen wären

„Wenn die Haifische Menschen wären“, fragte Herrn K. die kleine Tochter seiner Wirtin, „wären sie dann netter zu den kleinen Fischen?“ „Sicher“, sagte er. „Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie im Meer für die kleinen Fische gewaltige Kästen bauen lassen, mit allerhand Nahrung drin, sowohl Pflanzen als auch Tierzeug. Sie würden sorgen, daß die Kästen immer frisches Wasser hätten, und sie würden überhaupt allerhand sanitäre Maßnahmen treffen. Wenn zum Beispiel ein Fischlein sich die Flosse verletzen würde, dann würde ihm sogleich ein Verband gemacht, damit es den Haifischen nicht wegstürbe vor der Zeit. Damit die Fischlein nicht trübsinnig würden, gäbe es ab und zu große Wasserfeste, denn lustige Fischlein schmecken besser als trübsinnige. Es gäbe natürlich auch Schulen in den großen Kästen. In diesen Schulen würden die Fischlein lernen, wie man in den Rachen der Haifische schwimmt. Sie würden zum Beispiel Geographie brauchen, damit sie die großen Haifische, die faul irgendwo liegen, finden können. Die Hauptsache wäre natürlich die moralische Ausbildung der Fischlein.“

Sie würden unterrichtet werden, daß es das Größte und Schönste sei, wenn ein Fischlein sich freudig aufopfert, und daß sie alle an die Haifische glauben müßten, vor allem, wenn sie sagten, sie würden für eine schöne Zukunft sorgen. Man würde den Fischlein beibringen, daß diese Zukunft nur gesichert sei, wenn sie Gehorsam lernten. Vor allen niedrigen, materialistischen, egoistischen und marxistischen Neigungen müßten sich die Fischlein hüten und es sofort den Haifischen melden, wenn eines von ihnen solche Neigungen verriete. Wenn die Haifische Menschen wären, würden Sie natürlich auch untereinander Kriege führen, um fremde Fischkästen und fremde Fischlein zu erobern. Die Kriege würden sie von ihren eigenen Fischlein führen lassen. Sie würden die Fischlein lehren, daß zwischen ihnen und den Fischlein der anderen Haifische ein riesiger Unterschied bestehe. Die Fischlein, würden sie verkünden, sind bekanntlich stumm, aber sie schweigen in ganz verschiedenen Sprachen und können einander daher unmöglich verstehen. Jedem Fischlein, das im Krieg ein paar andere Fischlein, feindliche, in anderer Sprache schweigende Fischlein tötete, würden sie einen kleinen Orden aus Seetang anheften und den Titel Held verleihen. Wenn die Haifische Menschen wären, gäbe es bei ihnen natürlich auch eine Kunst. Es gäbe schöne Bilder, auf denen die Zähne der Haifische in prächtigen Farben, ihre Rachen als reine Lustgärten, in denen sich prächtig tumeln läßt, dargestellt wären. Die Theater auf dem Meeresgrund würden zeigen, wie heldenmütige Fischlein begeistert in die Haifischrachen schwimmen, und die Musik wäre so schön, daß die Fischlein unter ihren Klängen, die Kapelle voran, träumerisch und in allerangenehmste Gedanken

eingelullt, in die Haifischrachen strömen. Auch eine Religion gäbe es da, wenn die Haifische Menschen wären. Sie würde lehren, daß die Fischlein erst im Bauch der Haifische richtig zu leben begännen. Übrigens würde es auch aufhören, wenn die Haifische Menschen wären, daß alle Fischlein, wie es jetzt ist, gleich sind. Einige von ihnen würden Ämter bekommen und über die anderen gesetzt werden. Die ein wenig größeren dürften sogar die klei-

neren auffressen. Das wäre für die Haifische nur angenehm, da sie dann selber öfter größere Brocken zu fressen bekämen. Und die größeren, Posten habenden Fischlein würden für die Ordnung unter den Fischlein sorgen, Lehrer, Offiziere, Ingenieure im Kastenbau usw. werden. Kurz, es gäbe überhaupt erst eine Kultur im Meer, wenn die Haifische Menschen wären.“

Bertolt Brecht

Aus: *Geschichten vom Herrn Keuner*

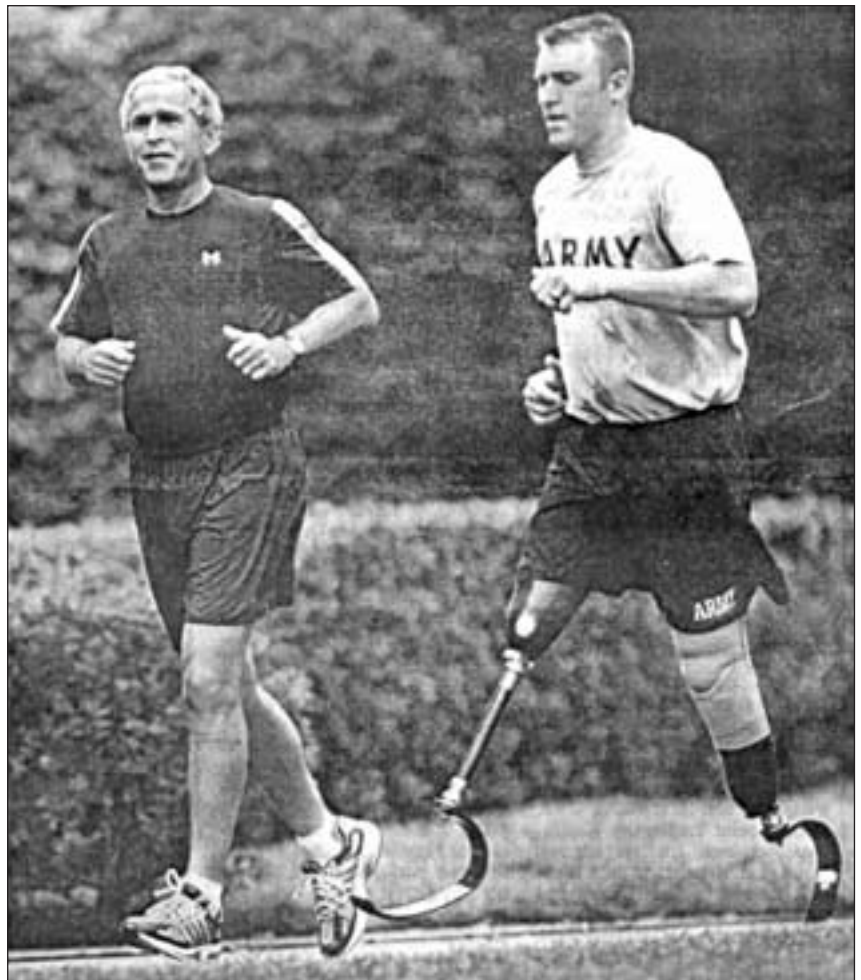
Gedanken zu einem Bild

Ein aufwühlendes Foto. Ich fand es in der Hamburger Monatsschrift „Der Funke“. Vorneweg mit dem gewöhnlich zur Schau gestellten dümmlich-„hintergründigen“ Lächeln läuft der große Stratege George Dabbelju. Ihm folgt mit knappem Abstand eines seiner Opfer. Was mag dem Army-Soldaten durch den Kopf gehen?

Inzwischen gibt es in den Vereinigten Staaten Tausende solcher Prothesen tragenden Männer mit fehlenden Gliedmaßen und anderen schweren Körperschäden. Die Kriege des Imperialismus haben sie zu Krüppeln geschlagen. Zu den Unglücklichen zählen auch Tausende und Abertausende Witwen und Waisen, deren Männer und Väter in Irak, Afghanistan und anderswo ihr Leben lassen mußten. Welch furchtbarer Preis dafür, dem Mann mit dem „hintergründigen“ Lächeln Gefolgschaft zu leisten. Wie lange wird diese noch anhalten?

Mich erinnert das Bild an die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges, als fanatische Nazis ein Durchhaltelied sangen, das mit den Worten endete: „Führer befehl, wir folgen dir!“

Mögen die Kriegsgegner in den Vereinigten Staaten, der BRD und anderen Ländern so an Kraft gewinnen, daß Leuten vom Schlage Bushs die Brandfackel aus der Hand geschlagen wird, ehe sie noch größeres Leid über die Völker bringen können! **Rudolf Janert**



**Leserbriefe an
RotFuchs**



Seit einigen Monaten bekommt nun auch die deutsche Redaktion des Senders „Stimme Rußlands“ in Moskau unseren „RotFuchs“, woran ich nicht ganz schuldlos bin.

Aus Telefongesprächen mit der Leiterin der deutschen Redaktion, Valentina Choschewa, weiß ich, daß der „RotFuchs“ dort mit Begeisterung aufgenommen wurde und sehr aufmerksam und interessiert gelesen wird. Jetzt gab es ein erstes Echo. Alla Smirnowa, eine langjährige Redakteurin des deutschsprachigen Sendedienstes, befaßte sich mit zwei Beiträgen aus dem RF Nr. 103. Anlaß war zum einen der 50. Todestag von Bertolt Brecht. Die Sendung behandelte das große Interesse an den Werken Brechts in der Sowjetunion und in Rußland. Zum anderen widmete sich die Sendung dem Beitrag über Nikolai Ostrowskis Buch „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Alla Smirnowa zitierte mehrere Passagen aus den beiden „RotFuchs“-Artikeln.

Die Sendung wurde erstmals am Donnerstag, dem 24. 8. ausgestrahlt und in der Folgewoche, wie nach dem Sendeplan üblich, mehrmals wiederholt.

Auch auf diesem Wege läßt sich also der Bekanntheitsgrad des „RotFuchs“ erweitern, wie es Dieter Schulze aus Berlin in seinem Leserbrief (RF Nr. 103) anregt, wenn „andere Formen zu seiner Popularisierung genutzt“ werden. In diesem Fall über Ätherwellen und Ländergrenzen hinweg.

Das deutschsprachige Programm des russischen Auslandsrundfunks „Stimme Rußlands“ (früher bekannt als Radio Moskau) ist in der Bundesrepublik z. Z. über zahlreiche Mittel- und Kurzwellenfrequenzen zu empfangen, u. a. über die Mittelwellen 603 und 693 kHz (Senderstandort Berlin), 1431 kHz (Dresden) 630 kHz (Braunschweig), 1575 kHz (Burg bei Magdeburg), 1323 kHz (Südthüringen), 1215 kHz (Kaliningrad). Sendezeiten täglich 11 bis 14 und 17 bis 21 Uhr.

Werner Holz, Glowe, Rügen

Der Beitrag in Ihrem August-Heft „Hans Beimler – Kamerad“ hat mich stark berührt.

Mein Vater Hermann Schuldt, in Spanien Willi Schwarz genannt, hat als Reichstagsabgeordneter und als Interbrigadist tapfer an der Seite Hans Beimlers gekämpft. Zeitweise war er auch Kommandeur des nach ihm benannten Bataillons.

Wir, die Familie Hermann Schuldts in Deutschland, haben damals eine neue Seite der Solidarität erfahren. Organisiert und geleitet von Heinrich Rau, erhielten wir wiederholt Unterstützung und Zuwendung, die ihren Weg nahmen über Schweden, die USA, aber auch durch Kuriere, um unser Überleben unter den faschistischen Bedingungen des Terrors und der Verfolgung zu erleichtern. Es war für unsere Familie eine große Genugtuung, uns bei dem Genossen Heinrich Rau nach 1945 bedanken zu können. Die Brutalität des Faschismus darf nie in Vergessenheit geraten. Meine Familie und ich haben sie durch Verfolgung, Gefängnis und Zuchthaus erleiden müssen.

In wenigen Tagen werde ich 83 Jahre alt. Mit Genugtuung und Freude lese ich den „RotFuchs“, der immer wieder dazu beiträgt, das historische Gewissen wachzuhalten und neue Kämpfer für unsere gemeinsame Sache zu motivieren.

Dr. Hermann Schuldt, Rostock

Ich bitte hiermit um ein Exemplar des aktuellen „RotFuchs“, da ich politisch interessiert bin und eine unabhängige, sozialistische Presse bevorzuge. Als Schülerin der 12. Klasse habe ich leider nicht die Möglichkeit, Ihnen regelmäßig eine

Spende zukommen zu lassen, da mir dazu das Einkommen fehlt. Aber ich werde sicher ab und zu einen kleineren Geldbetrag schicken. Ich würde mich also freuen, wenn Sie mir nun regelmäßig den „RotFuchs“ übermitteln würden.

Hanna Wichmann, Berlin

Ich kenne den „RotFuchs“ erst seit drei Monaten und finde ihn außerordentlich interessant. Besonders beeindruckt hat mich der Artikel von Herrn Dr. Sarge. Im Augustheft schreibt er: „Was jetzt wieder einmal vom Stapel gelassen wird, ist eine Mischung aus Wahrheiten, Halbwahrheiten, Lügen, Verzerrungen und Verschweigen.“ Hier ein Beispiel dazu: Am 17. Juni 1953 war ich Kreisstaatsanwalt in Niesky. An diesem Tag gingen die Arbeiter vom Waggonbau Niesky auf die Straße. Als ihr Demonstrationzug den VEB Stahlbau erreichte, schloß sich ihm dessen Belegschaft an. Gleichzeitig setzte sich der Fotograf M., der sein Geschäft gegenüber hatte, mit einer Pistole fuchtelnd an die Spitze und bestimmte dessen weitere Richtung. Unter der Leitung von M. besetzten Demonstranten die Dienststelle des MfS und sperrten die dortigen Mitarbeiter in den Hundezwinger ein. Dann zog die Demo weiter in Richtung Volkspolizei-Kreisamt. Als in dieser Situation vom VPKA bei der Bezirksbehörde der VP in Dresden angefragt wurde, wie weiter zu handeln sei, wurde grundsätzlich untersagt, auf Demonstranten zu schießen. Der Zug stellte sich vor dem Gebäude des MfS auf, und als die Volkspolizisten sich ihm näherten, um die Angehörigen des MfS zu befreien, stellten die Demonstranten Kinder in die erste Reihe. Die Volkspolizisten, die auf keinen Fall gegen die Kinder vorgehen durften, kehrten unverrichteter Dinge zurück.

Natürlich wurden in der Folge des 17. Juni gegen Rädelführer, die gegen die Gesetze der DDR verstoßen hatten, Haftbefehle erlassen. Auch gegen den Waffenträger M., der später von der BRD „freigekauft“ worden ist.

Kürzlich erschien im Amtsblatt der Kreisfreien Stadt Görlitz (14/2006) die Mitteilung, ein gewisser Wagenknecht sei damals im Polizeigefängnis Niesky zu Tode gekommen. In Niesky gab es aber zu diesem Zeitpunkt weder ein Polizeigefängnis noch eine Haftanstalt. Alle Untersuchungshäftlinge wurden in Görlitz eingeliefert, dann nach Dresden verlegt und dort verurteilt.

Horst Klupsch, Löbau

Der eigentlich prowestliche libanesische Ministerpräsident sah sich veranlaßt, von israelischen Kriegsverbrechen zu sprechen. Die USA als Israels Hauptwaffenlieferant wären durchaus in der Lage, den Aggressionsgelüsten Tel Avivs Einhalt zu gebieten. Aber sind sie etwa daran interessiert? Bush hat wörtlich erklärt: „Dies ist im Moment ein intensiver Konflikt im Nahen Osten. Doch unser Ziel ist es, daraus eine Chance für größere Veränderungen in der Region zu machen.“ Was hat er wohl damit gemeint?

Werner Jahr, Potsdam

Meines Erachtens überzieht Euer nach Redaktionsschluß entstandener Kommentar zu „Israels Luftterror“ (RF 103). Die RF-Forderung „Kriegsverbrecher vor das Gericht der Völker! Wie einst die Anführer der Hitlerfaschisten.“ heißt doch übersetzt: Deutsche Kommunisten fordern Todesstrafe für Juden („abgemildert“: für führende israelische Politiker).

Auch dürfte der Vergleich mit dem Hitlerfaschismus kaum einer wissenschaftlichen Debatte standhalten. Deutschland führte u.a. einen Vernichtungskrieg. Israel ist mit Hamas und Hisbollah von Kräften umgeben, die programmatisch und in der Tagespolitik die Vernichtung Israels anstreben und offen sagen, daß auch ein Waffenstillstand nur ein Zwischenschritt zu diesem Ziel ist. Unterstützt von Staaten wie Iran und Syrien. Womöglich ist Israel der einzige entwickelte Staat auf Erden, dessen vornehmliche Aufgabe tatsächlich der Schutz der eigenen Bevölkerung ist (dieses Argument entnehme ich der Zeitschrift „konkret“).

Wenn Israel der Entführung zweier Soldaten wegen Aktionen forciert, die eine Million Menschen in die Flucht zwingt, kann massive Kritik nicht ausbleiben. Soweit ich bisher gelesen habe, wird jedoch kein Land auf Erden im RF so wortkräftig und emotional (warum z. B. der Zusatz „zionistisch“, was klärt das?) kritisiert wie Israel.

P. S. Die Leitsätze des Vorstandes vom 1. Juli 2006 finde ich gut.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Israels Angriff auf den UNO-Mitgliedstaat Libanon ist keine Selbstverteidigung, wie es Tel Aviv, Washington und deren Anhänger behaupten. Alles erfolgt in Abstimmung mit den USA und weiteren NATO-Mächten. Bezeichnet war hierbei die Verhinderung einer Entschließung, die Israel als Aggressor verurteilte, durch das Veto des Vertreters der Bush-Administration im Sicherheitsrat.

Israel mauert seit ca. 60 Jahren, wenn es um eine Lösung des Palästina-Problems geht. Bereits kurz nach dem UN-Beschluß zu seiner Gründung (1947) raubte es ein Drittel mehr Land hinzu, als die Vereinten Nationen vorgeesehen hatten. 800000 Palästinenser wurden ohne Rückkehrmöglichkeit vertrieben. Bei stiller Duldung und entsprechender Know-How-Lieferung durch die USA konnte sich Israel in den Besitz von Atomwaffen bringen. Seit 1967 erfolgte eine rigorose Besiedlung geraubarer palästinensischer Gebiete, vor allem unter Scharon. Der Kampf des arabischen Volkes von Palästina für die Gründung eines eigenen Staates ist ein völkerrechtlich legitimes Verlangen. Tel Aviv tut alles, um es zu blockieren und die Völkergemeinschaft zu brüskieren.

Gert Thiede, Suhli

Es ist dem USA-Imperialismus in fast 50 Jahren nicht gelungen, das kubanische Volk mit Genossen Castro an der Spitze niederzuringen. Und ich bin fest davon überzeugt, daß es ihm auch in Zukunft mißlingen wird, Kuba und die sozialistische Idee in der Welt auszulöschen. Wir wünschen unserem Genossen Castro rasche Besserung seiner Gesundheit und alles, alles Gute.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Kürzlich kaufte ich mir die in Hamburg herauskommende Frauenzeitschrift „Brigitte“. Der Beitrag „Schwedisches Sommerfest“ hatte mich – eine nur gelegentliche „Brigitte“-Leserin – angelockt. Wenn ich BILD möchte, muß ich aber nicht „Brigitte“ kaufen. Ein Kuba und Castro betreffender Artikel hatte genau dieses Niveau. Dem kubanischen Volk wird darin unterstellt, sich von einem bedenkenlosen Hasardeur leiten zu lassen. Auf solcherlei Behauptungen ist man in den „zivilisierten Staaten“ geeicht. Wenn Fidel Castro eines Tages nicht mehr sein wird, hinterläßt er ein Volk, dessen Bildungsstand und Gesundheitswesen nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die westliche Welt beispielhaft sein könnten. Sie zeugen von dem vorbildlichen Humanismus und dem tiefen Demokratieverständnis der Kubaner.

Ursel Held, Neu Darchau

Eigentlich bedarf es vom Inhalt her keines kommentierenden Wortes, was die ARD in ihrem Magazin „Kontraste“ am 24. 8. zum „RotFuchs“-Förderverein gebracht hat. Es entsprach der berüchtigten Totalitarismus-Doktrin und war ein Rundumschlag gegen „Rechts- und Linksextremismus“. Nazis und Kommunisten wurden wie üblich auf eine Stufe gestellt. Jedoch ging es nicht um irgendwelche Widersacher, die da ins Visier genommen werden sollten. Es handelte sich um einen gezielten Angriff auf den RF. Er wurde unter der Gürtellinie diffamiert – und zwar aus einem einzigen Grund: wegen seiner offenen Parteinahme für die DDR. Der Sender rieb sich an der Feststellung des RF, daß die DDR „für uns das gute Deutschland bleibt“. Der eigentliche Grund der Wut: Beim „RotFuchs“-Verein ist es den „Autoritäten“ nicht gelungen, ihn wie bestimmte linke Grüppchen

in einen zahnlosen Tiger umzustricken. So erklärt ihn die bürgerliche Journaille kurzerhand zum „linksextremistischen Staatsfeind“, dessen Rechte beschnitten werden sollen.

Ich versichere ausdrücklich meine Solidarität mit dem RF. Wir lassen uns nicht unterkriegen.
Jens-Torsten Bohlke, Leuven (Belgien)

Bemerkung der Redaktion:

Am 25. 8. – nur einen Tag nach der Ausstrahlung des ARD-Magazins „Kontraste“ – erhielt RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger eine E-Mail aus Braunschweig. Der Absender zeichnete „Mit deutschem Gruß, Sepp Dietrich“ und schrieb u. a., „alle noch lebenden Funktionäre und Aktivisten (der DDR) sollten gehängt oder mit Genickschuß hingerichtet werden“.

Eine faschistische Morddrohung – offenbar ausgelöst durch die ARD-Denunziation vom Vortag.

Der „RotFuchs“-Förderverein hat Strafanzeige erstattet.

Mehr oder weniger durch Zufall habe ich eine Eurer Veranstaltungen im TV gesehen. Sehr gerne würde ich mehr über Euch erfahren. Könnt Ihr mir Info-Material zukommen lassen, eventuell mal ein Probeexemplar? Gibt es eine Eurer Gruppen auch in der West-(BRD)?

Stephan Görner, Wiesbaden

Mit Interesse überflog ich das Inhaltsverzeichnis des „RotFuchs“ vom September 2006. Ich lese „Komunist, Pole, Internationalist“, und im selben Moment werden Erinnerungen wach. Ich war in den Jahren 1956 bis 1960 noch als Stellvertreter für Politische Arbeit eines Bataillons im Panzerregiment Spremberg tätig. An die Kommandeure und Politarbeiter erging eines Tages die Aufforderung, in Vorbereitung einer Namensgebung für die Kaserne uns sowie die Angehörigen des Regiments mit den Lebensdaten des legendären „Generals Walter“ vertraut zu machen. Wir nutzten im besonderen seine Tätigkeit und Erfahrungen in den Interbrigaden für die Erziehung unserer Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere zur unverbrüchlichen Waffenbrüderschaft mit den Angehörigen der Armeen des Warschauer Vertrages. Die Offiziere lernten von seinen militärischen Fähigkeiten und seiner Entschlußfreudigkeit. Es half uns, auch eine hohe Disziplin und exaktes militärisches Können im Beherrschen der Technik in der Kaserne und im Manöver zu erreichen. Wenn beim Marschieren dann das Lied „Spaniens Himmel“ gesungen wurde, war auch immer der Gedanke an den Kommunisten und Interbrigadisten Karol Swierczewski wach. Das, glaube ich, sollte zum Artikel von Günter Freyer ergänzend gesagt sein.

Werner Franke, Meißen

Neben den Grünen zählen auch Linke zu den Atomkraftgegnern. Das Argument der Linken ist, daß im Kapitalismus die Atomkraftwerke nicht sicher seien, weil aus Profitgründen ungenügende Sicherheitsmaßnahmen getroffen würden. Als sich 1986 im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl der folgenschwere Unfall ereignete, gerieten Linke und Grüne gemeinsam in den Strudel antikommunistischer und antisowjetischer Hetze. Tschernobyl gilt auch als Symbol für den Niedergang der Sowjetunion.

Die Grünen haben sich zu Kriegsbefürwortern gewandelt, wobei ihnen die Anti-Atomkraft-Politik sehr nützlich war bzw. ist. Die Linken sehen den Ausstieg aus der Atomkraft als einzige Alternative, um das Streben der Energielobbyisten nach Profit zu stoppen. Der Beitrag von Dr. Gerhard Steinmüller zu diesem Thema ist interessant, doch es ist schwierig, sich mit dieser Meinung in den deutschen linken Parteien durchzusetzen.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Zum Beitrag „Schwindel aus Leidenschaft“ (Eberhard Fensch, RF 103) drängen sich mir

folgende Erinnerungen auf: Während des FDJ-Studienjahres (an einer POS in Gera-Lusan) wurde mit den Schülern auch über den Charakter des westdeutschen Werbefernsehens gesprochen. Dabei stellte man die politischen Hintergründe dieser Sendungen in den Mittelpunkt der Gesprächsrunden, ohne die ökonomischen Ziele der Werbeindustrie auszusparen. Allerdings wollten nicht alle Teilnehmer wahrhaben, daß auf diese Weise eine perfekte Welt nur vorgegaukelt wurde.

Einige der Teilnehmer riefen dann später „Wir sind das Volk“ und wollten an eitel Sonnenschein, chromblitzenden Autos, Milch und Honig teilhaben. Zu viele Menschen glaubten, daß sich das westliche Leben wirklich wie im Werbefernsehen abspielt. Die jetzt noch bei uns leben, werden wohl die „coolen Sprüche“ inzwischen satt haben und angewidert an ihren nächsten Gang zur Agentur für Arbeit denken. Ab 1990 – die DDR war inzwischen einverleibt – konnte man das Licht im Schaufenster Bundesrepublik Deutschland ruhig ausschalten und die nicht mehr benötigte Staffage abräumen. Jetzt wird Tacheles geredet und dem Volk das Fell über die Ohren gezogen.

Wolfgang Willms, Weida

Wer erinnert sich heute noch an Hans Schomburgk, der 1888 in Hamburg geboren wurde und 1967 in Berlin starb?

Für mich war er nicht nur ein passionierter Großwildjäger und Tierfilm-Pionier, sondern auch ein Mensch, der uns viel für die Zukunft gegeben hat. In seinem 1954 im Verlag der Nation erschienenen Buch „Meine Freunde im Busch“ schreibt Schomburgk: „Belgisch-Kongo war zunächst sozusagen eine Privatkolonie des belgischen Königs Leopold II. Dieser weiße Sklavenhalter hatte sich mit Stanley, dem Gründer der Internationalen Kongogesellschaft, 1884 zusammengetan und erreicht, daß das Riesengebiet, das achtzigmal so groß wie Belgien ist, als unabhängiger Kongo-Freistaat unter der Oberhoheit Leopolds anerkannt wurde. Als ich 1907 zum ersten Mal durch Katanga zog, gab es dort keine 50 Europäer. 1932 mögen es 10 000 gewesen sein. Kongo, seit 1908 belgische Staatskolonie, ist zu einem der wichtigsten Lieferanten strategischer Rohstoffe (Kobalt, Wolfram, Diamanten, Lithium, Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Uran) für die westliche Welt geworden und entwickelt sich auf der Grundlage seiner Wasserkraft, seines Reichtums an Mineralien und seiner Steinkohlelager immer mehr zu einem Energiezentrum der Erde.

Den Kern dieser westlichen Rüstkammer bildet das Katanga-Gebiet, das von alters her durch seine Kupfervorkommen berühmt war. Industriell wurden die Minen erst 1910 erschlossen. Ihr Gehalt an reinem Kupfer wird auf 30 Millionen Tonnen geschätzt.“

Schomburgks Einschätzung ist heute aktueller denn je. **Wolfgang Schädlich, Chemnitz**

Nunmehr sind die ersten vier Eurofighter 2000 eingetroffen – Stückpreis ca. 85 Millionen Euro. Begründet wird diese Anschaffung mit der „zunehmenden internationalen Verantwortung Deutschlands“. Im Klartext: mit künftigen militärischen Interventionen und Aggressionen. Übrigens werden diese Maschinen u. a. auch bei einem Geschwader in Rostock-Laage stationiert, das seit 1997 den Namen „Johannes Steinhoff“ trägt. Steinhoff war Oberst und höchstdekoriertester Jagdflieger in Görings Luftwaffe. Er brachte es bis zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses in Brüssel.

Heinz Behrendt, Plauen

Dr. Rudolf Dix ist zu danken, daß er sich im „RotFuchs“ (Nr. 103) mit dem „antisowjetischen Hokuspokus“ auseinandersetzte, den Jörn Schüttrumpf im ND präsentierte. Dieser Hokuspokus fand indessen noch seine Steigerung. Dafür stellte sich Karl-Heinz Gräfe, Professor für Geschichte und Mitglied der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS, zur Verfügung. Am 4. August schrieb er – ebenfalls im

ND – einen Artikel unter dem Titel „Es kommt auf die Definition an“. Seine Erkenntnisse gipfeln in folgenden Thesen: „Der Stalinismus wurde zu einem Gesellschaftssystem. ... Der Stalinismus-Begriff trifft ... auch für den Kriegskommunismus (1918–1921) unter Lenins kollektiver Führung zu.“

Gräfe erfindet „sechs Merkmale des Stalinismus“, die wohl am ehesten auf den Vatikan (partiell auch auf die BRD) anzuwenden wären. Das sechste Merkmal ist besonders infam: „Sowjetisierung anderer Länder und Völker durch imperiale Politik der Sicherung von Interessen- und Einflußsphären unter Ausnutzung der kommunistischen Weltbewegung.“ Für Gräfe ist also der Beitrag der Sowjetunion zur Befreiung vom Faschismus „imperiale Politik“ und deren Haltung gegenüber der DDR „Sowjetisierung“. Und die Hilfe für den Befreiungskampf der national unterdrückten Völker?

„Indiskutabel ist, ein solches Gesellschaftssystem zu verharmlosen, indem man es auf einen an Verfolgungswahn leidenden Diktator (Stalin) reduziert.“ Hat Gräfe das vor 1989 auch gesagt und geschrieben? (Ich verzichte auf Zitate aus seiner Feder.) Wie weit hat dieser Geschichtsprofessor inzwischen namhafte Kreml-Astrologen rechts überholt!

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Günter Grass hat spät, für viele „Gutmenschen“ mit engelreinem Gewissen zu spät, bekannt gemacht, daß er einer faschistischen Organisation angehört hat, der unzählige Verbrechen nachgewiesen sind. Wäre ihm Zeugen- oder gar Mittäterschaft anzulasten – ich bin sicher, er hätte das Schweigen nicht ausgehalten. Grass war 17 – vier Jahre älter als ich. Mit zwei gleichaltrigen Jungen meldete ich mich damals zum Ostwallschiffen, wurde aber natürlich zurückgewiesen. Günter Grass hat nach dem Krieg offenbar auf seine Jugend wie auf das Leben eines anderen oder eine seiner Romanfiguren zurückgeschaut und das „Bekenntnis“ vor sich hergeschoben.

Wem hätte es genützt, wenn er die Wahrheit früher mitgeteilt hätte, wem außer ihm selbst ist dadurch Schaden entstanden, daß er es unterließ?

Helmut Goldenbogen, Eberswalde

Der Nobelpreisträger für Literatur Günter Grass gibt im Zusammenhang mit seiner Biographie zu, daß er im Februar 1945 zur Waffen-SS eingezogen wurde. Viele hat das überrascht, weil er als bekennender Antinazi gilt. Manche sind ob des späten Bekenntnisses enttäuscht, manche nutzen die Gelegenheit, um moralisch zu triumphieren.

Interessant ist, warum heute ein solches Gewebe darüber gemacht wird. Neben Leuten, die sicher betroffen sind, melden sich auch jene zu Wort, die selbst oder als Nachfolger ihrer politischen Vorgänger keinen Satz der Verurteilung fanden, als der KZ-Baumeister Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten und der Altnazi Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler ausgewählt wurden, geschweige denn zur Rolle von Tausenden Nazirichtern, die für Todesurteile an Nazigegegnern, Wehrdienstverweigerern und Deserteuren verantwortlich waren.

Natürlich versucht auch der eine oder andere jetzt, sein Mütchen zu kühlen, weil Grass nach der „Wende“ sehr scharf die Politik kritisierte, die die ostdeutschen Länder in das wirtschaftliche und soziale Chaos stürzte.

Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg

Der Leserbrief von Prof. Hans Lutter veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen.

Für Marx und Engels war es aufgrund ihrer revolutionären Prinzipien undenkbar, daß sich Sozialdemokraten an bürgerlichen Regierungen beteiligten. Als dieses Prinzip aufgegeben wurde, begann der Abstieg der Sozialdemokratie von der revolutionären Arbeiterpartei zum kleinbürgerlichen Wahlverein und letztlich zum „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“.

Dies geschah unabhängig von hehren Gedanken, guten oder bösen Absichten sozialdemokratischer Führer und der Zustimmung oder Duldung „der Massen“. („Wen soll man denn sonst wählen?“) Für mich war die exemplarische Darstellung des Weges Friedrich Eberts vom kämpferischen Gewerkschaftsfunktionär zum „Volksbeauftragten“ durch Sebastian Haffner sehr eindrucksvoll.

Heute vollziehen Zimmer, Pau, Gysi und andere den gleichen Prozeß in gesteigertem Tempo. Ein Problem der „Linken“ im bürgerlichen Parlamentarismus ist doch wohl, daß die Abgeordneten, Minister usw. objektiv in ihrer ökonomischen Stellung, ihrer sozialen Lage, in der ideologischen Haltung und in ihren Beziehungen zu den Medien, ja selbst in persönlicher Hinsicht, viel enger mit den Vertretern anderer Parteien und dem bürgerlichen Staat verbunden sind als mit ihren Wählern. Um aber bei der Bourgeoisie „anzukommen“ leugnen oder verfälschen sie ihre DDR-Biographien, bestätigen oder dulden sie grobe Lügen über den Sozialismus, schwören sie der Notwendigkeit einer revolutionären Partei ab.

Meine Hochachtung gilt allen Genossen in parlamentarischen Gremien, die sich trotz des Drucks und der Hetze objektiv wirkenden Vereinnahmungstendenzen widersetzen.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Wir sind von Burg Stargard nach Dormagen zu unseren Kindern gezogen. Sie mußten Neubrandenburg schon vor Jahren verlassen, weil sie dort, trotz in der DDR erhaltener guter Ausbildung, keine Arbeit mehr fanden.

Wenn mir jemand vor 20 Jahren prophezeit hätte, daß ich einmal „im Westen“ leben würde, ich hätte ihn glatt für verrückt erklärt.

Bitte schickt mir den „RotFuchs“ an die neue Anschrift. Er wird mir nach dem Wechsel in ein völlig anderes Gebiet, ohne Verbindung zu einer Parteiorganisation und den mir aus jahrzehntelanger Arbeit bekannten Genossen, noch unentbehrlicher sein.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Vielen Dank für die Veröffentlichung des Artikels zu Ruth Rewald. Zur Ergänzung:

„Vier spanische Jungen“ ist das einzige deutschsprachige Kinder- und Jugendbuch zum Spanischen Bürgerkrieg geblieben. Es ist noch lieferbar und kann bei der Buchhandlung Che & Chandler, Breitestraße 47, in 53111 Bonn, Tel. 02 28-63 23 66, bezogen werden.

Als ich die ersten gedruckten Exemplare davon in Händen hielt, bin ich im Januar 1988 zu Hans Schaul und seiner zweiten Frau Dora an den Berliner Dammweg gefahren. Diese Begegnung hat mich sehr erschüttert. Hans saß in seinem großen Sessel, sein Augenlicht war fast erloschen. Er nahm das Buch in seine Hände und strich liebevoll darüber. Sein Gesicht überzog ein feines Lächeln. Er hatte lange darauf warten müssen. Nun endlich besaß er es. Knapp vier Monate später, am 10. Mai 1988, ist er gestorben.

Dr. Dirk Krüger, Wuppertal

Der RF-Förderverein e. V. hat in seinen Leitsätzen eine klar verständliche, hervorragend knappe Analyse der gegenwärtigen Situation formuliert und notwendige Positionen skizziert. Sie entsprechen weitgehend meinem Gesellschaftsverständnis, für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen.

Mein Freund OMR Dr. Dr. Hans-Henning Dehmel, der in der DDR jahrzehntlang als Arzt in Grevesmühlen gearbeitet hatte (er verstarb am 1. 12. 2005) schrieb in seiner Gedichtsammlung „Wider den Zeitgeist“:

Rückblickend/Sage ich zu mir:/Es war eine gute Zeit./Ich konnte helfen/ohne Sorge/Für das eigene Befinden./Ich wußte:/Wenn ich krank/Oder alt werde,/ Wird das Nötige/Für mich da sein./Also konnte ich/Ohne Angst/Für andere sorgen./Ich sorgte für andere/Und andere/Sorgten für mich./Das zu wissen,/Das täglich zu spüren,/Tat gut./Es war/Eine gute Zeit.

Hans-Henning Dehmel, bis zuletzt ein engagierter „RotFuchs“-Leser, gehörte in den 50er und 60er Jahren als Student und junger Mediziner zu den von Walther Victor persönlich betreuten lyrischen Nachwuchstalenten. Seine Heimat war und blieb die DDR. Ich grüße seine tapfere Frau Ruth.

Werner Voigt, Kromsdorf

Hallo „RotFuchs“, ich habe Deine jüngste Ausgabe von einem Freund bekommen und mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die inhaltliche Gestaltung und die Problemstellung gefallen mir sehr und entsprechen vollkommen meiner eigenen Überzeugung. Ihr habt mit Euren Artikeln mein Interesse geweckt, an Eurer Arbeit teilzunehmen.

Wolfgang Zimmermann, Dresden

Ich möchte von Ihnen die Zeitung „RotFuchs“ beziehen, weil ich die Lügen in diesem System satt habe. Die Medien sind verfälscht und stecken mit dem Großkapital unter einer Decke. So entsteht die Massenmanipulation. Ich finde Ihre Zeitung großartig und ehrlich. Lassen Sie sich nicht unterkriegen.

Henrik Glienke, Dierberg

Seit langer Zeit gehört der „RotFuchs“ am Anfang des Monats zu meiner unbedingten Lektüre – ich freue mich immer, mit vielen meiner Gedanken nicht allein zu stehen.

In der September-Ausgabe fiel mir auf, daß die meisten „RotFuchs“-Veranstaltungen nördlich von Berlin stattfinden. Gibt es südlich von Berlin nicht genug Leser dieser – unserer – Zeitschrift?

Vor kurzem war eine Debatte mit Egon Krenz in Jena, aber ohne PKW in einer fremden Stadt den Treffpunkt zu suchen, ist mir zu mühsam. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sich auch in Gera die „RotFuchs“-Leser treffen und man einen persönlichen Kontakt aufbauen kann.

Ruth Kurth, Gera

Die Lektüre des roten Fuchses ist ein Erlebnis der besonderen und seltenen Art, in diesem Umfang und in dieser Qualität eigene Ansichten bestätigt zu sehen. Der Fuchs gilt als schlau und listig. Ich meine dies in einem positiven Sinne. Wenn Norbert Kornau in der August-Ausgabe richtigerweise schreibt, daß der „RotFuchs“ „keine Zeitung Ewiggestriger“ ist, dann sollte das auch durch die Form bewiesen werden. Ich meine, es ist an der Zeit, die seit diesem Monat gültige Rechtschreibung zu verwenden.

Rudolf Krause, Berlin

Anmerkung der Redaktion:
Der „RotFuchs“ hält seit seiner ersten Ausgabe (Febr. 1998) an einigem Althergebrachten fest – so auch an der bisherigen Rechtschreibung.

Die Hausherrin des Thüringer Landesparlaments, Frau Prof. Dagmar Schipanski, kam der „Bitte“ von Frau Neubert aus der Firma Birthler nur allzugern nach und erklärte, daß das Tübke-Kunstwerk, welches einen von der ungarischen Konterrevolution Gehängten zeigt, „nicht dem Geist des Hauses“ entspreche.

Ich dachte immer, der Landtag sei ein Haus des Volkes, in das die Bürger Politiker unterschiedlicher Parteien und Haltungen wählen. Mit meinem Votum habe ich niemals die Zustimmung dazu gegeben, daß das Andenken an die Opfer von Mord und Gewalt geschändet wird. Inzwischen, so hörte ich, hat die Buchenwald-Gedenkstätte Tübkes Grafik angekauft, will sie aber der Öffentlichkeit vorenthalten, weil „sie nicht zur Buchenwaldgeschichte gehört“. Auch eine Art geräuschloser Entschöpfung?

Hans Schmidt, Weimar

Die Leitsätze des „RotFuchs“-Fördervereins habe ich mit Interesse und Zustimmung gelesen. Einwände habe ich zur 2. Hälfte des Punktes 10. Natürlich kann es nicht um die Gründung neuer kommunistischer Parteien gehen. Im deutschen Gebiet existieren bereits

mehrere kommunistische bzw. marxistische Parteien. Zu bewerten, ob deren Programme „lupenrein“ sind, steht mir und nach meiner Auffassung auch dem „RotFuchs“-Förderverein nicht zu. Diese Parteien haben ihre demokratischen Strukturen, durch die die Mitglieder in die Programmgestaltung einbezogen werden. Genausowenig kann es Angelegenheit des „RotFuchs“ sein, darüber zu befinden, ob die bestehenden kommunistischen Organisationen sich über Fragen der „Einigung“ und/oder „Vereinigung“ verständigen. Ich persönlich würde es sehr begrüßen, wenn Wege gegangen würden, um alle organisatorisch zu vereinen, die auf der Grundlage des Marxismus eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft anstreben.

Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrlich

Nach den letzten PISA-Studien schnitt die BRD schlecht ab, da sie keine rechtzeitige Anleihe beim DDR-Bildungssystem nahm, welches in Finnland – modifiziert – zu guten Ergebnissen geführt hat. Die alte Grundschule der DDR schloß mit einer Prüfung ab. Ein Weiterbesuch der Mittelschule oder der Oberschule war mit entsprechenden Kriterien verbunden, wobei die Oberschulen vor allem von Arbeiterkindern besucht werden sollten. Im Jahr 1960 war der Leistungsanspruch bei Aufnahme in die Oberschule 2,0, für Kinder von Angestellten aber 1,6.

Nach der letzten DDR-Schulreform hatten wir die Polytechnische Oberschule (POS) bis zur 10. Klasse sowie die Erweiterte Oberschule (EOS) bis zur 12. Klasse. Ein Wechsel zur EOS konnte nach der 8. bzw. 10. Klasse erfolgen.

Das DDR-Schulsystem war übersichtlich gegliedert. Studienplätze wurden durch eine bestimmte Bedarfslenkung abgesichert. Mit dem Fachschulabschluß war ebenfalls die Hochschulreife erfolgt. Nach dem Studium wurden die Arbeitsplätze durch entsprechende Vorverträge mit den HF-Absolventen garantiert.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

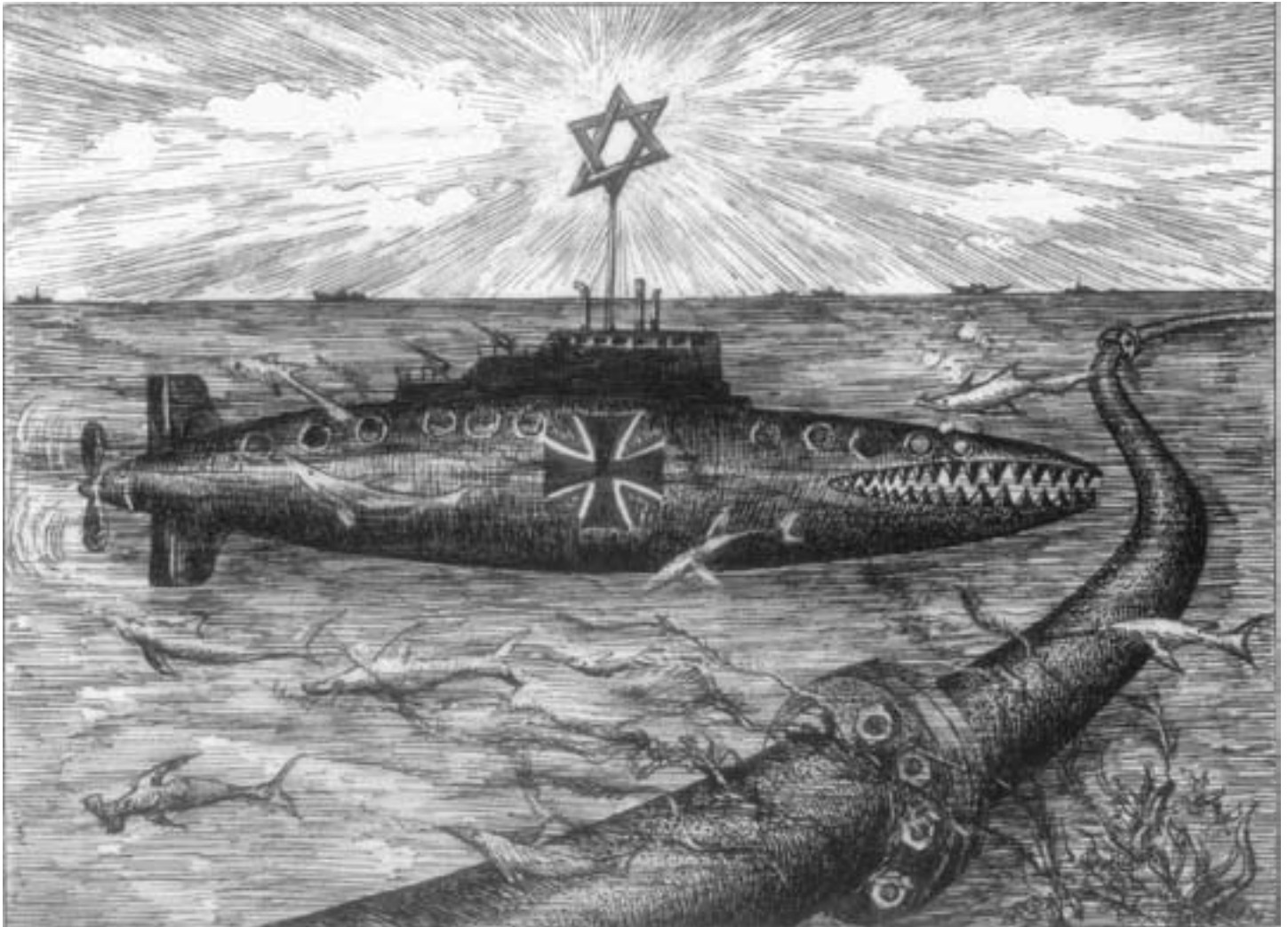
Ein Erlebnis aus meiner Kindheit: Herbst 1944. Ich verbrachte als Schüler eine kurze Zeit bei meinen Großeltern auf dem Lande. Beide waren geknechtete und ausgebeutete Untertanen eines Grafen von Essen. Kartoffelrodung per Hand hieß die Tagesaufgabe. Ich durfte mithelfen. Plötzlich vernahm ich ein Pferdegetrappel. Zwei Gestalten hoch zu Roß. Im gestreckten Galopp ritten sie auf uns zu. Meine betagten Großeltern quälten sich in die Senkrechte und verneigten sich. „Guten Tag, Frau Gräfin, guten Tag, Herr Graf.“ Gestellte Fragen wurden melancholisch beantwortet, und schon ritten die Adelsleute eiligst davon.

Am 7. Oktober 1949 gründete sich unser Staat. Alles für ihn und seine Entwicklung zu tun – darin sah ich meine Zukunft. Nach 40 Jahren kam das schmerzhafteste Aus. Nun bin ich wieder bei den Grafen angelangt. Nur auf einer höheren Stufe der Ausbeutung und Unterdrückung, der Herzlosigkeit, des Neides und der Mißgunst. Das zu erfahren ist meine größte Lebensenttäuschung. Doch es kann nur eine Schlußfolgerung geben: Bündelung aller linken Kräfte im Kampf um soziale und Menschengerechtigkeit.

Walter Krüger, Dudinghausen

16 Jahre nach der Konterrevolution spitzt sich die Lage in Ostdeutschland dramatisch zu. Weite Gebiete der Region versinken in Not und Armut. Das hat Auswirkungen auch auf die westlichen Landesteile. Die angebliche Transferhilfe kann dem Ausbluten und Vergreisen der östlichen Bundesländer nicht Einhalt gebieten. Dieser Prozeß begann mit der systematischen „Abwicklung“ einer intakten Industrie und Landwirtschaft, eines leistungsfähigen Bildungs- und Sozialsystems. Millionen Arbeitsplätze sind gezielt vernichtet worden. Wirtschaftsexperten beziffern den Verlust an DDR-Vermögen mit 1,4 Billionen DM. Das ist eine realistische Schätzung.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln



Der scheinheilige Freundesdienst

Grafik: Klaus Parche

Am **6. Oktober** um **15 Uhr** findet in Stralsund, Knieperdamm 28 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität), das aus Termingründen verschobene

2. Treffen der „RotFuchs“-Leser, -Freunde und -Sympathisanten aus Stralsund, Greifswald, Grimmen und Rügen mit **Egon Krenz** statt.

Es handelt sich um eine Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Rostock**.

Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, spricht am **7. Oktober** um **10 Uhr** in der 7. Etage des **HKB Neubrandenburg** zum Thema:

Vietnam – 30 Jahre nach der Befreiung des Südens

Die Regionalgruppe lädt Mitglieder, Leser und Interessierte herzlich ein.

Schriftsteller-Besuch bei der Regionalgruppe Berlin

Am **24. Oktober** um **16.30 Uhr** liest

Erik Neutsch

in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, aus seinem Buch

Verdämmerung

Gäste sind willkommen.

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74